

I. Deutsche im „Osteinsatz“ in Warschau und Minsk

Die deutsche Besatzergesellschaft in den Städten Minsk und Warschau war nicht homogen. Zu unterscheiden ist zunächst zwischen denjenigen Deutschen, die sich freiwillig für den Osten gemeldet hatten, und denjenigen, die dorthin versetzt, abgeordnet oder dort stationiert wurden. Die durchgängig uniformierten Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes fallen in beide oben genannten Kategorien, reichsdeutsche Zivilisten im Allgemeinen in die erste, Soldaten und Angehörige der vielen Polizeieinheiten mehrheitlich in die zweite. Dazu kommen die so genannten Volksdeutschen, von denen viele schon seit mehreren Generationen als Minderheit im Osten lebten, die teils aber gerade erst die Vorteile einer Identifizierung mit der Besatzungsmacht entdeckt hatten.

Die jeweilige Tätigkeit der Deutschen stellte eine wesentliche Kategorie der Selbstidentifikation dar und führte zu einer institutionellen Fraktionierung der Besatzergesellschaft. Doch selbst diese Fraktionen waren in sich nur selten homogen; beispielsweise gab es unter den Angestellten und Beamten so unterschiedliche Herkunftsbehörden wie Gemeinden und Ministerien, Reichsbahn oder Reichspost. Unterschiede rühren her aus der Mentalität der Heimatregionen ebenso wie den Anforderungen der Behörden, dem Bildungsgrad, der Umgebung oder dem Elternhaus, kurz: der von Besatzer zu Besatzer individuellen Sozialisation¹. Hier soll jedoch keine Gruppenbiographie entstehen; das wäre angesichts von jeweils rund 10 000 Reichs- und „Volksdeutschen“ in Minsk² und 30 000 in Warschau³, zuzüglich den 5 000 bzw. 40 000 Wehrmachtsangehörigen in den beiden Städten und ihrer näheren Umgebung⁴ ein wohl hoffnungsloses Unterfangen.

Die Ausprägung dieser Individuen war schon vor dem gemeinsamen Einsatz in Osteuropa, der in der Regel nicht vor dem 20. Lebensjahr begann – und nicht selten sogar später –, weit fortgeschritten. Darüber hinaus sind spezifische Kriterien etwa für Mentalitäten, politische Ansichten oder soziale Prägungen nur schwer kategorial zu erfassen; noch problematischer ist allerdings die zahlenmäßige Abgrenzung der „schweigenden Masse“ von den Aktivisten, die häufig die heutige Wahrnehmung bestimmen. Statistische Aussagen ließen sich beispielsweise über die generationelle Zugehörigkeit der Betroffenen machen. Doch die trennscharfe Abgrenzung und Definition einer Generation ist recht willkürlich und mit den oben geschilderten Problemen behaftet. Die „Generation“ hat als Erfahrungsge-

¹ Zum Begriff Sozialisation vgl. Steinbach, Lebenslauf.

² Vgl. Gartenschläger, Stadt, S. 65.

³ APW, 485/333, Bericht des Wohnungsamtes Warschau vom 15. 7. 1942. Vgl. ferner Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 252f. und 257. Nicht zutreffend sind die Zahlen bei Getter, Środowisko, S. 225.

⁴ Für Minsk vgl. Gartenschläger, Stadt, S. 65f.; für Warschau vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 257.

meinschaft⁵ – Menschen gleichen Alters erleben den gleichen Zeitverlauf – wegen der damit verbundenen subjektiven Zuschreibungen Bedeutung. Diese Gemeinschaftserfahrung ist allerdings kaum trennscharf von der Mitgliedschaft in anderen sozialen Gruppen wie Kollegen oder Kameraden zu unterscheiden. Der auslösende Faktor einer Handlung kann durchaus von der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft beeinflusst werden, etwa wenn eine Aktion subjektiv als von dieser gewünscht wahrgenommen wird. Die Relevanz der jeweiligen Bindung wird aber vor allem vom zeitnahen Erleben bestimmt: Die wenigen Kameraden der Einheit lösen deshalb eine stärkere Motivation aus als die eher abstrakten und zahlreichen Altersgenossen. Aufgrund dieser Einschränkungen beschreiben vorwiegend Selbstthematisierungen die Generation als Handlungskategorie⁶. Aussagen über die Generationszugehörigkeit gerade für eine Gruppe von vielen tausend Menschen sind daher von relativ geringem Erkenntniswert⁷.

Biographien haben eine offenkundige Doppelstruktur: Sie sind einmalig und fügen sich dennoch in gesellschaftlich strukturierte Formen der Lebensgestaltung ein. Für eine aussagekräftige gruppenbiographische Studie müssen also zwei Postulate als methodologische Grundlage erfüllt werden: Erstens muss stets der Einzelfall verstanden und erklärt werden, eine Fallorientierung des Untersuchungsansatzes ist unverzichtbar, denn jede Strukturaussage muss dazu taugen, auch den Einzelfall in seiner Besonderheit verständlich zu erklären. Zweitens haben alle Biographie- bzw. Fallvorgänge einen Verlaufs- oder Zeitcharakter. Es ist daher zum Erfassen der Handlungsintentionen unerlässlich, sich in das Verständnis der jeweiligen Gegenwart einzufühlen, das sowohl dem Einzelnen zur Lebensgestaltung dient als auch innerhalb der Gruppe akzeptiert ist⁸. Der Blick auf die Rekrutierung der Individuen zeigt jedoch, dass die in Warschau und Minsk lebenden und handelnden Deutschen – bei gleicher oder zumindest ähnlicher Handlungsweise – aus einem einfachen Grund ganz unterschiedliche Lebensläufe aufweisen: Die Auswahlkriterien für die verschiedenen Okkupationsorgane differierten stark.

In der Besatzergesellschaft gab es wohl Gruppen von Menschen mit ähnlicher Herkunft, aber insgesamt entsteht ein heterogenes Bild, das in weiten Teilen durchaus der deutschen Gesellschaft als Ganzem entspricht. Eine generelle Gleichsetzung mit dem Reich wäre allerdings irreführend, denn zweierlei ist festzuhalten: Der Anteil der Frauen ist mit rund 15 Prozent weit geringer als in der Gesamtbevölkerung, und sowohl Menschen unter 18 Jahren als auch über 50 Jahre waren kaum vertreten. Es lässt sich ein weit breiteres Altersspektrum als nur die Kriegsjugendgeneration des Ersten Weltkrieges als Träger der Besatzergesellschaft identifizieren⁹. Auch wenn diese zwischen 1900 und 1910 geborenen Jahrgänge die Spitzen der Verwaltung, der Polizei und der SS stellen, wurde die Realität des Okkupationsalltags doch

⁵ Vgl. Jureit, *Generationenforschung*, S. 78ff.

⁶ Vgl. Jureit, *Generationenforschung*, S. 12f.

⁷ Vgl. Herbert, *Generationen*, S. 95ff.

⁸ Vgl. Gerhardt, *Verwendung*, S. 197f.

⁹ Ulrich Herbert hat die Kriegsjugendgeneration als „Trägergruppe der NS-Diktatur [und ...] des Verwaltungsapparats in den besetzten Ländern Osteuropas“ bezeichnet. Vgl. Herbert, *Generationen*, S. 100.

nur zu kleinen Teilen von diesem politischen Führerkorps bestimmt. Der einfache Angehörige von Wehrmacht, Polizei oder Administration ist mitnichten über derartige Generalisierungen zu erfassen. Der Nationalsozialismus ist eben nicht, wie Bernd Rusinek festgestellt hat, auf ein „Generationenprojekt“ reduzierbar¹⁰.

Um die Zusammensetzung der Besatzergesellschaft wahrzunehmen, wäre eine gruppenbiographische Untersuchung daher ein denkbar ungeeigneter Ausgangspunkt. Deshalb gilt der erste Blick der institutionellen Fraktionierung, also den beruflichen Aufgaben als wichtigsten Unterscheidungsmerkmalen. Sie bestimmten den größten Teil des Alltags der Deutschen. Im Folgenden werden einige Spezifika der Organisationen Wehrmacht und Polizei sowie Verwaltung und Zivilisten untersucht. Jede Gruppe war, trotz aller Verschiedenheiten vor 1939, Teil der Besatzergesellschaft – und hatte auch ihren Anteil an der Realisierung der Okkupationsherrschaft und der Massenmorde. Für die Gewaltexzesse im Osten war kein ausgesuchtes Personal mit spezifischen Biographien erforderlich; lediglich bei Teilen des Führungspersonals wurde Wert etwa auf frühe Kontakte und deutliche Bekenntnisse zur NSDAP gelegt. Da die wesentlichen Ziele der Besatzungspolitik erfüllt wurden, waren andere Rekrutierungskriterien auch gar nicht notwendig. Die Ursachen dafür, dass die Besatzer zum Genozid beitrugen, ihn organisierten oder gar selbst Morde begingen, sind nicht in einer spezifisch nationalsozialistischen „Eignung“ für den Osten zu suchen, wie sie beispielsweise das Führerkorps aufwies. Offensichtlich erklären Herkunft und Sozialisation nur einen kleinen Teil ihrer Handlungsintention in Warschau und Minsk.

Für den Alltag der Besatzer sind die Funktionen und dienstlichen Aufgaben der jeweiligen Organisation ebenso bestimmend wie deren Verbrechen an der einheimischen Bevölkerung. Sie bestimmten einen wichtigen Teil im Leben der Deutschen in den beiden Städten und determinierten ihr Verhältnis zu anderen Besatzern ebenso wie die Gruppenzusammensetzung. Weiterhin ist nach dem Wohnviertel zu fragen, in dem die Okkupanten wohnten. Die topographischen Gegebenheiten der Besatzung bestimmten ihre alltägliche Ausprägung zu einem nicht geringen Teil, da Nähe und Ferne durchaus Kriterien für Freizeitbeschäftigung oder Kontakt untereinander – und zu den Einheimischen – waren. Nur wenig ist über die Motivation der im Osteinsatz befindlichen Frauen bekannt, noch weniger über die konkreten Differenzierungen zwischen ihrem Einsatz bei Wehrmacht, SS und Polizei oder Zivilverwaltung. Da die Gemeinsamkeiten ihrer dienstlichen Aufgaben und ihrer Freizeitgestaltung bei weitem die Variationen überwiegen, werden sie in der Gruppe „Zivilisten“ untersucht und nicht der jeweiligen Einteilung nach Tätigkeit zugeordnet.

1. Wehrmacht

Die ersten deutschen Besatzer, die eine fremde Stadt betraten, waren stets die Wehrmachtseinheiten. Sie eroberten am 28. September 1939 Warschau¹¹ und nicht

¹⁰ Vgl. Rusinek, Krieg, S. 143f.

¹¹ Vgl. Drescher, Warschau.

ganz zwei Jahre später, am 28. Juni 1941, Minsk. Von den Deutschen, die sich während des Krieges in den beiden Städten aufhielten, stellten sie mindestens die Hälfte. In Minsk waren etwa 5000 Wehrmachtsangehörige stationiert, in Warschau sollen es im August 1941 rund 40000 gewesen sein¹². Wegen der starken Fluktuation lassen sich absolute Zahlen nur schwerlich angeben. Beide Städte waren wichtige Auf- und Durchmarschpunkte für die Front; beinahe alle Züge mit Soldaten an die Ostfront fuhren dort ab bzw. kamen dort an, in jedem Fall hatten die Männer dort Aufenthalt. Verbunden damit war für die durchreisenden Truppen oft ein mehrtägiger Stopp, der auch als Urlaub vom Kampfeinsatz gewährt werden konnte und in Warschau meist auf begeistertes Interesse stieß, da die Vergnügungs- und Verpflegungsangebote in der Etappe ebenso attraktiv waren wie die touristischen Sehenswürdigkeiten¹³. Gesamtzahlen sind vor allem deshalb schwer anzugeben, weil selbst die stationierten Einheiten in der Regel nach deutlich weniger als einem Jahr wieder verlegt wurden. Die meisten Soldaten hielten sich daher nur kürzere Zeit in einer der beiden Städte auf, wobei dies eine Zeitspanne von nur wenigen Wochen bis hin zu mehreren Monaten umfassen konnte; ausgenommen davon waren personell gering besetzte Einheiten, die der Versorgung der größeren Wehrmachtsverbände dienten. Gerade die Umgebung Warschaus wurde darüber hinaus auch als Ruheraum für Truppen genutzt, die von der Front zurückkehrten bzw. an anderen Kriegsschauplätzen eingesetzt werden sollten. Die Militärpräsenz in den Städten ist dennoch als hoch einzuschätzen, sie lag konstant bei rund drei Prozent der gesamten Bevölkerung – was durchaus als Zeichen für eine wahrgenommene immanente Bedrohung gesehen werden muss, da die Truppen zusätzlich zu denen der Polizei immer auch Sicherungs- und Wachaufgaben übernahmen.

Soldaten waren allgegenwärtiges Zeichen der Okkupation. Auf den Straßen waren stets deutsche Landser präsent, teilweise privat in kleinen Gruppen, teilweise als Patrouille bzw. Parade. Doch diese sichtbaren Wehrmachtsangehörigen machten nur einen Teil der Gesamtzahl aus. Dazu kamen dauerhaft stationierte Einheiten wie Rüstungskommandos, Nachrichtenabteilungen, Reparatur- und Baueinheiten, aber auch mehrere Lazarette und Luftwaffeneinheiten¹⁴. In eigenen beruflichen Weiterbildungsprogrammen unterrichteten in Warschau 18 Lehrer rund 600 Soldaten, die dafür von ihren Einheiten freigestellt wurden¹⁵. Im Juli 1943 wurden für die Stadt neben 23000 Heeressoldaten 6230 Luftwaffenangehörige und 15000

¹² Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S.257, und Gartenschläger, Stadt, S.65, besonders Fn. 460.

¹³ Ein Beleg dafür ist die Herausgabe eines gesonderten Führers durch Warschau eigens für die Wehrmacht. Vgl. Meier, Soldaten-Führer.

¹⁴ Vgl. Tessin (Hg.), Verbände. In Warschau stationiert waren die Nachrichten-Bereichsleitung (der Nachrichtenabteilung 542 des Militärbefehlshabers GG) von Dezember 1942 bis August 1944 (Bd. 11, S. 114), die Reserve-Kriegslazarettabteilung 515 von März 1941 bis Oktober 1942 (Bd. 11, S. 48) oder die Große Kampffliegerschule 3 der Luftwaffe (Bd. 2, S. 210); in Minsk saßen das Wehrwirtschaftskommando von Juli 1941 bis Juni 1944 (Bd. 4, S. 167) und die Nachrichtenkommandantur 305 von September 1941 bis August 1944 (Bd. 9, S. 92).

¹⁵ IfZA, MA 679-6/273ff., Monatsbericht der Oberfeldkommandantur Warschau für die Zeit vom 16. 2. bis 15. 3. 1943, vom 21. 3. 1943.

Mann in medizinischer Versorgung gemeldet¹⁶, was abgesehen von Zeiten der Eroberung und des Rückzugs eine Höchstzahl darstellte. Längst nicht alle nahmen aktiv am Besatzungsleben teil, rund die Hälfte von ihnen dürfte von der Stadt kaum mehr als ihr Quartier oder das Lazarett gesehen haben.

Den Soldaten wurde in ihren Einheiten in der Regel eine gewisse Vertrautheit und Geborgenheit auch in der Fremde vermittelt. Das rührte hauptsächlich aus der Rekrutierungspraxis der Wehrmacht her, die die Dienstpflichtigen nach Wehrkreisen ausheben und ausbilden ließ und so ihre Bataillone, Regimenter und später sogar Divisionen aufstellte. Mit Ausnahme der spezialisierten kleineren Abteilungen wie etwa der Militärverwaltung, deren Personal aus Beamten der Finanz-, Kommunal- und Justizverwaltung stammte¹⁷, wurden so die Homogenität und der Zusammenhalt der Einheiten gefördert. Dies geschah zwar nicht mehr unbedingt auf Divisionsebene, konnte aber für kleinere Gruppen wie Kompanien oder Züge mit bis zu 100 Mann Bedeutung haben, zumal wenn sich die Vorgesetzten noch um die Männer kümmerten. Die Offiziere waren traditionsgemäß angehalten, ihre Untergebenen nicht nur im Kampf zu begleiten, sondern sich auch ihrer privaten Belange anzunehmen, um so die Identifikation zu stärken. Diese Maßnahmen konnten indirekt ausgleichen, dass sich keiner der Männer freiwillig für den Dienst in Warschau oder Minsk gemeldet hatte, sondern mit seiner Einheit aus militärischer Notwendigkeit dorthin versetzt worden war. Die gemeinsame regionale Herkunft – obschon mit zunehmender Kriegsdauer und zahlreichen Toten immer weniger gewährleistet –, das schon über einen längeren Zeitraum bestehende Zusammensein, die Betreuung in fast allen Lebenslagen sowie das Erlebnis von Ausbildung und Kampf schufen ein starkes Kameradschaftsgefühl¹⁸. Das sorgte nicht nur für Gruppenloyalität, die Kontakte mit dem besiegten Feind zumindest suspekt erscheinen ließ, sondern auch für enge Freundschaften und Verbindungen, die die Einheimischen noch mehr als erwartbar auf die Ebene eines fremdartigen „Anderen“ reduzierte, den man bestenfalls gemeinsam bestaunte, aber keinesfalls als gleichwertigen Gesprächspartner oder gar Freund akzeptieren konnte. Zu diesem Empfinden trug durchaus auch die ideologische Indoktrination bei. Der durchschnittliche Soldat, der zum Zeitpunkt von Hitlers Machtergreifung ein Kind oder Jugendlicher gewesen war, hatte wesentliche Abschnitte seines Heranwachsens unter dem Nationalsozialismus verbracht. Nicht geringe Einflüsse auf seine Sozialisation hatte neben der Schule auch die Hitler-Jugend. Während die Vermittlung der Weltanschauung in den Lehranstalten nicht an vorderster Stelle stand und auch von Schule zu Schule differenzieren konnte, war sie in der HJ doch ein wesentlicher Teil. Dort wurde den Soldaten in spe eine Ideologie vermittelt, die die Überlegenheit der Deutschen und eine bis zum Hass gehende Abneigung gegen Osteuropäer und vor allem Juden beinhaltete¹⁹. Die Wehrmacht selbst stand diesem Bemühen um Indoktrination mit ihrer Ausbildung und Truppenbe-

¹⁶ BAB, R 102 I/23, S. 1, Schreiben der Oberfeldkommandantur Warschau an den Distriktgouverneur vom 20.7.1943.

¹⁷ Vgl. Gerlach, *Morde*, S. 136.

¹⁸ Vgl. Bartov, *Wehrmacht*, S. 52ff.

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 167ff.

treuung kaum nach, wenngleich der Anteil von ideologischen Schulungsmaßnahmen bei der Ausbildung deutlich hinter den militärischen Teil zurücktrat²⁰. Wenn der Wirkungsgrad dieser Erziehung auch kaum zu messen ist, so dürfen deren Implikationen gerade in Bezug auf den jüngsten Teil der Besatzergesellschaft nicht unterschätzt werden, zumal wenn vor Ort – gewissermaßen am lebenden Objekt – die vorgesetzten Offiziere und Generäle das Bild von Herren und Untermenschen offensiv vermittelten²¹.

Die Wehrmacht übernahm nach ihrem Einmarsch in die Stadt für einige Wochen die Verwaltungshoheit²², die sie ausübte, bis zivile Administration eingesetzt wurde. Unmittelbar nach der Besetzung wurden zudem Orts- bzw. Feldkommandanturen eingerichtet²³, die zentral an den Hauptverkehrsstraßen lagen, in Warschau beispielsweise zwischen der Krakauer Straße und dem Adolf-Hitler-Platz in der – deshalb so genannten – Kommandanturstraße²⁴. Ihnen oblag das Quartieramt und die Militärpolizeigewalt, sie waren also die zentrale Koordinierungsstelle für alle im Bereich der Stadt stationierten Einheiten; hier mussten sich alle Truppenteile nach ihrem Eintreffen melden und bekamen dann Verhaltensmaßregeln, Unterkunft und Dienstverpflichtungen für die Zeit ihres Aufenthalts mitgeteilt. Die Kommandanturen stellten zudem die Soldaten für die zahlreichen Bewachungsaufgaben von militärisch wichtigen Objekten ab, auch wenn diese ab Ende 1939 teilweise auf die Polizei übergingen. Dennoch waren im Wechsel mehrere Sicherungs- und Landeschützenbataillone mit jeweils rund 300 Mann während der ganzen Besatzungszeit nur zu diesem Zweck in den beiden Städten stationiert und den Kommandanturen untergeordnet²⁵; da sie in Warschau und Minsk ihren Ein-

²⁰ Vgl. Rass, *Menschenmaterial*, S.312–317. Zur nationalsozialistischen Sozialisation einer Wehrmachtsdivision vgl. ebenda, S.121–134.

²¹ Vgl. ebenda, S.318–327.

²² Vgl. für den Polenfeldzug Kettenacker, Chafs, und Umbreit, *Militärverwaltungen. Für Weißrussland* vgl. Gerlach, *Morde*, S.134ff.

²³ Vgl. Tessin (Hg.), *Verbände. Die Bezeichnungen der Kommandanturen wechselten in Minsk ständig, für jeweils kürzere Zeiträume finden sich dort die Ortskommandanturen 257, 352, 411, 436, 650, 850 und 906 (Bd.16, S.3); in Warschau war 1940–1944 neben anderen die Ortskommandantur 907 stationiert (Bd.13, S.113). Kommandant war vom 1. bis 10.10.1939 Generalleutnant Conrad von Cochenhausen, Kommandeur der 10. Infanteriedivision. Sein Nachfolger war Generalleutnant Karl-Ulrich Neumann-Neurode bis Frühjahr 1940, dann Generalmajor Walter von Unruh, ab Frühsommer 1943 die Generalleutnants Fritz von Rossum, Werner Schartow sowie ab Ende Juli 1944 Generalleutnant Rainer Stahel. Vgl. Szarota, *Warschau unter dem Hakenkreuz*, S.231f.*

²⁴ Im Folgenden werden wie auf dem Stadtplan (siehe Kapitel I.5.) stets die deutschen Straßennamen verwendet. Dort finden sich teils auch polnische Bezeichnungen. Auch in Minsk befand sich die Kommandantur in der Kommandanturstraße.

²⁵ Vgl. Tessin (Hg.), *Verbände*. In Warschau war dies vor allem das Wachregiment Warschau seit April 1940 (Bd.13, S.197ff.), aber z.B. auch Infanterieersatzregiment 601 von Juli 1941 bis Februar 1942 (Bd.11, S.263), die Sicherungsbataillone 944 und 945 1943 bis 1944 (Bd.13, S.149f.) und das Landeschützenbataillon 476 von 1941 bis 1944 (Bd.10, S.261). In Minsk waren neben der 707. Infanteriedivision von Dezember 1941 bis April 1942 (Bd.12, S.156) das Reserveinfanteriebataillon 312 von Oktober 1942 bis August 1944 (Bd.8, S.24, und Bd.9, S.116) sowie Sicherungsregimenter 603, 609 und 611 in den Jahren 1942 bis 1944 (Bd.11, S.273, 292 und 298) und mit wechselnden Stationierungen

satzort hatten, waren sie dort mehrere Monate und damit meist länger stationiert als andere militärische Einheiten.

Angeichts der großen Anzahl von Soldaten kann es kaum überraschen, dass sich die Wehrmichtsangehörigen oft als die eigentlichen Herren der Stadt fühlten. Sie bzw. ihre Kameraden hatten die Stadt erobert, den Feind besiegt und sorgten durch ihre Präsenz dafür, dass die Deutschen die Herrscher im Lande blieben und die Bevölkerung sich nicht erhob. Daher zeigte die Truppe meist wenig Begeisterung, etwa auf die Zivilverwaltung oder die SS- und Polizeieinheiten Rücksicht zu nehmen, die in punkto Sicherheitsgarantie direkte Konkurrenten waren. Konflikte konnten sich neben Auseinandersetzungen zwischen Individuen beispielsweise in institutionellen Streitigkeiten über die Vergabe von Wohn- und Büroräumen äußern, den das Militär nicht für andere Nutzer freigeben wollte²⁶, aber auch darin, dass Einheiten ohne Genehmigung in städtischen Gärten und Parks Blumen und Gras als Tierfutter requirierten bzw. Pferde dort weideten²⁷. Das Verhältnis zwischen Wehrmacht und Zivilverwaltung war in Minsk merklich gespannter als in Warschau, da in Weißruthenien die Rolle und Präsenz der Wehrmacht aufgrund der starken Bedrohung durch Partisanen wesentlich wichtiger waren. Von einer reibungslosen, quasi unsichtbaren Zusammenarbeit konnte trotz zahlreicher offiziell geäußelter Aufforderungen beider Seiten keine Rede sein. Die Zivilisten galten vielen Soldaten als faul, ängstlich und vor allem an Bereicherung interessiert²⁸; sie waren daher nicht als gleichberechtigte Partner angesehen, und ganz besonders nicht als die politische Gewalt in den besetzten Gebieten akzeptiert. Das galt auch in Polen, wo die Zusammenarbeit etwas besser war. Dort fanden sogar Veranstaltungen statt, auf denen die – tatsächlich eher schlechte – Kooperation gepriesen wurde. Der Generalgouverneur Hans Frank betonte 1941 in Warschau die Gleichwertigkeit der Verwaltungsangehörigen mit der Truppe durch den Vergleich: „Auch die Männer der Verwaltung sind hier im Osten Soldaten des Führers, die auf ihrem Posten durch äußersten Einsatz und letzte Pflichterfüllung das Ihre zum Siege beizutragen hätten.“²⁹

zwischen 1941 und 1944 die Landeschützenbataillone 624, 653, 787, 791, 860, 915 und 975 (Bd. 11, S. 333; Bd. 12, S. 46 und 314; Bd. 13, S. 70, 122 und 175).

²⁶ IfZA, MA 1790/12, 688-3-8, Internes Schreiben des Stadtkommissariats Minsk vom [Oktober] 1942. Die Wehrmachtskommandantur wollte auch leere Gebäude nicht an die Zivilverwaltung bzw. die NSDAP abgeben; andererseits forderte sie die Stadtverwaltung auf, ein Haus für den Wehrmachtsbedarf ohne Ersatzstellung zu räumen und drohte sogar mit einer OKH-Anordnung.

²⁷ IfZA, MA 1790/3, 379-2-45, Kommandanturbefehl Minsk Nr. 18 vom 11.7.1942: „Die Stadt Minsk ist nicht mehr als Feindgebiet zu betrachten. Sie untersteht seit 1. Sept. 41 der Zivilverwaltung und es gelten hier die gleichen Grundsätze wie in der Heimat. Die Einheitsführer haben ihre Angehörigen immer wieder in dieser Richtung aufzuklären, damit endlich einmal diese Übergriffe Einzelner aufhören.“

²⁸ Vgl. z. B. Tagebuch Carl von Andrian nach dem Transkript von Peter Lieb [Original im BayHStA, Kriegsarchiv], Eintrag vom 30. 1. 1942; BfZg, Sammlung Sterz, Brief des Unterfeldwebels Hermann Schilling aus Minsk vom 6. 8. 1944.

²⁹ Krakauer Zeitung Nr. 77 vom 4. 4. 1941: „Verbundenheit von Wehrmacht und Verwaltung“.

Doch die Soldaten waren nicht nur in zahlreiche Zwistigkeiten mit Landsleuten involviert, sondern darüber hinaus in nicht geringem Maße an den Verbrechen und Morden an der einheimischen Bevölkerung beteiligt³⁰. Das waren in den ersten Tagen nach der Eroberung einer Stadt zunächst die alltäglichen Plünderungen und Beschlagnahmungen, die in vielen Fällen brutale Gewalt beinhalteten³¹; sie setzten sich vornehmlich in den Ghettos auch noch lange nach Ende der Kampfhandlungen fort. Dazu kamen vielfache Vergewaltigungen³² und in Minsk neben der Errichtung des Ghettos durch die Feldkommandantur am 19. Juli 1941³³ auch die Etablierung eines Kriegsgefangenenlagers³⁴ für etwa 100 000 sowjetische Soldaten und zusätzlich 30 000 männliche Bewohner der Stadt zwischen 18 und 45 Jahren³⁵, die unmittelbar nach dem Einmarsch in einem der später wegen ihrer hohen Sterberate berüchtigten Stalags präventiv eingesperrt und erst geraume Zeit später wieder freigelassen wurden. In dem Lager erschossen Angehörige des 354. Infanterieregiments gemeinsam mit Feldgendarmarie, Geheimer Feldpolizei und Einsatzkräften des KdS Warschau [!] im Juli 1941 mehrere tausend Juden³⁶. Die in und um Minsk stationierten Einheiten standen darüber hinaus bereits unmittelbar nach der Besetzung in einem erbitterten Kampf mit den weißrussischen Partisanen³⁷; die Juden aus Stadt und Umgebung wurden oft pauschal mit den Partisanen gleichgesetzt – und deshalb ihre Vernichtung gefordert³⁸. Zwar ereigneten sich die gewalttätigen Auseinandersetzungen nicht direkt in der Stadt, aber die Soldaten mordeten in Zusammenarbeit mit Sicherheitspolizei und SD bereits in der unmittelbaren Umgebung. Die häufigen Einsätze zeigen, dass der so genannte Bandenkampf – also die Bekämpfung von Partisanen – ein nicht unwesentlicher Teil ihrer dienstlichen Pflichten war und damit auch das Alltagsleben mitbestimmte: Auf dem Gebiet des heutigen Weißrusslands versuchten die Deutschen in 628 Dörfern, die gesamte Bevölkerung zu vernichten, und ermordeten dabei rund 83 000 Menschen³⁹. Teile der berüchtigten 707. Infanteriedivision unter ihrem Kommandeur

³⁰ Zu dem Ergebnis einer „Beteiligung der Wehrmacht am Völkermord“ anstatt einer bloßen „Verwicklung“ im Feldzug gegen die Sowjetunion kommt beispielsweise Pohl, *Die Wehrmacht und der Mord*, S. 51. Zur These eines „Vernichtungskrieges“ der Wehrmacht auch schon 1939 im Krieg gegen Polen vgl. Böhler, *Auftakt*.

³¹ Vgl. Szarota, *Warschau unter dem Hakenkreuz*, S. 244. Die Wehrmacht hatte große Schwierigkeiten damit, das Plündern 1939 in Warschau zu unterbinden. Vgl. US-NARA, RG 242, T 312, Reel 42/2471f., Schreiben des Warschauer Stadtkommandanten an die Kommandeure der 18. und 19. ID vom 6. 10. 1939. Für die Überlassung einer Kopie danke ich Mathias Irlinger.

³² BAB, R 58/214, Ereignismeldung UdSSR Nr. 23. In diesem Bericht werden auch die Plünderungen in Minsk geschildert.

³³ Der Befehl ist abgedruckt in Kohl, *Ich*, S. 218.

³⁴ In Minsk das Stalag 352. Vgl. IfZA, MA 1790/3, 379-2-45, Kommandanturbefehl Minsk Nr. 51 vom 14. 11. 1942. Vgl. Gerlach, *Kontextualisierung*, S. 85.

³⁵ Vgl. Gartenschläger, *Stadt*, S. 21.

³⁶ Vgl. Gerlach, *Morde*, S. 506ff.

³⁷ Vgl. allgemein Wilenchik, *Partisanenbewegung*, sowie Gerlach, *Morde*, S. 870-1054. Einen aktuellen Überblick über die Forschungslandschaft bietet Brakel, *Partisanen*, besonders S. 393-399.

³⁸ Vgl. Krausnick/Wilhelm, *Truppe*, S. 600.

³⁹ Vgl. Gerlach, *Morde*, S. 871.

Gustav von Bechtolsheim, die allein bis Ende 1941 zusammen mit unterstellten Einheiten 20 000 Personen umbrachten, davon 10 000 Juden⁴⁰, und der 286. Sicherungsdivision traten dabei als besonders grausam hervor. Aktionen wie das Unternehmen „Kormoran“ vom 25. Mai bis 17. Juni 1944 erbrachten bei rund 100 Mann eigenen Verlusten und rund 7 700 weißrussischen Opfern eine Beute von nur wenig mehr als 300 Waffen und zeigten so deutlich, dass hier kein echter Kampf stattfand, sondern ein Massenmord an den Einheimischen⁴¹.

Dabei arbeitete die Wehrmacht in Minsk hervorragend mit der Sicherheitspolizei und den Einsatzgruppen bei deren Judenmorden zusammen; nicht selten führte diese auch die Geheime Feldpolizei selbst durch⁴². Die Ausbeutung von vorwiegend jüdischen Arbeitern, z.B. in den 31 Betrieben, die der Wehrmacht in Warschau vor Errichtung des Ghettos direkt unterstanden, kam hinzu⁴³. Die etwa 50 deutschen Offiziere, Beamten und Soldaten des Rüstungskommandos Warschau kooperierten zudem direkt mit zahlreichen Ghettofirmen und überwachten deren Produktion – vorwiegend Bekleidungsgegenstände –, die im Auftrag der Wehrmacht preiswert gefertigt wurden. Probleme bereiteten den Männern unter ihrem Kommandanten Wilhelm Freter dabei weniger die Arbeitsbedingungen der jüdischen Häftlinge als vielmehr ihre Deportationen in das Vernichtungslager Treblinka im September 1943, da damit ein Produktionsausfall verbunden war. Die primär „durch die übereilte Ghettoräumung entstandenen Material-, Maschinen- und Zeitverluste“ wurden moniert⁴⁴. Die Wehrmacht unternahm nichts, was den Massenmord gefährden konnte, sondern organisierte lediglich Ausweichmöglichkeiten für eine Fabrikation in der Nähe des Vernichtungslagers Treblinka⁴⁵.

Die Wehrmachtsangehörigen rekrutierten sich aus allen Schichten und Regionen Deutschlands. Ihr Einsatz in Warschau oder Minsk geschah nicht aus freiem Entschluss, sondern beruhte auf Anordnungen der Befehlshaber. Das war auch die Ursache für die große Fluktuation, die kaum einen Soldaten länger als nur für ein paar Monate in der Stadt bleiben ließ. Dennoch stellten sie die zahlenmäßig größte Gruppe der Besatzergesellschaft, auch wenn die Einzelnen ihr nie lange angehörten und wegen der weitgehenden Kasernierung kaum in Kontakt mit anderen Besatzern oder den Einheimischen kamen. Die Truppe sah sich als Garant der deutschen Herrschaft im Osten, denn sie sicherte die militärische Überlegenheit; aus diesem Grunde waren Soldaten die ersten Okkupanten, die die Stadt betraten, und die letzten, die sie verließen.

⁴⁰ Vgl. Lieb, Täter, und Gerlach, Morde, S. 617ff.

⁴¹ Vgl. Gerlach, Morde, S. 904, und Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 236.

⁴² Gerlach, Morde, S. 139ff. und 152ff.

⁴³ Vgl. Sakowska, Menschen, S. 54.

⁴⁴ StA München, Staatsanwaltschaften 34865/18, Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Warschau vom 1.1. bis 31.3.1943, vom 1.4. bis 30.6.1943, vom 1.7. bis 30.9.1943 und vom 1.10. bis 31.12.1943. Zu der Tätigkeit des Wirtschaftsstabs Ost in Weißruthenien vgl. Gerlach, Morde, S. 142.

⁴⁵ StA München, Staatsanwaltschaften 34865/18, Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Warschau, Eintrag vom 6.2.1943. Zu den Morden in Treblinka vgl. Młynarczyk, Treblinka.

2. SS und Polizei

Deutlich kleiner als die Wehrmacht waren die SS- und Polizeieinheiten, die in Warschau maximal 8000⁴⁶, in ganz Weißruthenien Mitte 1943 nur etwas mehr als 3000 Mann⁴⁷ zählten. Sie umfassten neben Dienststellen, wie dem SS- und Polizeiführer (SSPF) mit seinem Stab oder dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und der SS (KdS), auch Verbände der Schutz- und Ordnungspolizei, Polizeibataillone sowie Waffen-SS-Abteilungen. Von Letzteren waren in Warschau beispielsweise die Totenkopf-Standarte 8 sowie eine Kavallerieausbildungs- und Ersatzeinheit stationiert⁴⁸. Rein zahlenmäßig machten die Angehörigen der Waffen-SS mehr als die Hälfte des SS- und Polizeipersonals aus. In diesen früh entstandenen Kampftruppen wurden vor allem ausgewählte Freiwillige eingesetzt, die eine längere Mitgliedschaft in NSDAP oder SS aufwiesen; die Zugehörigkeit der Standartenangehörigen zu diesen beiden Organisationen lag deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Gerade in ihren Reihen wurde viel Wert auf ideologische Schulung gelegt, wobei das besondere Augenmerk der antisemitisch-rassistischen Indoktrination galt⁴⁹. Die Einheiten beteiligten sich vor allem zu Beginn der Besatzungsherrschaft bzw. noch während des Einmarsches in Polen an zahlreichen Morden und anderen Verbrechen, in Warschau beispielsweise an Erschießungen im Parlamentsgarten und im Wald im nahe der Stadt gelegenen Palmiry⁵⁰. Aufgrund ihrer engen personellen wie organisatorischen Verzahnung mit den anderen SS- und Polizeitruppen waren sie jedoch kaum mit regulären Wehrmachtseinheiten vergleichbar.

Die SS- und Polizeieinheiten sorgten innerhalb der Besatzergesellschaft für die Sicherheit der anderen Deutschen, verkörperten aber mehr noch als die Wehrmacht die Kontrolle über die Bevölkerung, da sie auf diese einen wesentlich direkteren Zugriff ausübten. Ihr Selbstverständnis sah sie einerseits als „normale“ Polizisten, andererseits aber auch als die Garanten des deutschen Lebens im Osten, gerade weil sie anders als die Soldaten nicht nur Schutztruppe waren, sondern vor allem als Kontroll- und Straforgan fungierten; in ihrer eigenen Sicht ermöglichten erst sie die Aufrechterhaltung der Besatzungsherrschaft. Andererseits organisierte die SS die gewissermaßen alltägliche Unterdrückung. Wenn die Wehrmacht von Polen und Weißrussen als Herrschaftsmittel gesehen wurde, so kam der Polizei vorwiegend die Rolle des Terrorinstruments zu. Es fiel dennoch schwer, diese Abgrenzung wahrzunehmen – und vor allem, sie zu akzeptieren. Das galt naturgemäß

⁴⁶ Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S.257. In den 8000 Mann im Juni 1944 sind 4000 Angehörige der Waffen-SS eingeschlossen. Die Summe ist als Höchststand anzusehen.

⁴⁷ IfZA, MA 1790/4, 359-1-6, Kräfteübersicht des HSSPF Russland-Mitte vom 20.7.1943.

⁴⁸ Vgl. Tessin (Hg.), Verbände, Bd.3, S.120f.: Die 8. SS-Totenkopfstandarte wurde am 11.11.1939 in Krakau aus der Totenkopfstandarte 4 gebildet, die aus Linz stammte. Die II. Abteilung war in Warschau stationiert, wohin am 1.12.1940 auch der Stab verlegt wurde. Die Ausbildungsabteilung war von Dezember 1941 bis Mitte 1944 in Warschau, siehe ebenda und Bd.2, S.79. Vgl. ferner Cüppers, Wegbereiter, S.28f. und 31.

⁴⁹ Vgl. Förster, Erziehung.

⁵⁰ Vgl. Cüppers, Art, S.94ff., zu den Erschießungen vgl. S.99.

weniger für die Außenstehenden, als vielmehr für die Angehörigen der beiden Gruppen. Die Tendenz des Nationalsozialismus zur Militarisierung der Gesellschaft beförderte diese Tatsache, beispielsweise als der Generalgouverneur Hans Frank in einer Ansprache vor der Warschauer Polizeitruppe am 28. Mai 1940 sagte: „Ihr seid genau so Soldaten wie eure Kameraden an der Front.“⁵¹ Damit wertete er zwar die Polizisten auf, aber gleichzeitig stellte er die Wehrmacht auf eine Stufe mit ihnen – eine Angleichung, die für das Selbstverständnis beider Seiten durchaus problematisch war. Zwistigkeiten zwischen Soldaten und SS-Männern waren häufig, besonders nach Alkoholgenuss. Die Ursache war in den meisten Fällen tatsächlicher oder nur subjektiv angenommener mangelnder Respekt. Das konnte sich im Grußverhalten ebenso äußern wie im Gespräch miteinander. Zu derartigen Streitigkeiten kam es vor allem in den Gasthäusern und Kneipen, die von Kameraden gemeinsam besucht wurden, und sie konnten durchaus den Charakter einer Wirtshauschlägerei annehmen; der Gruppenzusammenhalt sorgte dann für Auseinandersetzungen, die innerhalb der eigenen Einheit in dieser Form nicht vorkamen⁵². Auch wenn das Verhältnis von Wehrmacht und SS auf höherer Ebene durchaus gut sein konnte⁵³, gab es nicht wenige Offiziere, die sich von der Gegenseite in ihrer Ehre angegriffen fühlten und deshalb einen Zwist begannen oder das Verhalten der anderen kritisierten⁵⁴. Auseinandersetzungen mit deutschen Zivilisten waren demgegenüber höchst selten, wengleich Kompetenzgerangel mit der Zivilverwaltung an der Tagesordnung war: Der Generalkommissar Kube in Weißruthenien erstattete sogar Anzeige gegen ein Polizeibataillon, das sich an Erschießungen beteiligt hatte⁵⁵ – aber auch umgekehrt verfasste die SS Beschwerden über Kube wegen dessen Führungsschwäche und Fraternisierung mit Weißrussinnen⁵⁶. Die Situation in Minsk war insgesamt deutlich gespannter als in Warschau.

Das meiste SS- und Polizeipersonal stellten nach den Totenkopfstandarten die zahlreichen Polizeibataillone und -regimenter. Im Generalgouvernement wurde jedem der anfangs vier Distrikte ein Regiment zugewiesen. Diese waren wiederum in mehrere Bataillone unterteilt, die sich das jeweilige Einsatzgebiet aufteilten. Der Regimentskommandeur war meist gleichzeitig Kommandeur der Ordnungspolizei des Distrikts, ihm unterstand die unter einem Kommandeur der Gendarmerie zusammengefasste Gendarmerie – in Städten mit mehr als 5 000 Einwohnern agierte die Schutzpolizei⁵⁷.

⁵¹ Warschauer Zeitung Nr. 125 vom 29. 5. 1940: „Dr. Frank ehrte die Warschauer Polizeitruppe“.

⁵² Einen Überblick über derartige Streitigkeiten in Warschau vermitteln die rund 40 Disziplinarakten im APW, Bestand Amt des Gouverneurs des Distrikts Warschau, der SSPF.

⁵³ Vgl. Cüppers, Art, S. 93.

⁵⁴ Vgl. Hosenfeld, Retten, S. 458. In dem Tagebucheintrag vom 10. 3. 1941 beschreibt Hosenfeld exemplarisch ein Treffen mit Wehrmachtsoffizieren, die sich gemeinsam über die SS ereifern.

⁵⁵ Vgl. Danker, Zivilverwaltung, S. 57ff.

⁵⁶ Vgl. Klee u. a. (Hg.), Zeiten, S. 171ff.

⁵⁷ BAB, R 19/405, S. 1, Erlass des RFSS zur Organisation der Ordnungspolizei im Generalgouvernement vom 1. 11. 1939.

Die Polizeibataillone wurden in Warschau und Minsk häufig ausgewechselt⁵⁸; dabei konnte es vorkommen, dass eine Einheit wie etwa das Bataillon 322 nach dem Dienst in Warschau auch einige Zeit in Minsk verbrachte⁵⁹. Wegen der kurzen Stationierungen blieb die Integration in die Besatzergesellschaft eher gering. Die häufigen Ortswechsel und das Kasernenleben verhinderten den Anschluss an andere Deutsche, so dass der Umgang vor allem auf die Kameraden beschränkt blieb, zumal der Dienst nur begrenzt Kontakte erlaubte. Die Bataillone waren neben routinemäßigem Wach- und Streifendienst vor allem für die Bewachung und später die Umsiedlung in die Ghettos zuständig, begleiteten aber auch Deportationstransporte, führten Exekutionen durch⁶⁰ oder nahmen am „Bandenkampf“ teil⁶¹.

Jedes der Polizeibataillone verfügte über rund 500 Mann, die entweder als Reservisten zur Ordnungspolizei eingezogen wurden oder sich freiwillig gemeldet hatten, während die meisten Offiziere und Unteroffiziere schon vor dem Kriegseintritt verbeamtet waren. Die Mannschaften unterlagen einem ganz ähnlichen Rekrutierungsverfahren, wie es bei Wehrmachtseinheiten üblich war, auch wenn die Freiwilligen vor allem deshalb zur Polizei gingen, um der drohenden Einberufung zum Militär zu entgehen⁶². Die organisatorische Zugehörigkeit der Polizei zur SS brachte es jedoch mit sich, dass die Messlatte für eine Aufnahme höher als bei der Wehrmacht angelegt war: Neben einer politischen Prüfung durch die Partei-Kanzlei war die SS-Eignung durch strenge Leistungstests, Gesundheits- und Abstammungsnachweisen nachzuweisen, die weit über die Musterungen des Militärs hinausgingen. Wer die Aufnahmekriterien erfüllt hatte, kam in eine Einheit, die nach Regionen zusammengesetzt und dann hauptsächlich in den Osten verschickt wurde. Vorher erhielten die Männer eine allgemein polizeiliche, vor allem aber paramilitärische Ausbildung, die mit ideologischen Versatzstücken gepaart war und für den Polizeiwachdienst ebenso wie für einen Kriegseinsatz oder für den Kampf gegen rassistische Gegner vorbereitete. Der überdurchschnittlich hohe Anteil an NSDAP-Mitgliedern deutet darauf hin, dass die Auswahl nicht dem Zufall überlassen wurde und zumindest auf politisch zuverlässige Männer geachtet wurde⁶³. Bei den Totenkopf-Standarten entstammten über 80 Prozent der Männer den Jahrgängen 1909 bis 1923, wobei über 30 Prozent „Volksdeutsche“ aus ganz

⁵⁸ In Warschau waren stationiert die Bataillone 6 (Dezember 1939 bis Juni 1940), 41 (ab Juni 1943), 53 (September 1942 bis Mai 1943), 61 (Januar bis Oktober 1942), 301 (November 1940 bis April 1942), 304 (September 1940 bis Juli 1941), 308 (Oktober 1940 bis Dezember 1941) sowie das III. Bataillon des 23. Polizei-Regiments (Mai 1943 bis August 1944); in Minsk befanden sich die Bataillone 6 (Januar 1943 bis April 1944), 11 (Oktober 1940 bis Dezember 1941), 32 (Dezember 1941 bis Januar 1942) und 307 (November 1942 bis März 1943). Vgl. Klemp, Nicht ermittelt.

⁵⁹ Die Diensttagebücher sind überliefert. Vgl. für die Warschauer Zeit Leszczynski, Dziennik, und für den Einsatz in Minsk Angrick u. a., Tagebuch, der allerdings keine Edition liefert und den polnischen Aufsatz nicht rezipiert hat.

⁶⁰ In Minsk beispielsweise das Polizeibataillon 322, das am 1.9.1941 914 Juden erschoss. Vgl. Longerich, Politik, S.370, sowie Angrick u. a., Tagebuch, S.342ff.

⁶¹ Vgl. Klemp, Nicht ermittelt, S.41f.

⁶² Vgl. Browning, Männer, S.25ff; vgl. ferner Klemp, Nicht ermittelt, S.67ff.

⁶³ Vgl. ebenda, S.214f.

Europa waren; gerade bei ihnen war der Dienst in der SS Ausdruck einer Gesinnung und nicht bloß Begleitaspekt des Soldatentums⁶⁴. Immerhin kann für den Großteil der Polizisten dennoch gesagt werden, dass hier, ähnlich wie in der Wehrmacht, Deutsche aller Schichten, Landesteile und – mit gewissen Einschränkungen – Überzeugungen eingesetzt waren.

Bei den anderen SS- und Polizeieinheiten wurde wesentlich stärker auf die Zusammensetzung geachtet. Gerade das Führungspersonal, besonders das der (Höheren⁶⁵) SS- und Polizeiführer, war durch ein hohes Maß an Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung gekennzeichnet. Es fiel durch eine generelle Zustimmung zum Antisemitismus des Regimes auf⁶⁶. Hier dienten keine „ganz normalen Männer“ wie noch in den Polizeibataillonen, sondern vielmehr eine ideologisch überzeugte Führungselite, die radikale Lösungen bei der Germanisierung des Ostens befürwortete.

Beispielhaft für die Führer, die die Verbrechen an der einheimischen Bevölkerung befahlen und überwachten, waren in Minsk Männer wie die Sicherheitspolizei-Kommandeure Georg Heuser und Eduard Strauch. Heuser wurde am 27. Februar 1913 in Berlin geboren und schloss ein Jurastudium ab. Dieses Studium war schon in den 20er Jahren von einem Rechtspositivismus gekennzeichnet, der zunehmend gegen die Weimarer Republik instrumentalisiert wurde⁶⁷. Im Dezember 1938 ging Heuser als Kriminalkommissaranwärter zur Polizei, im Polenfeldzug wurde er Offizier bei der Einsatzgruppe I. Ab Dezember 1941 war er beim KdS in Minsk, wo er als Gestapochef die Abteilung IV leitete, und von Herbst 1943 bis Juni 1944 beim BdS in Minsk, wo er der Abteilung N vorstand, die für Partisanenkampf zuständig war. 1954 wurde er in Rheinland-Pfalz Kriminaloberkommissar, 1958 dort auch Leiter des Landeskriminalamtes. 1961 begannen Ermittlungen gegen ihn, die am 21. Mai 1963 zu einem Urteil von 15 Jahren Zuchthaus wegen Mord und Beihilfe zum Totschlag führten. Am 12. Dezember 1969 wurde Heuser aus der Haft entlassen und starb am 30. Januar 1989 in Koblenz⁶⁸.

Eduard Strauch stammte aus Essen, wo er am 17. August 1906 geboren wurde. Er war wie Heuser Jurist und seit 1931 beim Sicherheitsdienst der SS beschäftigt. Im März 1942 trat er sein Amt als KdS Minsk an, von wo er 1944 ebenfalls als KdS nach Wallonien versetzt wurde. Am 10. April 1948 erging gegen ihn das Todesurteil im Einsatzgruppen-Prozess, aber er wurde danach wegen begangener Verbrechen in Wallonien an Belgien ausgeliefert. Dort wurde die Strafe wegen Geisteskrankheit nicht vollstreckt. Strauch starb am 15. September 1955 im Krankenhaus in Uccle⁶⁹. Strauch und Heuser verbindet nicht nur die Juristerei. Über die in diesem Fach geförderte Ablehnung des demokratischen Systems hinaus, die die Stu-

⁶⁴ Vgl. Cüppers, Wegbereiter, S. 75–89.

⁶⁵ In Minsk war 1941 und erneut seit Mitte Februar 1943 der HSSPF Russland-Mitte stationiert. BAB, R 70 SU/21, S. 87, Tagesbefehl Nr. 1 des Bevollmächtigten des RFSS für Bandenbekämpfung vom 17. 3. 1943.

⁶⁶ Vgl. allgemein Birn, SS- und Polizeiführer, sowie Mallmann, Mißgeburten, S. 76. Zur Biographie der Warschauer SS- und Polizeiführer vgl. Mix, Organisatoren, S. 131 ff.

⁶⁷ Ruck, Korpsgeist, S. 222.

⁶⁸ Vgl. Matthäus, Heuser.

⁶⁹ StA Münster, Polizeipräsidien, Sammlung Primavesi/208.

denten des völkischen Milieus in Parteien wie der NSDAP manifestiert sahen⁷⁰, drückte sich für sie eine gemeinsame Überzeugung in den radikalen, menschenverachtenden Ideen der SS aus.

Das ist auch in Warschau bei Männern wie den SSPF Jürgen Stroop oder den KdS Josef Meisinger und Ludwig Hahn zu beobachten. Jürgen (bis 1941: Josef) Stroop wurde am 26. September 1895 in Detmold geboren und schon 1932 Mitglied der NSDAP und SS. 1939 meldete er sich als Selbstschutz-Führer für den Dienst in Polen. Er war nur von April bis August 1943 SSPF in Warschau, leitete jedoch die Niederschlagung des Ghetto-Aufstandes. Als Belohnung für die geleisteten Dienste wurde er im September 1943 zum HSSPF in Griechenland befördert, und ab November 1943 durfte er als HSSPF Rhein-Westmark im Reich Dienst tun. Am 21. März 1947 erging ein Todesurteil durch das US-Militärgericht in Dachau wegen Ermordung alliierter Flieger auf Reichsgebiet. Dennoch lieferte man ihn an Polen aus, wo er ebenfalls zum Tode verurteilt und am 6. März 1952 in Warschau hingerichtet wurde⁷¹. Stroop passt nicht ganz ins Bild der generationell homogenen Akademikerelite, gleichwohl war sein fanatischer Judenhass, der ihn die Niederschlagung des Aufstandes bis zum Tod des letzten Juden führen ließ, typisch für das Führungspersonal der SS- und Polizeieinheiten im Osten.

Ähnlich wie Stroop zeichnet auch Josef Meisinger ein frühes Bekenntnis zur SS aus. Meisinger stammte aus München, wo er am 14. September 1899 zur Welt kam. Seit 1934 war er im Reichssicherheitshauptamt bzw. dessen Vorgängerorganisation, dem Geheimen Staatspolizeiamt, tätig und ab 1936 Leiter der Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung. Er avancierte 1939 zum stellvertretenden Führer der Einsatzgruppe IV, und danach von Oktober 1939 bis Oktober 1940 zum KdS Warschau. 1943 war er als Polizeiattaché zur deutschen Botschaft in Tokio abgeordnet. Nach dem Kriege von den Alliierten an Polen ausgeliefert, wurde er am 3. März 1947 in Warschau zum Tode verurteilt und am gleichen Tag hingerichtet⁷².

Dr. Ludwig Hahn, am 23. 1. 1908 in Eitzen geboren, war wie Meisinger Jurist. Schon 1930 trat er in die NSDAP ein und kam 1933 auch zur SS; von dieser wurde er im SD-Hauptamt beschäftigt. 1939 war er Führer des Einsatzkommandos 1 der Einsatzgruppe I in Polen und von Januar 1940 an KdS Krakau. Als er im August 1940 Sonderbeauftragter Himmlers in Bratislava wurde, schien sein Aufenthalt in Polen beendet. Doch schon ein Jahr später, im August 1941, wurde er als KdS nach Warschau versetzt und übte das Amt bis zum deutschen Rückzug im August 1944 aus. Die bundesrepublikanische Justiz interessierte sich spät für ihn, so dass er erst am 4. Juli 1975 in Hamburg zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Er starb im Gefängnis am 10. November 1986⁷³.

In generationeller Hinsicht war dieses Führungskorps des Massenmordes bemerkenswert homogen, da fast alle nach der Jahrhundertwende, zwischen 1900

⁷⁰ Herbert, *Generation*, S. 35ff.

⁷¹ Vgl. Moczarski, *Rozmowy*.

⁷² Vgl. Ramme, *Sicherheitsdienst*, S. 267, und Sawicki (Hg.), *Staatsanwalt*, S. 243ff.

⁷³ Vgl. Młynarczyk, *Massenmörder*, sowie allgemein Kur, *Sprawiedliwość*, und Ramme, *Sicherheitsdienst*, S. 263.

und 1913, geboren waren und nicht mehr am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten⁷⁴: Im Generalgouvernement hatten von zwölf Kommandeuren der Sicherheitspolizei mit einem Durchschnittsalter von 36 Jahren elf ein Studium abgeschlossen, neun davon waren Juristen⁷⁵. Doch die Zugehörigkeit zu einer Generation war weniger für die Handlungen dieser Männer relevant, als vielmehr für ihre Selbstdeutung. Wer sich wie sie als Angehöriger einer bestimmten Generation sah, erlegte sich selbst ein Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster auf, das dem der Altersgenossen entsprechen sollte. Ein als übereinstimmend empfundenes Verhalten wurde damit eingefordert und zugleich auf die Generationenzugehörigkeit zurückgeführt⁷⁶. Dies spiegelte sich in der Auffassung wider, dass bestimmte als relevant angesehene Handlungen – wie die Judenvernichtung – aus Weltansichten und Lebenseinstellungen heraus geschahen. Gleichwohl wäre es selbst hier eine simplifizierende Konstruktion, einen unmittelbaren Kausalzusammenhang zwischen Handlung und Generation herzustellen. Neben situativen Faktoren, beispielsweise der unmittelbaren Begegnung mit den von der Propaganda des Regimes verfeimten „Ostjuden“, spielten hierfür vor allem die Karriere und Ausbildung in der SS eine zu bedeutende Rolle⁷⁷.

Weil sich die jungen Akademiker in ihren Karrieren in Staat, Partei und SS von einem fast unermesslichen Hass auf Juden und Bolschewisten, aber auch die Polen, hatten leiten lassen, waren sie von der Personalabteilung im Reichssicherheitshauptamt gezielt für den Dienst in Osteuropa ausgewählt worden⁷⁸. Dort versuchten die neuen Dienststellenleiter, den Hass auf die „Untermenschen“ in die Ausbildung des einfachen Personals zu integrieren: In zahlreichen Unterrichtsstunden wurde – meist erfolgreich – eine Gesinnung von Rassismus und Herrenmenschentum vermittelt und die Ideologisierung des Polizeidienstes vorangetrieben⁷⁹.

Mit dieser Anleitung war es möglich, die nationalsozialistischen Herrschaftspläne im Osten konsequent umzusetzen. So wurden die SS- und Polizeieinheiten die wichtigsten ausführenden Organe bei der Vernichtung der einheimischen Bevölkerung. In Warschau töteten sie zwischen 1939 und 1944 fast 500 000 Polen jüdischen Glaubens bzw. organisierten deren Deportation in die Lager⁸⁰ und erschossen allein im Stadtgebiet 27 000 Menschen – darunter auch zahlreiche katholische Einwohner⁸¹. Die Opferzahlen für Minsk sind kaum weniger drastisch: Auszugehen ist von mindestens 106 000 jüdischen Opfern allein in dem vor der Stadt gelegenen Vernichtungslager Maly Trostenez. Sowjetische Schätzungen nach dem Krieg sprachen sogar von rund 200 000 Toten, bezogen aber die umliegenden Exekutionsstätten mit ein; in diese Zahlen eingeschlossen sind in beiden Fällen 39 000

⁷⁴ Vgl. Wildt, *Generation*, S. 847ff.

⁷⁵ Vgl. Borodziej, *Terror*, S. 50f.

⁷⁶ Vgl. Jureit, *Generationenforschung*, S. 11f.

⁷⁷ Vgl. ebenda, S. 12f.

⁷⁸ Vgl. Wildt, *Generation*, S. 546ff.

⁷⁹ Vgl. Matthäus, *Judenfrage*.

⁸⁰ Vgl. Gutman, *Jews*, besonders S. 197ff.

⁸¹ Vgl. Bartoszewski, *Todesring*, S. 357ff.

von knapp 100 000 Insassen, die man aus dem Minsker Ghetto nach Trostenez verbracht und nicht wie die meisten anderen direkt in der Stadt ermordet hatte⁸².

Die nicht-jüdischen Einwohner erlebten Erschießungen als „Vergeltungsmaßnahmen“ ebenso wie Deportationen zur Zwangsarbeit nach Deutschland⁸³ und waren der Gewalt von SS und Polizei ebenso unmittelbar und schutzlos ausgeliefert wie die Juden, beispielsweise im berüchtigten Warschauer Pawiak-Gefängnis. Während der Besatzungszeit durchliefen es fast 100 000 Personen aller Konfessionen, von denen ungefähr 37 000 ermordet und 60 000 in Konzentrationslager verschleppt wurden⁸⁴. Derartige Massenverbrechen an der nicht-jüdischen Bevölkerung gab es auch in Minsk, wo ein Teil des Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B mit nur acht bis zwölf Deutschen im Stalag 352 kurz nach Besetzung der Stadt wochenlang Exekutionen mit täglich mehr als 200 Opfern organisierte⁸⁵.

Die Dienststellen der SS und Polizei gingen sowohl in Warschau als auch in Minsk aus den Angehörigen der vorher durch die Städte ziehenden Einsatzgruppen hervor, indem das Reichssicherheitshauptamt das Kern- und Führungspersonal für diese Einrichtungen abstellte⁸⁶. Anders als bei den Polizeibataillonen wurden aber für die weiteren Posten keine Reservisten eingesetzt, sondern neben Notdienstverpflichteten vor allem Beamte und Angestellte des Reiches, die ähnlich wie im zivilen Sektor in den Osten abgeordnet wurden⁸⁷ und daher unterschiedlichste Biographien aufwiesen. Eine gezielte Auswahl trafen das Reichssicherheitshauptamt bzw. die Dienststellenleiter in diesen Fällen nicht⁸⁸. Freiwillige Meldungen blieben die Ausnahme, da die Männer bereits im Reich über eine Stelle verfügten, die sie vom Kriegsdienst freistellte. Die beruflichen Perspektiven für die mittleren und gehobenen Beamten im Osten erweiterten sich kaum. Das „Fußvolk“ kam also nur selten mit Ambitionen oder gar besonderen Qualifikationen für den Einsatz nach Warschau und Minsk, Karrierechancen boten sich vor allem dem Führungspersonal im höheren Dienst.

⁸² Vgl. Kohl, Trostenez, und Wankewitsch, Fahrt.

⁸³ Vgl. Quinkert, Terror. Vom Gebiet des heutigen Weißrussland wurden während des Krieges über 460 000 Menschen zur Arbeit nach Deutschland verschickt; kaum fünf Prozent von ihnen dürften sich freiwillig gemeldet haben. In Warschau war Anfang 1944 die Zahl von 82 538 Arbeitern genannt worden, d. h. „jeder 11. Pole aus Warschau“. Friedrich Gollert: Grundsätzliche Bemerkungen über die Gestaltung Warschaws während des Krieges und nach dem Kriege, o. D. [1944], zitiert nach: Gutschow/Klain, Vernichtung, S. 128. Allgemein zur Zwangsarbeit auf dem Gebiet des Generalgouvernements vgl. Marszałek, Obozy.

⁸⁴ Vgl. Stawarz (Hg.), Pawiak, S. 10.

⁸⁵ Vgl. Gerlach, Kontextualisierung, S. 89, und Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 236.

⁸⁶ In Warschau war dies die Einsatzgruppe IV unter SS-Brigadeführer Lothar Beutel, die von Josef Meisinger übernommen wurde. Vgl. Biernacki, Organizacja; siehe ferner Mallmann u. a., Einsatzgruppen, S. 99ff., sowie Bartoszewski, Todesring, S. 335. In Minsk waren es im Dezember 1941 Teile des Sonderkommandos 1b und des Einsatzkommandos 8 unter Walter Hofmann und ab März 1942 unter Eduard Strauch. Vgl. Curilla, Ordnungspolizei, S. 476.

⁸⁷ Vgl. Borodziej, Terror, S. 50f. Zur Abordnung der Beamten siehe unten.

⁸⁸ Vgl. die durchaus ähnliche Dienststelle des KdS Reval bei Birn, Sicherheitspolizei, S. 42ff.

In Warschau unterstanden alle Polizeitruppen und Dienststellen dem SS- und Polizeiführer⁸⁹ und nahmen ihr Hauptquartier in der „Straße der Polizei“. In dem modernen Gebäude aus den 1930er Jahren, das im deutschen Wohnviertel etwas abseits des Stadtzentrums lag, waren früher mehrere polnische Ministerien untergebracht. Fast alle Polizeibüros befanden sich in diesem Haus, lediglich die Kriminalpolizei residierte in der Siegesstraße, während sich die Inspektionen der Schutzpolizei über die Stadt verteilten. Sie war mit ihren Streifen ständig im Stadtbild präsent und verfügte über stationäre Abschnittswachen in der Krochmalna-Straße (Nord), der Willowa-Straße (Süd), der Krakauer Straße (Mitte) und der Targowa-Straße (Praga). Die Abschnittswachen hatten zusätzlich noch eine oder mehrere Außenstellen mit bis zu 20 Polizisten⁹⁰. Das Gefängnis „Pawiak“ lag in der Dzielna-Straße auf dem Gebiet des Ghettos. Die Nationalsozialisten nutzten damit – eher aus rationalen, denn symbolischen Gründen – eine berüchtigte Institution aus der Zarenzeit weiter, die schon ihren Erbauern zur Unterdrückung der Warschauer Bevölkerung gedient hatte⁹¹. Im Stadtteil Mokotów in der Rakowiecka-Straße, in der Daniłowiczowka-Straße sowie in der Gänsestraße – ebenfalls im Ghetto – befanden sich weitere Haftanstalten. Alle wurden von deutschem Personal betrieben, das die Überwachung und gegebenenfalls die Folterung der vielen Häftlinge vornahm⁹².

Die Polizeieinheiten unterstanden entweder dem Kommandeur der Ordnungspolizei (KdO) oder dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD (KdS). Der SSPF, eine erst 1939 eingerichtete Instanz, war für die Koordinierung derjenigen polizeilichen Aufgaben zuständig, die sowohl Ordnungs- als auch Sicherheitspolizei umfassten, zudem unterstanden ihm auch die stationären Waffen-SS-Einheiten⁹³. Die institutionelle Befehlskette zwischen Reich, Generalgouvernement und lokalen Einheiten war nicht immer klar zu erkennen und Gegenstand ständiger Streitigkeiten⁹⁴. Die Untergliederung der KdS-Dienststelle folgte weitgehend derjenigen des Reichssicherheitshauptamtes: Die Abteilung I/II war für Verwaltung und Personalfragen des KdS zuständig, die Abteilung III umfasste den Sicherheitsdienst, die Abteilung IV unter dem Namen „Gegner und Abwehr“ die Aufgaben der Gestapo, während in Abteilung V die Kriminalpolizei organisiert war⁹⁵. Daneben gab es in Warschau mit dem „Sonderkommando Spilker“ noch

⁸⁹ Dies waren nacheinander SS-Gruppenführer Paul Moder (1941), SS-Oberführer Arpad Wigand (1941), SS-Oberführer Ferdinand von Sammern-Frankeneegg (1942–1943), SS-Brigadeführer Jürgen Stroop (April bis September 1943), SS-Brigadeführer Franz Kutschera (Oktober 1943 bis Februar 1944), SS-Oberführer Herbert Böttcher (Februar 1944) und SS-Brigadeführer Otto Geibel (März bis August 1944). Vgl. Bartoszewski, Todesring, S. 336f.

⁹⁰ Vgl. Bartoszewski, Todesring, S. 337f.

⁹¹ Vgl. Stawarz (Hg.), Pawiak.

⁹² Zum Personal des Pawiak vgl. Domańska, Policja.

⁹³ Vgl. Getter, Zarys, und Domańska, Policja. Zusammen geben beide Aufsätze einen ausgezeichneten Überblick über die Organisation der Polizei in Stadt und Distrikt Warschau. Vgl. aktuell auch Młynarczyk, Akcja, S. 41ff. Für die Strukturen auf höherer Ebene im Generalgouvernement vgl. Ramme, Sicherheitsdienst, S. 140ff.

⁹⁴ Vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 84.

⁹⁵ Vgl. Bartoszewski, Todesring, S. 338ff. Die Opfergruppen einer solchen KdS-Dienststelle im Osten wird dargestellt bei Birn, Sicherheitspolizei.

eine Polizei-Einheit für Erkundung und Aufklärung, die direkt dem BdS in Krakau unterstellt war und seit Anfang 1942 versuchte, die polnische Untergrundbewegung zu überwachen⁹⁶.

Für den KdS Warschau sind folgende Personalzahlen überliefert: In der Behörde arbeiteten im Jahre 1943 über 400 Personen, von denen 332 in den einzelnen Abteilungen, weitere 74 im Pawiak-Gefängnis und einige in Kasino, Pferdestall oder Garage beschäftigt waren⁹⁷. Unter ihnen waren nicht wenige Frauen, die als Stenotypistinnen und Telefonistinnen typische untergeordnete Arbeiten im Angestelltenverhältnis verrichten mussten, ohne je die Möglichkeit zum Aufstieg oder Beamtenstatus zu haben.

Für die meisten Polizisten waren Kasernen die einzige Art Unterkunft, die sie in Warschau und Minsk kennenlernten. Die Männer waren über die Stadt verteilt und in der Regel in umgewidmeten öffentlichen Bauten stationiert. In Warschau bewohnten Polizeibataillone beispielsweise das polnische Parlamentsgebäude, den Sejm, aber sie nahmen auch im Gebäude der Akademie der Wissenschaften oder dem Nationalmuseum Quartier⁹⁸. Die meisten dieser Unterkünfte lagen im deutschen Wohnbezirk, einige wenige waren außerhalb, etwa auf dem rechten Weichselufer in Praga zu finden. Die Angehörigen der Behörden erhielten Wohnungen im deutschen Wohnbezirk zugewiesen, wobei je nach Rang unterschiedliche Größen vergeben wurden. Unterhalb des höheren Dienstes teilten sich meist zwei oder drei Polizisten eine Unterkunft mit mehreren Zimmern.

Das institutionelle Besatzungsgefüge in Minsk unterschied sich von dem in der polnischen Metropole nur gering. Der wesentlichste Unterschied war, dass die Polizeikräfte in Weißruthenien vor allem zum „Bandenkampf“ herangezogen wurden. Dabei fand besonders das rücksichtslose Vorgehen des SSPF Curt von Gottberg die Zustimmung der Machthaber in Berlin, so dass Gottberg als der geeignete Mann gesehen wurde, um die Nachfolge des von einer Widerstandskämpferin getöteten Wilhelm Kube anzutreten. Gottberg, am 11. Januar 1896 in Preußisch-Wilten geboren, war zunächst Landwirt und wurde 1933 hauptamtlicher SS-Führer. 1937 brachte er es zum Chef des Siedlungsamtes im SS-Rasse- und Siedlungshauptamt, im Oktober 1940 wechselte er als Chef des Erfassungsamtes ins SS-Hauptamt. Erst im Herbst 1942 kam er als SSPF nach Minsk und avancierte zuletzt sogar zum HSSPF Russland-Mitte. Von September 1943 an war er dann Generalkommissar Weißruthenien. Wegen der deutschen Niederlage und einer drohenden Verhaftung beging er am 31. Mai 1945 in Flensburg Selbstmord⁹⁹. Seine

⁹⁶ Vgl. Bartoszewski, Todesring, S. 342.

⁹⁷ Vgl. Borodziej, Terror, S. 60. Auf den Seiten 58f. und 61 ff. werden die verschiedenen Abteilungen und Gliederungen innerhalb des KdS Radom untersucht, die so bzw. ganz ähnlich auch in Warschau – und Minsk – zu finden waren.

⁹⁸ Die Bataillone 6 und 301 befanden sich im Sejm, vgl. Klemp, Nicht ermittelt, S. 84 und 231. Im Dom Akademicki in der Krakauer Vorstadt waren Teile des Bataillons 61. StA Münster, Polizeipräsidien, Sammlung Primavesi/270, Kriegserinnerungen des Oberwachmeisters der Schutzpolizei der Reserve Otto Nahlmann an seine Zeit beim Polizeibataillon 61. Im Nationalmuseum in der Bahnhofstraße war ein SS-Quartier für 2000 Mann. APW, 482/1552, Monatsbericht des Distrikts Warschau für Mai 1941 vom 10.6.1941.

⁹⁹ Vgl. Klein, Gottberg.

bemerkenswerte Karriere verdankte er der hohen Wertschätzung der SS- und Polizeikräfte in Minsk; sie verdeutlicht, welcher Institution die nationalsozialistische Führung in Berlin zutraute, den Widerstand in Weißruthenien zu brechen. Diese weithin sichtbar zur Schau gestellte Bedeutung kam der SS in Warschau trotz der Aufstände 1943 im Ghetto und 1944 in der gesamten Stadt nie zu.

Die andauernde Bekämpfung der Partisanen bedeutete, dass die Polizeitruppen die meiste Dienstzeit außerhalb von Minsk verbrachten. In der Stadt befanden sich verhältnismäßig wenig Polizisten verglichen mit Warschau, im Bereich des Höheren SS- und Polizeiführers Russland-Mitte beispielsweise nur 146 Verwaltungsbeamte¹⁰⁰. Sie arbeiteten in sehr kleinen Räumlichkeiten und wohnten auch längst nicht so komfortabel wie ihre Kollegen in Warschau. Das Dienstgebäude des HSSPF war das ehemalige städtische Meldeamt, zweistöckig und massiv, mit Zentralheizung, jedoch viel zu klein. Von der Bauleitung der Waffen-SS und Polizei wurden daher vier Baracken neben dem Gebäude zur Deckung des dringendsten Raumbedarfs errichtet, die aber aufgrund ihrer leichten Bauart nur in den Sommermonaten ausreichend Schutz vor der Witterung boten. Weitere Unterkunft- und Wohnbaracken waren angefordert, um alle Männer einquartieren zu können, ihre Errichtung ist allerdings nicht belegt¹⁰¹.

Über den Terror an der einheimischen Bevölkerung hinaus nahmen die Einheiten auch Hoheits- und Sicherheitsaufgaben wahr, die jede Polizei ausübte: Deutsche Kriminalpolizei gab es genauso wie Streifendienst, die Bewachung von wichtigen Gebäuden und Personen war ebenso häufig wie die Kontrolle und Überwachung von Verdächtigen, die dort allerdings Gestapo oder SD durchführten. Rein von ihrer Anzahl her konnten die deutschen Polizisten all diese Obliegenheiten aber nicht umfassend ausüben und mit 467 Schutzpolizisten sowie 272 Gendarmen – abgesehen von den Bataillonen – in ganz Weißruthenien die Ordnung aufrechterhalten. Deshalb existierte parallel zur Besatzungstruppe weiterhin die einheimische Polizei, zu den 739 deutschen Ordnungspolizisten kamen im September 1942 noch 10 132 einheimische¹⁰². Sie waren in allen Gebieten des Ostens für die Routineangelegenheiten zuständig, denen die nationalsozialistischen Machthaber keine hohe Priorität einräumten und die ohne Einbußen an Sicherheit und Überwachung delegiert werden konnten. Für Polen und Weißrussen blieb die einheimische Polizei in den meisten Fällen der einzige Ansprechpartner, der sich um die Kleinkriminalität kümmerte, die nicht die Deutschen betraf; deutsche Kriminalpolizei etwa wurde nur bei Kapitalverbrechen beteiligt.

Kollaboration weit über die Fortführung der Vorkriegsaufgaben hinaus gab es bei den Erschießungen in der Sowjetunion. Nach Kräften unterstützten lokale Helfer der deutschen Gendarmerie, die in Schutzmannschaften organisiert waren,

¹⁰⁰ BAB, R 19/137, S. 103ff., Schreiben des HSSPF Russland-Mitte an den RFSS vom 17. 6. 1943.

¹⁰¹ BAB, R 19/137, S. 93f., Vermerk über die Dienstreise des Amtrats Reimers nach Mogilew und Minsk Anfang April 1943 vom 22. 4. 1943.

¹⁰² Vgl. Curilla, Ordnungspolizei, S. 398. Die Zahlen stammen aus einem Bericht vom 11. 9. 1942. Gerlach, Morde, S. 217, nennt mit dem Datum 1. 10. 1943 eine Zahl von 1 400 deutschen Polizisten.

vor allem Polizeibataillone bei ihren Exekutionen¹⁰³. Diese Mordeinheiten stammten jedoch nicht aus der unmittelbaren Umgebung ihres Einsatzortes, sondern waren als geschlossene Truppe eigens dorthin verlegt worden. In Minsk wurde kurzfristig das aus rund 250 Litauern bestehende 12. Schutzmannschaftsbataillon eingesetzt, das an den Massakern im Oktober 1941 teilnahm. Die Männer trieben bei Erschießungen die Opfer zusammen, sperrten die Tatorte ab und mordeten nach den Aktionen die eventuell noch Überlebenden sowie in den folgenden Tagen die vorher untergetauchten Juden der jeweiligen Orte¹⁰⁴. In geringer Anzahl existierte darüber hinaus bis 1943 im Generalgouvernement eine aus „Volksdeutschen“ rekrutierte Hilfspolizei, die beispielsweise in Warschau ausgebildet wurde und unter dem Namen „Sonderdienst“ firmierte¹⁰⁵. Doch auch hier bestand die Sprachbarriere, da die meisten von ihnen kaum des Deutschen mächtig waren und – wie die damaligen Untersuchungen ergaben – aufgrund ihrer geringen geistigen Anlagen zudem kaum in der Lage, derartige Kenntnisse zu erwerben. Nur wenige der Hilfspolizisten konnten als Dolmetscher verwendet werden¹⁰⁶.

Von allen Deutschen in Warschau und Minsk waren die Angehörigen der SS- und Polizeieinheiten dem größten politischen Einfluss bei der Personalauswahl unterworfen. Trotz der zahlenmäßigen Unterlegenheit gegenüber der Wehrmacht und der relativ großen Fluktuationen kam ihnen bei der Aufrechterhaltung der neuen Ordnung und als Exekutive der Unterdrückung eine entscheidende Rolle für die Besatzung zu. Die SS-Männer und die Polizisten sahen sich deshalb nicht ganz zu Unrecht als Speerspitze der deutschen Herrschaft im Osten. Vor allem sie waren es, die die unmittelbare Gewalt gegen die Bevölkerung ausübten und so versuchten, die Besatzer als Herren über Leben und Tod zu etablieren.

3. Verwaltung und Behörden

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht im Spätsommer 1939 setzten in den eroberten Gebieten Polens mehrere Chefs der Zivilverwaltung (CdZ) eine Administration ein¹⁰⁷. Als am 25. September 1939 ein Erlass Hitlers Polen unter Militärverwaltung stellte¹⁰⁸, änderten sich die Zuständigkeiten zunächst nicht, und die CdZ setzten ihre Tätigkeit fort. Mit der Ausrufung des Generalgouvernements Polen am 26. Oktober 1939 wurde der in Krakau residierende Generalgouverneur Hans Frank für den Aufbau der Administration im zentralen und südlichen Teil

¹⁰³ Vgl. allgemein Munoz/Romanko, *White Russians*, ferner Gaunt (Hg.), *Collaboration*. Völlig unzureichend ist Rein, *Collaboration*.

¹⁰⁴ Vgl. Dean, *Collaboration*, S. 43ff. und 60ff.

¹⁰⁵ Warschauer Zeitung Nr. 209 vom 4. 9. 1940: „Ausbildung volksdeutscher Polizisten in Warschau“.

¹⁰⁶ Vgl. Borodziej, *Terror*, S. 41f.

¹⁰⁷ Zu den Planungen Hitlers betreffend die CdZ, die den jeweiligen Armeen zugeordnet waren, die Organisation der Verwaltung in den eroberten und eingegliederten Gebieten sowie die rechtliche Stellung des Generalgouvernements vgl. Rebenitsch, *Führerstaat*, S. 169ff., sowie Alberti, *Verfolgung*, S. 49ff.

¹⁰⁸ Siehe Moll (Hg.), „Führer-Erlasse“, Dokument 10, S. 97ff.

des Landes zuständig¹⁰⁹. Dessen Wunschvorstellung war es, „einen Idealtypus des politisch entscheidungsfreudigen Verwaltungsbeamten“ in den Osten zu holen. Frank wollte nicht „müde, verstaubte Aktenmenschen, bürokratisch-versippte Gesellen“, sondern einen „Abguss wahrer Tüchtigkeit“ in seiner Gefolgschaft und vor allem „absolut polenvernichtungsentschlossene Recken“ einsetzen¹¹⁰. In die Verwaltung übernahm er zunächst aus den Militärdienststellen das Personal, das das Reichsministerium des Innern dorthin abgeordnet hatte. Es konnte als oberste Zentralinstanz sämtliche nachgeordnete Ämter, wie Regierungspräsidenten, Landkreisverwaltungen oder Kommunen, anweisen, Beamte abzustellen. Das Instrument der Abordnung bedeutete für die Betroffenen, dass sich zwar ihr Einsatzort änderte, sie aber formal noch der ursprünglichen Behörde angehörten, zu der sie – nach einem unbestimmten Zeitraum – auch wieder zurückkehren sollten¹¹¹. Versetzung bedeutete dagegen, dass der Beamte gezielt an eine bestimmte Dienststelle weitergegeben wurde – ohne Rückkehrmöglichkeit an die bisherige Behörde, während er im anderen Fall nur dem Generalgouverneur oder, weiter westlich, den Regierungspräsidenten in einem der neuen Reichsgaue zugeteilt wurde, die dann selbst die konkrete Verwendung bestimmten. So waren im Generalgouvernement während des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1943 über 17 500 Deutsche in der Verwaltung tätig – nicht mitgerechnet das Personal der Ostbahn oder der Reichspost¹¹². Die meisten von ihnen waren Angestellte, Arbeiter oder Beamte aus dem Reichsgebiet, nur ein Teil des Verwaltungspersonals rekrutierte sich aus Freiwilligen und „Volksdeutschen“. Sie waren deutlich älter als beispielsweise die Soldaten. Das rührte daher, dass Beamte nur dann von der Wehrpflicht verschont wurden, wenn sie den Geburtsjahrgängen vor 1910 angehörten¹¹³.

Die Spitzenpositionen im Generalgouvernement und in den besetzten Gebieten der Sowjetunion wurden gezielt mit „verdienten“ Nationalsozialisten besetzt. Doch schon für die Ebene unterhalb der Amts- und Behördenchefs galt dies nicht mehr. Das Reichsministerium des Innern, das als zentrale Koordinierungsstelle die Auswahl der Beamten und Angestellten für den Einsatz im Osten traf, war nicht primär an Parteigängern des Nationalsozialismus interessiert, sondern suchte zunächst qualifizierte Personen für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Dabei war fachliches Können das wichtigste Auswahlkriterium, obwohl die Nominierungen der Entsendebehörden nur selten – etwa durch die NSDAP-Partei-Kanzlei – kontrolliert wurden¹¹⁴. Allerdings stammten von den 70 000–80 000 Abordnungen des öffentlichen Dienstes nach Polen – einschließlich Post und Reichs-

¹⁰⁹ Vgl. hierzu Musial, Zivilverwaltung, S. 13ff. Zu den CdZ siehe allgemein Umbreit, Militärverwaltungen, sowie Berenstein/Rutkowski, Administracja.

¹¹⁰ Zitiert nach: Präg/Jacobmeyer (Hg.), Diensttagebuch, S. 18, Ansprache Franks beim Besuch von Robert Ley am 7. 11. 1940.

¹¹¹ Zu den Abordnungen im Reich vgl. Mecking, Beamte, S. 95.

¹¹² Vgl. Haushaltsplan des Generalgouvernements für 1943. Musial kommt für 1943 auf 13 820 Deutsche und bezieht dabei die 3 924 planmäßigen Beamten des Generalgouvernements nicht in seine Statistik mit ein. Vgl. Musial, Zivilverwaltung, S. 87ff.

¹¹³ RGVA, 720-2-46, Bl. 128, Verfügung des OKW betreffend die Freistellung von Beamten vom Wehrdienst vom 17. 2. 1940.

¹¹⁴ Vgl. Lehnstaedt, Ostnieten, S. 719ff.

bahn – schon Ende November 1939¹¹⁵ längst nicht alle aus dem Innenressort und dessen nachgeordneten Behörden, sondern sie kamen auch von anderen Fachverwaltungen wie den Finanzämtern oder der Justiz.

Betrachtet man all diese Faktoren, kann es kaum überraschen, dass es insgesamt keine einheitliche Abordnungspolitik gab, zumal für die Angestellten im öffentlichen Dienst ein anderes Procedere zum Tragen kam als bei den Beamten. Die Heimatbehörden listeten in beiden Fällen die Namen auf und gaben sie weiter, wobei hier – anders als auf Reichsebene – eine negative Auswahl stattfand, da die Ämter nur ungenügend kompetentes Personal aus ihrem sich immer mehr ausdünnenden Bestand abgaben. Das Innenministerium selbst ging erst im Laufe des Krieges dazu über, mittels Abordnungen und Versetzungen ins Generalgouvernement oder die Sowjetunion gezielt Beamte mit schlechten Beurteilungen oder Disziplinarstrafen aus dem eigenen Einflussbereich zu entfernen.

Anders als bei den abgeordneten Staatsbediensteten prüfte die Innenverwaltung die freiwilligen Meldungen meist sehr genau. Vor allem diejenigen, die nicht bereits im öffentlichen Dienst standen, waren häufig durch Abenteuerlust und Karrieresucht motiviert, versuchten in nicht wenigen Fällen auch, ihrem Versagen im Reich oder der Einberufung zur Wehrmacht zu entkommen. Unter ihnen waren Kriminelle genauso wie Minderjährige, Wehrpflichtige oder Rentner; und anders als die lokalen Behörden in Polen, die ab Mitte 1940 selbst ihre Angestellten einstellen konnten – und dies in großem Umfang auch taten –, versuchte das Innenressort auch hier, ungeeignete Kandidaten herauszufiltern. Entsprechend gering war die Zahl derer, die eingestellt wurden, und entsprechend groß war die Suche nach Bediensteten durch die Dienststellen in Polen – dort fand entgegen den Absichten des Innenministeriums keine echte Auswahl mehr statt, es wurde fast jeder eingestellt, der um Verwendung nachsuchte. Die Praxis im Umgang mit Einstellungsgesuchen beim Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, das auch für Weißruthenien und mithin für Minsk zuständig war, unterschied sich kaum von der des Frick-Ressorts¹¹⁶. Genau wie die Kollegen der Innenverwaltung lehnte Rosenbergs Behörde anfangs viele Freiwillige ab und legte Wert auf qualifiziertes Personal¹¹⁷, konnte dieses hohe Anspruchsniveau aber mit Fortdauer des Krieges nicht konsequent weiter verfolgen.

¹¹⁵ Vgl. Rebentisch, Führerstaat, S. 186. Die Zahlen beziehen sich auf das Generalgouvernement und die eingegliederten Reichsgaue.

¹¹⁶ Vgl. Zellhuber, Verwaltung, S. 169ff. Dennoch hatte das Innenministerium singuläre Kompetenzen, die ihm weiterhin eine wichtige Rolle sicherten: Rosenbergs Behörde war gegenüber der inneren Verwaltung im Reichsgebiet nicht weisungsbefugt und konnte somit keine Abordnungen veranlassen; wenn sie einen bestimmten Beamten in die Sowjetunion schicken wollte, musste es weiterhin über das Innenministerium die Freigabe durch die jeweilige Dienststelle erwirken.

¹¹⁷ Vgl. Chiari, Alltag hinter der Front, S. 60. Die Grundlage für das Personal in den besetzten Gebieten der Sowjetunion bildete der Erlass des Führers vom 16. 1. 1942 über die Bildung des Verwaltungsführerkorps in den besetzten Ostgebieten. Vgl. Moll (Hg.), Führer-Erlasse, Dokument Nr. 134, S. 223ff. Studien zum Verwaltungspersonal liegen für das Reichskommissariat Ostland – nur das Baltikum betreffend – vor: Danker, Zivilverwaltung; Bästlein, Reichskommissariat; Pingel, Kiel.

Alles in allem kann gesagt werden, dass es eine einheitliche, unbedingt erforderliche Mindestqualifikation für den Dienst im Generalgouvernement oder in Weißruthenien nicht gab. Im Reich kamen für das Innenressort nur Personen in Frage, die sich bereits im Staatsdienst befanden oder dort zumindest hätten verwendet werden können, in Polen dagegen stellte die Verwaltung beinahe jeden Freiwilligen ein; die Führungspositionen wurden – wie in Weißruthenien – im Allgemeinen mit Vertrauten des Distriktgouverneurs besetzt. Eine gezielte Auswahl von „absolut polenvernichtungsentschiessenen Recken“ stellte jedoch die Masse des Personals sicher nicht dar. Im Reich – und auch bei einer Anstellung im Generalgouvernement – waren Osträumvorstellungen, die Zuverlässigkeit im Sinne der NSDAP oder die Einstellung zu den Einheimischen nur in den wenigsten Fällen Maßstab für die Auswahl¹¹⁸.

Die Zivilverwaltungen in Warschau und Minsk unterschieden sich auf lokaler Ebene weniger als im organisatorischen Überbau. Während in Polen über dem Warschauer Stadthauptmann Ludwig Leist¹¹⁹ nur der Distriktgouverneur Ludwig Fischer und der Generalgouverneur und Reichsminister Hans Frank standen, waren dem Minsker Stadtkommissar Wilhelm Janetzke der Generalkommissar Weißruthenien, Wilhelm Kube, dann der in Riga residierende Reichskommissar Ostland, Hinrich Lohse, und schließlich in Berlin der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, übergeordnet. Diese Organisation zeitigte unterschiedliche Freiheiten bzw. Kontrolle von oben¹²⁰, während die Aufgaben vor Ort recht ähnlich blieben¹²¹; freilich war die rein verwaltungsmäßige Herrschaftsausübung in der Metropole Warschau mit ungleich größeren Schwierigkeiten verbunden als in Minsk. In beiden Orten blieb die Machtstellung des Stadthauptmanns bzw. -kommissars angesichts der ebenfalls dort residierenden unmittelbar übergeordneten Instanzen gering, in Minsk noch mehr als in Warschau. Zudem waren die Kompetenzen in vielen Bereichen nicht klar abgegrenzt bzw. variierten von Fall zu Fall. In Warschau unterstand beispielsweise die Aufsicht über den „Jüdischen Wohnbezirk“ ab 1941 direkt dem Gouverneur Fischer, während die Ghettos in anderen Städten des Distrikts von den dortigen Hauptleuten verwaltet wurden¹²². Die personellen Seilschaften auf der Führungsebene in beiden Orten verdienen daher Beachtung, weil sie die Verwaltungsrealität zu großen Teilen bestimmten.

¹¹⁸ Zu den vorangegangenen Einschätzungen vgl. Lehnstaedt, Ostnieten.

¹¹⁹ Vorgänger Leists waren: 1. von Ende September bis Anfang Oktober 1939 Dr. Dr. Helmuth Otto, * 15.3.1892 in Antwerpen, Jurist und Mediziner, Diplom-Landwirt, SA-Standartenführer, 1933–1937 Oberbürgermeister von Solingen, später von Düsseldorf. 2. Dr. Oskar Dengel, * 27.12.1899 in Waldbüttelbrunn, Jurist, 1926 Regierungsassessor, vom 4.10.1939 bis 15.3.1940 Stadtpräsident von Warschau.

¹²⁰ Zur Machtausübung Franks vgl. Madajczyk, Okkupationspolitik, S. 85f., sowie Musial, Zivilverwaltung, S. 30ff., und Pohl, Judenverfolgung, S. 75ff.; zur relativen Unabhängigkeit des GK Weißruthenien von Lohse bzw. Rosenberg vgl. Gerlach, Morde, S. 159ff. Einen vergleichenden Überblick bietet Oldenhage, Verwaltung.

¹²¹ Eine Aufgabenbeschreibung findet sich für die sowjetischen Gebiete in BAB, R 43 II/685a, S. 37ff., Die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten (Braune Mappe), Berlin April 1942. Vgl. allgemein Gibbons, Richtlinien.

¹²² Vgl. Sakowska, Menschen, S. 46.

Ludwig Leist war am 14. März 1891 in Kaiserslautern geboren und Leutnant im Ersten Weltkrieg. In seiner wenig spektakulären Karriere brachte er es bis Kriegsausbruch 1939 zum Oberzollinspektor und zum SA-Oberführer, bis er schließlich vom 16. März 1940 bis 31. Juli 1944 Stadthauptmann in Warschau wurde. Für seine Vergehen während dieser Zeit wurde er am 24. Februar 1947 in Warschau zu acht Jahren Haft verurteilt¹²³. Leist verdankte den Posten in Polen nur seiner Parteibekanntheit zu Distriktgouverneur Ludwig Fischer. Denn auch dieser stammte aus Kaiserslautern, wo er am 16. April 1905 geboren wurde. Doch anders als Leist wurde er Jurist und 1926 schon früh Mitglied der NSDAP sowie 1929 auch der SA. Seine guten Kontakte zu Hans Frank verhalfen ihm 1931 zur Stellung des stellvertretenden Leiters des NS-Rechtswahrerbundes. 1933 avancierte er zum Regierungsrat, 1937 wurde er Mitglied des Reichstages. Frank berief seinen Stellvertreter bei der nationalsozialistischen Juristenorganisation unmittelbar nach Errichtung des Generalgouvernements und betraute ihn am 24. Oktober 1939 mit dem wichtigen Distrikt Warschau. Der Warschauer Oberste Gerichtshof verurteilte Fischer am 24. Februar 1947 zum Tode, das Urteil wurde am 8. März 1947 vollstreckt¹²⁴.

In Minsk herrschten ähnliche Verhältnisse, wenn auch die Wahl von Wilhelm Kube zum Generalkommissar für seine Zeitgenossen überraschend kam. Der am 13. November 1887 in Glogau geborene Germanist war frühes NSDAP-Mitglied und schon 1924 bis 1928 sowie erneut 1933 Reichstagsabgeordneter der NSDAP bzw. deren Fraktionsführer im Preußischen Landtag. Bereits seit 1928 war Kube Gauleiter der brandenburgischen Ostmark – ab 1933 Kurmark. Als er 1933 noch das Amt des Oberpräsidenten von Brandenburg-Berlin antrat, schien ihm eine glänzende Karriere im NS-Staat vorbestimmt. Doch 1936 wurde er wegen Korruptionsvorwürfen – und vor allem wegen Zwistigkeiten innerhalb der Partei – abgelöst und aus allen Ämtern entlassen. 1940 verdingte er sich zur Rehabilitierung als SS-Rottenführer im KZ Dachau, um dann am 17. Juli 1941 unerwartet zum Generalkommissar in Weißruthenien ernannt zu werden – wo er sich weiterhin als „Gauleiter“ titulieren ließ. Dieser Posten war der letzte seines Lebens, Kube wurde am 23. September 1943 in Minsk durch eine Bombe getötet, die unter seinem Bett explodierte¹²⁵. Ähnlich wie Fischer 1939 Leist nach Warschau holte, rief Kube mit dem 1911 geborenen Wilhelm Janetzke, zuvor Bürgermeister in Falkensee, das in Kubes ehemaligem Gau Ostmark lag, einen Vertrauten nach Minsk. Janetzke blieb von November 1941 bis Oktober 1943 Stadtkommissar von Minsk und musste mit dem Amtsantritt des neuen Generalkommissars Curt von Gottberg seinen Hut nehmen¹²⁶.

Die von diesen Männern geführte Administration nahm ähnliche Aufgaben wahr wie die im Reich. Dazu gehörte in Warschau beispielsweise die innere Verwaltung, das Ernährungs- und Wirtschaftswesen, die Finanzen, Gesundheit, Kultur, Forsten, Schulen, aber auch „Volksaufklärung“ und Propaganda, Bauwesen

¹²³ Vgl. Walichnowski, Rozmowy, und Sawicki (Hg.), Staatsanwalt, S. 246ff.

¹²⁴ Vgl. Dunin-Źasowicz (Hg.), Raporty.

¹²⁵ Vgl. Zimmermann, Ehrenbürger, und Heiber, Akten.

¹²⁶ Vgl. Gartenschläger, Stadt, S. 31f.

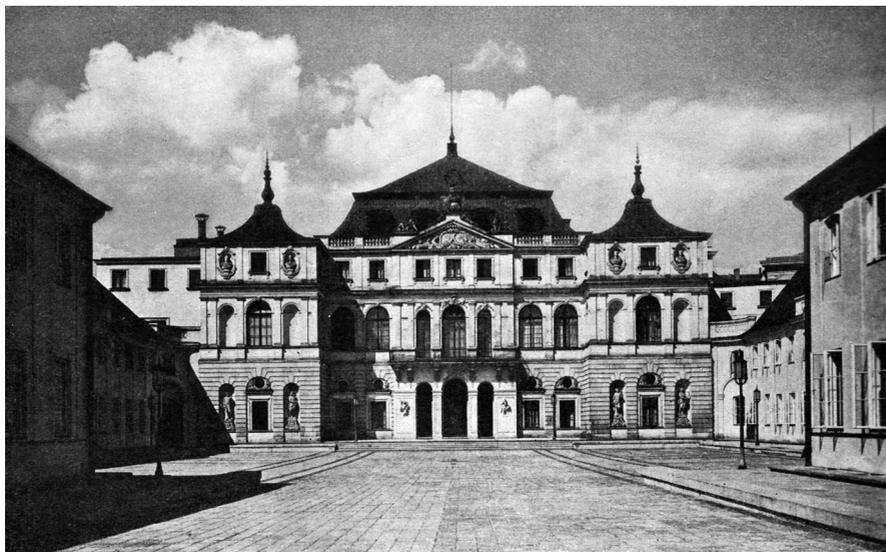


Abbildung 1: Palais Brühl, Dienstsitz des Warschauer Distriktgouverneurs¹²⁷

und Arbeitsamt¹²⁸, ja sogar Standesämter sowie Bibliotheks- und Archivwesen¹²⁹. Diese Behörden waren, soweit sie zum Distrikt gehörten, im Palais Brühl, dem ehemaligen polnischen Außenministerium, direkt am Adolf-Hitler-Platz untergebracht (vgl. *Abbildung 1*). Die Stadtverwaltung residierte im Palais Blank in der Senatorenstraße. Dazu kam die Justizverwaltung, bestehend aus dem Deutschen Obergericht mit Sondergericht in der Lesnostraße¹³⁰, sowie eine Staatsanwaltschaft im ehemaligen polnischen Innenministerium in der Neuen-Welt-Straße¹³¹. Alle diese Behörden hatten ihren Sitz außerhalb des Deutschen Wohnbezirks im repräsentativsten Teil der Stadt Warschau und stellten mit der Wahl der Gebäude ganz offen ihren Anspruch zur Schau, die Nachfolge der polnischen Regierung anzutreten. In der personellen Ausstattung blieben sie jedoch hinter der ehemaligen Hauptstadt zurück: Im Distrikt Warschau waren für die Verwaltung zwischen 500 und 700 Beamte, Angestellte und Arbeiter zuständig (vgl. *Tabelle 1*), auf die Stadthauptmannschaft entfielen nur 54 Mann¹³².

¹²⁷ Gollert, *Warschau unter deutscher Herrschaft*, S. 14.

¹²⁸ Vgl. *Warschauer Zeitung* Nr. 20 vom 5. 12. 1939: „Die Verwaltung des Distrikts Warschau“. Eine umfangreiche Selbstdarstellung ist erhalten mit Gauweiler (Hg.), *Berichte*. Eine überblicksartige Darstellung des Verwaltungsaufbaus gibt Adamska, *Organizacja*.

¹²⁹ BALAA, *Ost-Dok.* 13/266, Interview mit Wilhelm Witte, Bibliotheksverwaltung Warschau, vom 1./2. 7. 1957.

¹³⁰ Vgl. *Warschauer Zeitung* Nr. 86 vom 13. 4. 1940: „Deutsches Obergericht in Warschau eröffnet“.

¹³¹ Vgl. *Warschauer Zeitung* Nr. 153 vom 30. 6./1. 7. 1940: „Die deutsche Staatsanwaltschaft in Warschau“.

¹³² Vgl. *Warschauer Zeitung* Nr. 253 vom 25. 10. 1940: „54 Deutsche leiten Warschaus Stadtverwaltung“; vgl. ferner Leist (Hg.), *Bericht*, S. 282ff.

Tabelle 1: In der Zivilverwaltung des Distrikts Warschau eingesetzte Deutsche¹³³

	01.01.1941	30.04.1941	01.12.1941	01.01.1943	01.10.1943
Beamte	52	57	56	57	52
Angestellte	380	382	430	578	515
Arbeiter	60	60	77	74	55
Gesamt	492	499	563	709	622

Das Generalkommissariat Weißruthenien musste bei ähnlichen Befugnissen und Verantwortlichkeiten¹³⁴ demgegenüber mit nur 200 Beschäftigten auskommen, die wie fast alle Behörden im großzügig dimensionierten sowjetischen „Hochhaus“ direkt im Stadtzentrum untergekommen waren¹³⁵. Das Gebäude war vor dem Krieg als Verwaltungs- und Veranstaltungszentrum genutzt worden. Beide Stadtverwaltungen einte, dass ständig über den Personalmangel geklagt wurde¹³⁶. Dies galt auch für die weiteren deutschen Behörden und Dienststellen, wie etwa die Reichspost oder die Reichsbahn. In der Warschauer Ostbahndirektion in der Chalubinskistraße arbeiteten 1942 etwa 130 Deutsche¹³⁷, die Bahnverwaltung der Stadt umfasste rund 450 Menschen¹³⁸. Zwei Jahre vorher hatte die Bahn im gesamten Generalgouvernement 6293 Deutsche allein für Aufgaben innerhalb der Administration eingesetzt, davon rund ein Viertel im Eisenbahnknotenpunkt Warschau¹³⁹. Die Deutsche Post Osten verfügte in diesem Gebiet über 2390 reichsdeutsche und 600 „volksdeutsche“ Beschäftigte¹⁴⁰, die Reichsverkehrsdirektion Minsk, die für 5700 Kilometer Gleise, 379 Bahnhöfe und 1050 Lokomotiven zuständig war, konnte auf 21000 Deutsche in ganz Weißruthenien zurückgreifen: 7500 Beamte und 13500 Arbeiter, darunter 406 Frauen¹⁴¹. Obwohl die Beschäftigungszahlen bis etwa Anfang 1943 noch anwuchsen, gingen sie danach aufgrund der Einberufungen zur Wehrmacht in allen Teilen der Zivilverwaltung wieder zurück: Bei der Behörde des Distrikts Warschau waren Ende 1943 120 Beschäftigte

¹³³ Die Ist-Zahlen folgen den Haushaltsplänen des Generalgouvernements; die Zahlen für den 30. 4. 1941 sind nach IPN, NTN/281, Bericht des Distrikts Warschau für April 1941 vom 12. 5. 1941.

¹³⁴ Vgl. allgemein Chiari, Zivilverwaltung, sowie Steinberg, Third Reich.

¹³⁵ IfZA, Fa 91/4, S. 866ff., Bericht Nr.4 des Beauftragten des Reichsleiters Bormann im OKW, Albert Hoffmann, über Weißruthenien/Minsk vom 26. 5. 1942.

¹³⁶ Z. B. IfZA, MA 158-1, Bericht des Distrikts Warschau für Oktober 1940 vom 15. 11. 1940: „In den Berichten der Kreishauptleute wird besonders über den Mangel an reichsdeutschem Personal geklagt.“

¹³⁷ BAZAH, R 5 Anhang I/127, S. 459ff., Geschäftsverteilungsplan der Zweigstelle Osten des Reichsverkehrsministeriums in Warschau, gültig ab 1. April 1942. Vgl. auch Krakauer Zeitung Nr. 107 vom 6. 5. 1943: „Jetzt drei Ostbahndirektionen im GG“.

¹³⁸ Vgl. Pitschel, Generaldirektion, S. 70ff.

¹³⁹ Vgl. Reimer/Kubitzki, Eisenbahn, S. 29, 39ff. und 130.

¹⁴⁰ IfZA, Ed 6-II/33, Bericht über den Aufbau im Generalgouvernement bis 1. Juli 1940, Bl. 65.

¹⁴¹ BAZAH, R 5 Anhang I/144, S. 1391ff., Organisatorische und personalstatistische Angaben der RVD Minsk, Stand 1943.

im Kriegsdienst – also rund 15% der Beamten, Angestellten und Arbeiter von Anfang des Jahres¹⁴².

Obwohl in der Verwaltung im Osten mehrere tausend Deutsche beschäftigt waren, konnte nicht auf die einheimischen Arbeitskräfte verzichtet werden. Die Vorkriegsorganisation der kommunalen Ebene wurde aus diesem Grund ebenso weitergeführt wie Bahn- und Postdienst. Die Rolle der Okkupationsorgane beschränkte sich in diesen Bereichen auf rein anordnende und kontrollierende Funktionen, während die Ausführung und Umsetzung der Erlasse durch die Besetzten selbst geschah¹⁴³. Rein zahlenmäßig überragten die einheimischen Bediensteten die Besatzer daher um ein Vielfaches; insgesamt arbeiteten in Minsk und Warschau einige zehntausend Polen und Weißrussen weiterhin in der öffentlichen Verwaltung. In der Behörde des Finanzinspektors Warschau Stadt I am Bombrowskiplatz etwa waren am 1. Dezember 1941 825 Polen sowie 7 angestellte und 5 beamtete Deutsche beschäftigt¹⁴⁴. Gerade im Generalgouvernement blieben die Kompetenzen der lokalen Verwaltung aber so beschränkt, dass von einer aktiven Kollaboration – anders als in Weißruthenien¹⁴⁵ – keine Rede sein kann. Die polnischen Behörden waren als schlichte Befehlsempfänger nur für ihre Landsleute zuständig¹⁴⁶.

Die Mehrzahl der deutschen Verwaltungsangehörigen war nicht in separierten Wohnheimen wie Wehrmacht oder SS untergebracht und lebte im Deutschen Wohnbezirk. Meist teilten sich zwei oder drei Zivilisten eine Wohnung in einem Haus, in dem sich nur Deutsche aufhalten durften. Dabei war zwar pro Person ein eigenes Zimmer gewährleistet, aber nur die höheren Beamten und Angestellten verfügten über eine Einzelunterbringung. Vom Standardniveau der Kasernenunterkünfte war man bei der Verwaltung weit entfernt, nicht selten kamen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der ersten Zeit ihres Warschauer Aufenthaltes sogar in einem Hotel unter, das von den Deutschen zu diesem Zwecke requiriert worden war. So nächtigte etwa der Propagandist Theo L. 1939 zunächst in den Hotels Bristol und Europejski. Später zog er in ein Mehrfamilienhaus in der Nähe des Dreikreuzplatzes um und bewohnte dort mit zwei anderen Deutschen ein Appartement, in dem jeder ein einzelnes Zimmer hatte und man sich ein gemeinsames Wohnzimmer teilte. Nach der Hochzeit in Warschau bezog L. mit seiner Frau 1943 eine Wohnung in einem Haus für deutsche Zivilangestellte¹⁴⁷.

¹⁴² AAN, 111/393/6, Internes Schreiben des Personalamtes der Regierung des Generalgouvernements an das Referat Soziale Betreuung vom 25.11.1943. Für die Zahl Anfang 1943 vgl. Tabelle 1.

¹⁴³ Für Warschau vgl. Kulski, Zarząd, S. 117ff. Die Arbeit der polnischen Versorgungsanstalten für Wasser, Gas etc. und deren „Zusammenarbeit“ mit den Deutschen wird dargestellt in Gajewski, Urządzenia.

¹⁴⁴ APW, 485/348, Voranschlag zu Einzelplan II Kapitel 1 des Entwurfs des Haushaltsplans des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr 1942, Anlage 2.

¹⁴⁵ Vgl. Chiari, Alltag hinter der Front, S. 96ff., und allgemein Lammers, Levels, S. 61f.

¹⁴⁶ Vgl. Seidel, Besatzungspolitik, S. 57ff.

¹⁴⁷ BAL, B 162/AR 179/71, Bd. 8, S. 1525ff., Vernehmung von Theo L. am 6.3.1972.

In Warschau wurde nach der Errichtung des Ghettos am 1. April 1940¹⁴⁸ mit dem Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk die Gewalt gegen die Juden in einer eigens geschaffenen Behörde konzentriert, die von dem fanatischen Nationalsozialisten Heinz Auerswald geleitet wurde; zuständig für die Ghettoisierung war Waldemar Schön als Leiter der Abteilung Umsiedlung. Der am 3. August 1904 in Merseburg geborene Jurist Schön kannte die Gouverneure Frank und Fischer bereits aus der Vorkriegszeit, da er schon 1930 der NSDAP beigetreten war. Im selben Jahr wurde er Schulungsleiter der heimatischen Ortsgruppe, 1932 auch Kreisschulungsleiter. In seiner NSDAP-Karriere wurde er 1930 zudem Kreisredner, 1932 Gauredner und danach sogar Reichsredneranwärter. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten ermöglichte ihm im Herbst 1933 den Aufstieg in die Leitung des Fürsorge-Dezernats in der Provinzialverwaltung von Sachsen-Anhalt. Seit 1934 war er in der Reichsleitung der NSDAP im Hauptamt Kommunalpolitik tätig und avancierte zum Reichsamtsschreiber der NSDAP. Zum Distrikt Warschau kam er am 19. Januar 1940 als Leiter der Umsiedlungsabteilung, wo er für die Ghettoisierung der Juden verantwortlich war. Im März 1941 wurde er kommissarischer Leiter der Abteilung Innere Verwaltung. Nach dem Kriege lebte er von der Justiz unbehelligt in München¹⁴⁹. Auch der aus Berlin stammende Auerswald war Jurist. Er wurde am 26. Juli 1908 geboren und trat 1933 der SS bei, sechs Jahre später auch der NSDAP. Am Polenfeldzug nahm er als Schutzpolizei-Offizier teil und wurde danach Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge des Distrikts. Von April 1940 bis November 1942 war er als Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk deutscher Organisator des Ghettos. Nach dessen Auflösung wurde er in Ostrów Kreishauptmann, aber bereits im Januar 1943 zur Wehrmacht eingezogen. Nach dem Krieg arbeitete er als Rechtsanwalt in Düsseldorf, wo er am 5. Dezember 1970 starb¹⁵⁰.

Diese Männer legten nicht nur Ablieferungsquoten von Steuern und wirtschaftlichen Erzeugnissen aus dem Ghetto fest, sondern verantworteten auch die Unterversorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten. Die Juden erhielten 1940 durchschnittlich nur 413 Kalorien pro Person und Tag zugeteilt, ein Jahr später sogar nur noch 253 Kalorien – der Völkerbund hatte bereits 1936 das physiologische Minimum für die Ernährung eines ausgewachsenen Menschen auf 2400 Kalorien beziffert¹⁵¹. Die Sterblichkeit war entsprechend hoch, bis zum Beginn der – auch von der zivilen Administration forcierten¹⁵² – Deportationen in das Vernichtungslager Treblinka im Sommer 1942 kamen im Ghetto weit über 70000 Menschen zu Tode (siehe *Tabelle 2*). Die Verwaltung leistete damit einen Teil ihres Beitrags zum Holocaust.

¹⁴⁸ Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 44. Am 27.3.1940 wurde dem Judenrat eine Karte mit den künftigen Ghattogrenzen übergeben, am 1.4.1940 begannen die Bauarbeiten für die Mauern.

¹⁴⁹ Vgl. Berenstein, Schön.

¹⁵⁰ Vgl. Browning, Ghettoisierungspolitik.

¹⁵¹ Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 111ff.

¹⁵² Vgl. Browning, Bürokratie, S. 52ff.

Tabelle 2: Sterblichkeit im Warschauer Ghetto vor Beginn der Deportationen¹⁵³

	1940	1941	1942
Januar	1 178	898	5 123
Februar	1 179	1 023	4 618
März	1 014	1 608	4 951
April	1 044	2 061	4 432
Mai	856	3 821	3 636
Juni	650	4 290	3 356
Juli	563	5 550	
August	525	5 560	
September	489	4 545	
Oktober	457	4 716	
November	445	4 801	
Dezember	581	4 366	
Insgesamt	8 981	43 239	26 116

Die deutsche Verwaltung übte ihre Gewalt nicht selbst aus. Die wenigsten Beamten und Angestellten dürften während der Besatzungszeit jemandem von Angesicht zu Angesicht Leid zugefügt haben. Doch viele Anordnungen, die sie erließen, hatten für die Einheimischen lebensbedrohliche Folgen. Die Lebensmittelzuteilungen beispielsweise waren nicht nur für Juden, sondern auch für die polnische und weißrussische Bevölkerung viel zu knapp. In Warschau erreichten die offiziellen Kalorienzuteilungen nur im Jahre 1944 mehr als 30 Prozent des notwendigen Bedarfs¹⁵⁴. Wie von den Besatzern gewünscht, blieben die Einheimischen auf Eigenversorgung und – dies war nicht gewollt – den Schwarzmarkt angewiesen. Darüber hinaus ordnete die Ziviladministration die Verschleppung von Zwangsarbeitern ins Reich an, die sie von SS- und Polizeieinheiten durchführen ließ. In der Regel wurde tagsüber überraschend eine belebte Straße gesperrt und alle, die nicht bereits im Osten für Deutschland arbeiteten, nach Westen abtransportiert¹⁵⁵. Neben der Innenverwaltung war auch die Justiz, namentlich in Gestalt der Sondergerichte, für viele Tote verantwortlich¹⁵⁶ – unter Polen, Weißrussen und Juden. Zweimal in der Woche tagte in Warschau das Sondergericht im ehemals polnischen Gerichtsgebäude, das einen Teil der Grenze zum Ghetto bildete, und fällte an den beiden Vormittagen jeweils etwa 30 Urteile. Die Angeklagten waren meistens junge Männer und Frauen, die das Ghetto auf der Suche nach Lebensmitteln verbotswidrig verlassen hatten. Sie wurden zum Tode verurteilt; die Gesamtzahl wird auf 1 000–1 500 Urteile geschätzt. Das Sondergericht war von November 1941 bis Mitte 1942 mit den Verfahren befasst, danach übernahm ohne Verfahren die SS die Aufgabe. Sie erschoss die Aufgegriffenen entweder direkt vor

¹⁵³ Vgl. Sakowska, Menschen, S. 40.

¹⁵⁴ Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 114, 1940: 27,9%, 1941: 29,7%, 1942: 25,8%, 1943: 28,6%, 1944: 38,5%.

¹⁵⁵ Für Minsk vgl. Quinkert, Terror.

¹⁵⁶ Vgl. die allgemein gehaltene, marxistisch gehaltene Übersicht bei Nestler, Aufbau.

Ort oder verschickte sie nach Treblinka, wo sie dann ermordet wurden¹⁵⁷. Weniger endgültig, aber ebenfalls mit starken Auswirkungen auf die Betroffenen, war die monetäre Ausplünderung, die viele Einheimische in finanzielle Nöte stürzte¹⁵⁸. Auch die Schulpolitik, die den Bildungsstand der Besetzten auf Volksschulniveau festschreiben wollte und daher zur Schließung zahlreicher weiterführender Schulen und Universitäten führte, beschränkte deren Leben¹⁵⁹.

Bei all ihren Aktivitäten war die Verwaltung nicht nur auf die ausführenden Handlungen der einheimischen Administration angewiesen, sondern auch auf die Hilfe von SS, Polizei und Wehrmacht. Ohne diese Institutionen, die die Sicherheit und Durchsetzung der Anordnungen gewährleisteten, wären die Behörden handlungsunfähig gewesen. Von ihrer Seite wurde daher immer wieder auf die angeblich so gute Kooperation und die gemeinsamen Aufgaben hingewiesen. Trotz gewisser Überschneidungen blieben jedoch die Unterschiede beträchtlich, vor allem was Selbstbild und Fremdwahrnehmung betraf. Während sich die meisten Soldaten in Warschau und Minsk in einer Kampfpause zwischen zwei Fronteinsätzen aufhielten und die Städte im Verhältnis zur Kriegsrealität als recht angenehm wahrnahmen, empfanden die meisten Beamten und Angestellten ihren Aufenthalt im Osten als unangenehme Überforderung fern der Heimat, die sie möglichst schnell beenden wollten. Gleichzeitig wurden die Angehörigen der Verwaltung von vielen Soldaten als faul, genussüchtig und korrupt angesehen.

Die unterschiedliche Einstellung führte zu einem gespannten Verhältnis zwischen den einzelnen Gruppen, auch weil der Stolz auf die Bedeutung der eigenen Tätigkeit nach außen hin deutlich zur Schau gestellt wurde. Sichtbar wurden die nur oberflächlich geglätteten Risse im Zusammenhalt beispielsweise bei der schikanösen Behandlung von reisenden Beamten durch Soldaten, die ihre zahlenmäßige Überlegenheit in den Zügen ausnutzten¹⁶⁰. Beschwerden darüber wurden schnell laut, aber auch die Wehrmacht führte oftmals Klage über die Administration und machte deren Handeln für die zahlreichen Partisanenaktivitäten in den besetzten Gebieten der Sowjetunion verantwortlich¹⁶¹. Darüber hinaus hatten die jeweiligen Herrschafts- und Machtansprüche in den Städten zahlreiche institutionelle Kompetenzstreitigkeiten zur Folge, auch mit SS und Polizei¹⁶². Selbst geringfügige Anlässe konnten zu Auseinandersetzungen führen, etwa als das Heer in Warschau den vom Distrikt für Sport und Freizeitgestaltung der Zivilisten genutzten Agricolapark ebenfalls nutzen wollte. Sogar die Notwendigkeit von Manövern auf dem Gelände wurde vorgebracht, woraufhin sich die „Deutsche Sportgemein-

¹⁵⁷ Zum Sondergericht Warschau siehe BAL, B 162/AR 1391/62, S. 16ff., Aktenvermerk der Staatsanwaltschaft Lübeck vom 4. 10. 1964. Zur Aburteilung der Juden in Warschau vgl. allgemein Grabowski, Żyda, S. 24ff.

¹⁵⁸ Für Polen vgl. Gilles, Besatzungsverwaltung; allgemein: Ders., Hauptsache.

¹⁵⁹ Vgl. Sakowska, Menschen, S. 129ff.

¹⁶⁰ BAB, R 6/334, Stimmungsbericht des Referenten Steinweg vom GK Minsk vom 6. 10. 1943.

¹⁶¹ BAB, R 6/334, Entwurf eines Schreibens des RMbO an die Reichskommissare Ostland und Ukraine, o. D.

¹⁶² BAB, R 93/3, S. 7, Lagebericht zur Polizei im GK Minsk vom 15. 10. 1942.

schaft „Palais Brühl“ jeglichen Besuch verbat und auf das nur wenige Meter entfernt gelegene Wehrmachtsstadion hinwies¹⁶³.

Die beliebteste Methode, um die Angehörigen der jeweils anderen Gruppen mit Nichtachtung zu strafen, bot sich bei der Grußpflicht. Diese bestand für alle uniformierten Deutschen, wurde aber meist nur zwischen den eigenen Kollegen bzw. Kameraden wahrgenommen¹⁶⁴. Gerade der Wehrmacht galten die zahllosen Uniformen der Zivilisten wenig, seien es die der Eisenbahner, Postler, Verwaltungsbeamten, Wach- und Schutzeinheiten oder die der zahllosen Partei-Formationen. Dabei sollten diese sichtbares Zeichen der Gleichrangigkeit aller „Soldaten des Führers“ sein. Egal für welche Institution gearbeitet wurde, jede hatte ihre eigene Kleidung, Eisenbahner und Postler ohnehin, aber ebenso die Verwaltung, NS-Gliederungen sowie natürlich Wehrmacht und SS. Die Zivilverwaltung trug braune, an NSDAP-Kleidung erinnernde Uniformen, deren Ausgestaltung und Benutzung streng reglementiert waren. Aber nur wer eine Genehmigung dazu hatte, durfte eine Beamtenuniform tragen. Eine silberne Schnur am Kragen von Rock und Mantel war den Regierungsangehörigen vorbehalten; das Ärmelabzeichen auf dem unteren Teil des linken Armes sollten lediglich abgeordnete Beamte anlegen, keine Angestellten. Außerhalb des Generalgouvernements wiederum durfte die Uniform nur mit ausdrücklicher Genehmigung getragen werden. Die Verstöße gegen die verschiedenen Bestimmungen wurden mit Entzug der Uniformberechtigung geahndet¹⁶⁵. Die Deutschen schufen so ein schnelles gegenseitiges Erkennungsmerkmal, das sie von den Einheimischen separierte und über sie hinaushob. Gleichzeitig wurde damit der militarisierte Staat betont, der das Individuum zurückdrängte und die große „Volksgemeinschaft“ schaffen wollte, in der alle gemeinsam der gleichen Sache dienen. Gerade im Osten mit seiner feindlich eingestellten indigenen Bevölkerung waren derartige Symbole auch für die Uniformträger wichtig.

Die Außendarstellung trug zu einer Selbstwahrnehmung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten bei, die sie weit über die „normalen“ Verwaltungsangestellten im Reiche hinaushob. Zwar trugen auch dort Beamte Uniformen, aber diese Kleidung, die erschwerten Bedingungen und die feindliche Umgebung des Ostens ließen die eigene Tätigkeit subjektiv an Prestige gewinnen. Das bedeutete nicht immer, dass die Beamten gerne in Minsk oder Warschau waren, aber zumindest gegenüber anderen verwiesen sie auf ihren Status. Auf die eigene „Aufbauleistung“ herrschte nicht geringer Stolz, war es doch die Administration, die für geregelte Verhältnisse im „wilden“ und „unzivilisierten“ Osten sorgte. Dieses Bild wurde in zahlreichen zeitgenössischen Schriften tradiert, die es in dieser Form bei Polizei oder Wehrmacht nicht gab. Der Staatssekretär des Generalgouvernements, Josef Bühler, veröffentlichte die Sammlung einer in Krakau gehaltenen verwal-

¹⁶³ APW, 482/137, Schreiben der „Deutschen Sportgemeinschaft „Palais Brühl“ an die Wehrmachtkommandantur vom 6. 6. 1941.

¹⁶⁴ Für die Ostbahn vgl. Amtsblatt der Ostbahndirektion Warschau, Nr. 6 vom 15. 9. 1943, Erlass vom 23. 8. 1943, S. 34.

¹⁶⁵ APW, 486/68, Erlass der Verwaltungsanordnung des Distriktgouverneurs Warschau vom 8. 10. 1941.

tungstechnischen Vortragsreihe unter dem Titel „Das Generalgouvernement“¹⁶⁶; unter diesem Namen firmierte auch eine Übersicht des Propagandaleiters über die deutschen Institutionen auf dem ehemals polnischen Gebiet, die besonders die Leistungen der deutschen Beamten hervorhob¹⁶⁷.

In Warschau waren Friedrich Gollert und Otto Gauweiler für die propagandistische Verbreitung dieses Bildes zuständig. Beide waren Abteilungsleiter bei der Distriktverwaltung und an der Zurschaustellung ihrer eigenen Verdienste und gleichzeitig an der Motivation der Belegschaft interessiert. Anders als die meisten Beamten und Angestellten waren sie aufgrund ihres Lebenslaufs gezielt für diese leitenden Stellen ausgesucht; sie sollten ein Bild des NS-Verwaltungsführers befördern, das den Vorstellungen Hans Franks entsprach und als Vorbild auf ihre Untergebenen wirkte. Der promovierte Jurist Friedrich Gollert wurde am 2. Dezember 1904 in Neuruppin geboren und arbeitete dort nach dem Studium als Rechtsanwalt. Von 1930–1933 war er Mitglied der DVP und trat 1933 in die SS sowie 1941 in die NSDAP ein. Als Wachtmeister der Reserve kam er mit einem Polizeiregiment 1939 nach Warschau und wurde 1940 in die Abteilung Justiz des Distrikts versetzt. 1941 trat er eine Stelle als persönlicher Referent Ludwig Fischers an und avancierte im März 1942 zum Leiter des Amtes für Raumordnung; seine Warschauer Karriere krönte er 1944 als Chef des Amtes¹⁶⁸. Dr. Otto Gauweiler war ebenfalls Jurist und stammte aus Gommershausen in der Pfalz, wo er am 25. April 1910 geboren wurde. In seiner NSDAP-Karriere brachte er es bis zum Reichsamtsleiter, seit Oktober 1939 war er Leiter der Abteilung Innere Verwaltung des Distrikts Warschau¹⁶⁹.

Gollert und Gauweiler verfassten während ihrer Zeit im Generalgouvernement mehrere Schriften. Sie zielten speziell auf die Behörden des Distrikts Warschau ab und berichteten stolz über die Abwicklung der polnischen Ministerien¹⁷⁰. „Aufbauarbeit“ und angebliche Segnungen der deutschen Verwaltungstätigkeit waren Gegenstand zweier weiterer Veröffentlichungen, mit denen ebenfalls die eigene Leistung gewürdigt und die dabei überwundenen Schwierigkeiten herausgestellt wurden¹⁷¹. Die Bücher bzw. Broschüren wurden an die Mitarbeiter großzügig verschenkt, um deren Stolz auf die eigene Tätigkeit zu steigern: Zu Weihnachten – bei der Betriebsweihnachtsfeier – erhielten alle Beamten und Angestellten des Gouverneurs Warschau das Buch „Zwei Jahre Aufbauarbeit im Generalgouvernement“. Wer nicht anwesend sein konnte, bekam es als „Neujahrsgruß“¹⁷².

Das Verwaltungspersonal organisierte die Besatzung und war dafür zuständig, dass die Herrschaft und die Unterdrückung der Bevölkerung in geregelten Bahnen

¹⁶⁶ Vgl. Bühler (Hg.), Generalgouvernement.

¹⁶⁷ Vgl. Du Prel, Generalgouvernement. Zu Du Prel vgl. Jockheck, Propaganda, S. 75f.

¹⁶⁸ BAB, R 102 I/15, Personalakte Friedrich Gollert.

¹⁶⁹ BAB, BDC, Partei-Kanzlei-Akte Otto Gauweiler.

¹⁷⁰ Vgl. Gauweiler (Hg.), Berichte, Bericht I: Die Abwicklung von ehem. polnischen Ministerien, Bericht II: Die Innere Verwaltung im Distrikt Warschau.

¹⁷¹ Vgl. Gollert, Aufbauarbeit, und ders., Warschau unter deutscher Herrschaft.

¹⁷² APW, 48/4, Schreiben des Amtschefs des Distriktgouverneurs Warschau an den Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk vom 24. 11. 1941. Bei dem Buch handelt es sich um Du Prel, Generalgouvernement.

abließ. Dafür waren zwar zahlreiche Deutsche in bürokratischen Auswahlverfahren nach Warschau und Minsk entsandt worden, doch für die Etablierung einer eigenständigen Administration reichten die Kräfte bei weitem nicht. Die Behörden gingen deshalb dazu über, Freiwillige weitgehend ohne Ansehen der Qualifikation einzustellen. Gemeinsam mit Post und Eisenbahn bildete sich so eine große Gruppe, die teilweise mit Angehörigen und ohne viel Fluktuation während des Krieges in den Städten lebte.

4. Zivilisten und „Volksdeutsche“

Die Angehörigen der oben vorgestellten Gruppen waren Teil der Besatzungsorgane. In Warschau und Minsk hielten sich aber auch andere Deutsche auf. Wehrmacht, Polizei und Zivilverwaltung beschäftigten nicht wenige Frauen, die meist als Telefonistinnen oder Stenotypistinnen verwendet wurden, und sonst vor allem im sozialen Bereich arbeiteten: Von den Parteiorganisationen unterhielt die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) Kindergärten, Betreuungsstellen für „Volksdeutsche“, einen Bahnhofsdienst, eine Mütterberatungsstelle und eine Verwundetenfürsorge, in denen überwiegend reichsdeutsche Frauen eingesetzt wurden¹⁷³; zudem gab es Stellen in Krankenhäusern oder im Altenheim¹⁷⁴ sowie in der „Frauenarbeit“, also der Betreuung der deutschen Frauen¹⁷⁵. Die Forschung hat der weiblichen Beteiligung an der deutschen Herrschaft im Osten trotz dieser für das Funktionieren der Okkupation durchaus essentiellen Aufgaben bis vor kurzem wenig Aufmerksamkeit gewidmet¹⁷⁶.

Bekannt ist bislang, dass diese meist jüngeren und ledigen Helferinnen größtenteils als Freiwillige in den Osten gekommen und nur die wenigsten von ihnen Dienstverpflichtete waren; schon der zeitgenössisch so häufig verwendete Begriff „Mädel“ legt beredtes Zeugnis vom Altersdurchschnitt der Volontärinnen ab, die, nicht selten dem BDM-Alter gerade entwachsen, direkt in den Osten zogen¹⁷⁷. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der männlichen Arbeitskraft, die damit für den Kriegsdienst und andere „männliche“ Beschäftigungen frei wurde. Da kein Zwang zu diesem Dienst in Polen oder Weißruthenien bestand, meldeten sich vor allem junge, abenteuerlustige Frauen, für die der Einsatz fernab der Heimat ein Stück Unabhängigkeit und Freiheit bot, die sie zuhause nie gehabt hätten. Die Helferinnen sahen im Osten eine weit größere berufliche Chance für sich als etwa zwangsweise abgeordnete ältere Männer, die lieber im Reich bei ihrer Familie

¹⁷³ Minsker Zeitung Nr. 184 vom 7. 8. 1943: „Der NSV-Bahnhofsdienst in Minsk“; Minsker Zeitung Nr. 130 vom 13./14. 9. 1942: „NSV-Kindergarten in Minsk eröffnet“; Warschauer Zeitung Nr. 276 vom 22. 11. 1940: „Deutscher Kindergarten in Warschau“; Warschauer Zeitung Nr. 27 vom 2. 2. 1940: „Mütterberatungsstelle in Warschau“.

¹⁷⁴ Warschauer Zeitung Nr. 89 vom 17. 4. 1940: „Deutsches Krankenhaus in Warschau“; Warschauer Zeitung Nr. 303 vom 25. bis 27. 12. 1940: „Das deutsche Altersheim in Warschau“.

¹⁷⁵ Minsker Zeitung Nr. 84 vom 22. 7. 1942: „Die Aufgabe der Frau im Osten“.

¹⁷⁶ Vgl. Harvey, Frau, S. 192f.

¹⁷⁷ Vgl. Harvey, Women, S. 94ff.

geblieben wären. Sie konnten – durchaus im Widerspruch zur nationalsozialistischen Ideologie – geschlechterspezifische Grenzen überschreiten und ihre ansonsten beschränkten Handlungsspielräume spürbar erweitern – es warteten „große“ Aufgaben auf sie. Da sich die Frauen freiwillig gemeldet hatten, sahen sie ihre eigene Tätigkeit relativ positiv, denn sie hätten sich sonst selbstkritisch mit den eigenen Entscheidungen auseinandersetzen müssen. Der Osten wurde mit dem Blick des Eroberers – oder besser: der Eroberin – wahrgenommen, Unzufriedenheit mit der eigenen Situation war vergleichsweise wenig verbreitet¹⁷⁸. So blieb eine Selbstwahrnehmung, die nicht nach Beschäftigung unterschied, sondern vor allem das Bild der kämpfenden Frau im Osten beinhaltete; als „weiblichen Soldaten“ sahen sie durchaus ihren Sonderstatus.

Die Differenzierung nach Einsatzfeldern war kaum ausgeprägt, zu ähnlich waren die Tätigkeiten bei den verschiedenen Dienststellen. Häufig kamen die gemeinsamen Unterkünfte hinzu sowie das organisierte Freizeitangebot, das sich an sie als Frauen, nicht jedoch als Angehörige von Wehrmacht, Verwaltung oder SS wandte¹⁷⁹. Das schloss nicht aus, dass sie in den Augen der Nationalsozialisten auch Träger der deutschen Herrschaft waren. Ohne ihre Unterstützung der Männer und ihre unerlässlichen Hilfsdienste in der Verwaltung der jeweiligen Einheiten wären die Verbrechen im Osten in dem Umfang kaum möglich gewesen, selbst wenn sie nicht zu Waffen griffen und zu Mörderinnen wurden¹⁸⁰. Die jungen Frauen wurden daher nicht wie im Reich hauptsächlich in der Rolle zukünftiger Mütter gesehen¹⁸¹, sondern in der der „Kameradin des Mannes“, die mit der „Täpferkeit des Herzens“ diesen nach Kräften unterstützen sollte¹⁸². Sie waren deshalb integraler Teil der Besatzergesellschaft und ihres Alltagslebens, auch wenn ihr Anteil quantitativ deutlich hinter dem der Männer zurückblieb. In Minsk befanden sich Anfang 1942 beispielsweise rund 1800 deutsche Besatzerinnen – darunter auch „Volksdeutsche“ –, von denen 850 einer Arbeit nachgingen¹⁸³; für Warschau sind keine Zahlen überliefert, es dürfte sich etwa um die fünffache Zahl gehandelt haben, also rund 9000 inklusive „Volksdeutsche“. Damit stellten sie 15 bis 20 Prozent der Besatzergesellschaft, wobei die „volksdeutschen“ Frauen die reichsdeutschen zahlenmäßig bei weitem überwogen.

Die weiblichen Angestellten wohnten in beiden Städten räumlich getrennt von den Männern, in eigens eingerichteten und teilweise nach Dienststellen getrennten Wohnheimen¹⁸⁴. In Minsk existierte beispielsweise ein Frauenwohnheim für 130

¹⁷⁸ Vgl. Harvey, Frau, S. 212ff.

¹⁷⁹ Z. B. Frauensport. Vgl. Minsker Zeitung Nr. 84 vom 22. 7. 1942: „Die Aufgabe der Frau im Osten. Abteilung ‚Frauensport‘ im Amt ‚Wehrmannschaft‘ gebildet“.

¹⁸⁰ Für die Ehefrauen von SS-Männern vgl. Schwarz, Frau, S. 103.

¹⁸¹ Gleichwohl gab es den „Mutterkult“ auch in der Besatzergesellschaft. Vgl. Minsker Zeitung Nr. 115 vom 18. 5. 1943: „Der Ehrentag der deutschen Mütter“; vgl. allgemein Weyrather, Muttertag.

¹⁸² Minsker Zeitung Nr. 40 vom 17. 2. 1943: „Die deutsche Aufgabe im Osten“. Gauleiter Kube in der ersten Kundgebung deutscher Frauen“. Vgl. dazu BAB, R 90/229, Bericht über die Frauengroßkundgebung in Minsk am 15. 2. 1943 vom 20. 2. 1943.

¹⁸³ Vgl. Gartenschläger, Stadt, S. 65, und Chiari, Alltag hinter der Front, S. 61.

¹⁸⁴ Für Minsk vgl. Mitteilungsblatt des Reichskommissars für das Ostland, Nr. 36 vom 7. 10. 1942, S. 158f., Runderlass des RKO vom 29. 9. 1942.

Eisenbahnerinnen der Reichsbahndirektion Mitte in einem Flügel des Hochhauses der Bahn. Dort gab es Wasch- und Bügelmöglichkeiten, Schlafräume mit vier bis sechs Betten und einen Gemeinschaftsraum. Beim Generalkommissariat Minsk waren im Jahr 1942 insgesamt 52 Frauen beschäftigt, von denen 22 in einem neuen Haus untergebracht werden sollten, damit die, die jünger als 20 Jahre waren, unter einem Dach wohnen konnten¹⁸⁵. Wohnungen, in denen die Frauen Einzelzimmer bewohnen konnten, waren in geringer Zahl und nur in Warschau vorhanden. Ursächlich für die stets gemeinschaftliche Einquartierung war, besonders in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, die angebliche Gefährdungslage. So sah beispielsweise die Post – wie im Reich – zunächst gar keinen Einsatz von Frauen vor. Erst später, als eine gemeinsame Unterbringung und Betreuung durch ältere Beamtinnen gewährleistet war, ging man dazu über. Für die Stellung einer Aufseherin war ein Alter von 30 Jahren Voraussetzung, was zusätzlich darauf hinweist, dass gerade junge Frauen aus „moralischen Gründen“ nicht allein wohnen sollten¹⁸⁶.

Die meisten reichsdeutschen Frauen gehörten zur uniformierten Gesellschaft des Ostens, denn als Wehrmachthelferinnen oder Angestellte bei SS und Verwaltung hatten auch sie eine Uniform bzw. zumindest Uniformabzeichen zu tragen, die ihre Zugehörigkeit zum Herrschaftsapparat deutlich signalisierten. Die Frauen waren Mitglieder einer Besatzergesellschaft, in der beinahe jedermann mit einer Uniform seine Zugehörigkeit zu den neuen Machthabern signalisierte. Zugleich konnten sich die uniformierten Deutschen als Beschützer der wenigen Landsleute sehen, die nicht wie sie gekleidet waren. Das waren zuvorderst die Ehefrauen, die ihren in Warschau und Minsk arbeitenden Männern gefolgt waren und dort keiner Tätigkeit nachgingen. In Weißruthenien blieben Zivilistinnen jedoch die Ausnahme, denn Familiennachzug war angesichts der gefährdeten Sicherheit nicht erwünscht. Im Generalgouvernement war dergleichen kein Problem; Wehrmacht und die kasernierten Einheiten von SS- und Polizei erlaubten Mannschaften und Offizieren allerdings generell die Anwesenheit ihrer Frauen nicht. Dennoch dürften in Warschau nicht wenige Ehegatten im sonstigen Staatsdienst gewesen sein, nicht selten war beispielsweise die Beschäftigung bei derselben Dienststelle¹⁸⁷.

Ein Teil der Besatzergesellschaft waren „Volksdeutsche“. In Warschau gab es 1943 weit über 10000¹⁸⁸, in Minsk knapp 2500, die jeweils zur Hälfte männlichen und weiblichen Geschlechts waren¹⁸⁹. Die Nationalsozialisten definierten als „Volks-

¹⁸⁵ BAB, R 90/229, Schreiben des GK Weißruthenien an den RKO vom 10. 8. 1942.

¹⁸⁶ BAB, R 48/33, Schreiben des Reichspostministers an die Generalpostkommissare vom 18. 8. 1941.

¹⁸⁷ Siehe unten, Kapitel IV.4.

¹⁸⁸ Der Stadthauptmann nennt für März 1942 die Zahl von 9.130 „Volksdeutschen“, angesichts nachlassender Zuwachsrate dürften es ein Jahr später deutlich über 10000 gewesen sein. Vgl. Leist (Hg.), Bericht, S.51. Zu den Zahlen der „Volksdeutschen“ in Vorkriegspolen vgl. Janusz, Regelungen, S.133f.

¹⁸⁹ Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S.252 und 257, sowie Gerlach, Morde, S.124. Dort finden sich für den 1. 3. 1943 die Zahlen von 2446 „Volksdeutschen“ in der Stadt Minsk und 1627 in Minsk-Land. Vgl. ferner Minsker Zeitung Nr.164 vom 23.10.1942: „Holz – Kartoffeln – Federbetten. Über 500 volksdeutsche Familien werden von der NSV für den Winter versorgt“.

deutsche“ alle Menschen, deren Sprache und Kultur „deutsche Wurzeln“ hatten, obwohl sie keine Reichsbürger waren¹⁹⁰. Um die formale Zugehörigkeit zu dieser Gruppe zu erlangen, genügte der Eintrag in die Deutsche Volksliste, die nach einer Prüfung der Angaben des Antragstellers zur Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft führte. Die Eindeutschung der Bewerber organisierte die Volksdeutsche Mittelstelle, die dem Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, unterstand¹⁹¹. Dabei erfolgte zunächst eine Einteilung in Gruppen, die die Eignung der Bewerber widerspiegelte. In der 1. Gruppe befanden sich diejenigen, deren NSDAP-Mitgliedschaft erwünscht war, weil sie sich schon vor 1939 zu ihrer deutschen Abstammung bekannt hatten. Zur Gruppe 2 wurden Menschen zugeteilt, die deutsche Wurzeln hatten, ohne diese offensiv zur Schau zu stellen; allein die Zugehörigkeit zu einer dieser beiden Gruppen gewährleistete die automatische Erteilung der Staatsbürgerschaft. In der nächsten Kategorie fanden sich diejenigen wieder, die familiäre Verbindungen mit Polen hatten, bei denen aber die Chance gesehen wurde, dass sie gewissermaßen zum Deutschtum zurückfanden. Dazu kamen nichtdeutsche Ehepartner und Personen, die eine slawische Muttersprache hatten, denen aber zugebilligt wurde, dass sie zumindest deutsche Vorfahren hatten; eine Staatsangehörigkeit konnten Menschen dieser Gruppe nur auf Widerruf und nach einer „rassischen“ Überprüfung erhalten. Die letzte Einstufung erhielten alle anderen Bewerber. Sie mussten sich einem normalen Einbürgerungsverfahren unterziehen¹⁹². Die Nationalsozialisten trafen keine strenge Auswahl für die Aufnahme in die Liste, in Warschau wurden in den Jahren 1942 bis 1944 aber immerhin knapp 12 Prozent der Antragsteller zurückgewiesen¹⁹³. Weiter östlich wäre das angesichts von nur rund 5 000 „Volksdeutschen“ in ganz Weißruthenien¹⁹⁴ für dieses Gebiet kaum sinnvoll gewesen. Angesichts dieser geringen Zahl wurden der zuständige Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums bzw. die Volksdeutsche Mittelstelle in Weißruthenien nicht tätig und überließen die Betreuung der Zivilverwaltung¹⁹⁵.

Die Zugehörigkeit zur Deutschen Volksliste war nicht nur mit einer Kennkarte verbunden, die Arbeit, Erleichterung und Vorzugsbehandlung im Umgang mit Behörden versprach, sondern auch mit zusätzlichen Lebensmittelzuteilungen weit über den polnischen bzw. weißrussischen Standard hinaus. Nicht wenige Menschen beantragten deshalb aus reinem Opportunismus diesen Status – sie gehörten den Kategorien 3 oder gar 4 an und waren nach ihren Namen, vor allem aber nach ihrer Sprache, kaum als Deutsche zu identifizieren. Da beinahe 90 Prozent der

¹⁹⁰ Vgl. Bergen, *Concept*, S. 569f.

¹⁹¹ Vgl. allgemein Lumans, *Auxiliaries*, und Koehl, *RKFDV*.

¹⁹² Vgl. Janusz, *Regelungen*, S. 136, sowie allgemein Seeler, *Staatsangehörigkeit*.

¹⁹³ IPN, 694/20, bei der Stadthauptmannschaft Warschau eingegangene Anträge auf Erteilung von Ausweisen für Deutschstämmige für die Buchstaben A-B, D-F, H, J-M und O, Juni 1942 bis Juli 1944. Insgesamt gingen aus dieser Gruppe 3 445 Anträge ein, 406 davon wurden abgelehnt, wobei nicht alle Vorgänge einen Bearbeitungsvermerk tragen. So liegt die Ablehnungsquote bei 11,78%. Eine etwas höhere Zahl nennt Leist (Hg.), *Bericht*, S. 51, aber die Angaben beziehen sich auf März 1942, und in den folgenden Jahren wurden beinahe alle Anträge bewilligt.

¹⁹⁴ Vgl. Gerlach, *Morde*, S. 124.

¹⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 125.

Antragsteller Arbeiter waren oder nach den offiziellen Angaben zumindest nicht der Mittelschicht angehörten¹⁹⁶, mag die Antragsteller für eine „volksdeutsche“ Kennkarte manchmal auch materielle Not geleitet haben. Zahlreiche Warschauer Gerichtsakten zeigen „Volksdeutsche“, die nicht in der Lage waren, der deutschsprachigen Verhandlung zu folgen, so dass die Gespräche nur polnisch geführt werden konnten. An diese Personen – 50 Prozent von ihnen lebten in „Fremdehen“ mit Polen¹⁹⁷ –, die große Schwierigkeiten hatten, sich in ihrer gewählten Rolle in die Besatzergesellschaft zu integrieren, richteten sich zahlreiche Sprachkurse, die an den deutschen Schulen angeboten wurden¹⁹⁸. Zum Bedauern der Machthaber erfreute sich der vierstündige Unterricht, der von Lehrern der Deutschen Oberschule erteilt wurde, nur geringer Nachfrage; gerade im Winter war der Besuch eher sporadisch¹⁹⁹.

Die Nationalsozialisten hatten großes Interesse an den „Volksdeutschen“, denn sie legitimierten als angebliche Opfer der Slawen zu Teilen den Angriffskrieg. Darüber hinaus waren sie eine Art „Fünfte Kolonne“, die die einheimische Bevölkerung und ihre Eigenheiten gut kannte. Sie standen im Fokus der deutschen Ansiedlungspläne, die die deutsche Herrschaft im Osten auf Jahrhunderte sichern sollten. Es gab daher genügend Gründe, sich um diese Menschen zu bemühen und zugleich den Maßstab nicht zu streng anzulegen²⁰⁰. In Polen ging Hans Frank mit „gutem“ Beispiel voran und nahm – auch in Warschau – an Feierlichkeiten zu ihren Ehren teil²⁰¹, die sich beispielsweise jeweils am Jahrestag der „Befreiung“ – sprich: Kapitulation – von Warschau wiederholten²⁰². Allein 1941 führte die NSDAP dort sechs Werbeaktionen durch, in denen sie ganze Säle mit Interessenten füllte, die angeblich die Mitgliedschaft in der Volksliste beantragten und damit „sämtlich den Beitritt zur Deutschen Gemeinschaft“ vollzogen²⁰³. Die „Warschauer Zeitung“ und ihre Nachfolgerin, die „Krakauer Zeitung“, publizierten darüber hinaus viele Artikel, die sich speziell an die „Volksdeutschen“ wandten, und mit der „Deutschen Gemeinschaft“ gab es sogar eine Zeitschrift, deren Zielgruppe sie waren. Sie erschien seit Ende 1942 in den Distrikten Warschau und Radom und fand mit ihren meist aus sprachlich vereinfachten und gekürzten Texten der „Krakauer Zeitung“ bestehenden Artikeln rund 15 000 Abonnenten²⁰⁴.

Für die „Volksdeutschen“ hatte die Kennkarte neben zahlreichen Vorteilen aber auch den Ausschluss aus der bisherigen polnischen Umgebung zur Folge, denn in den Augen ihrer Landsleute waren sie nun Kollaborateure, mit denen man nichts mehr zu tun haben wollte. Vor allem in Warschau, aber auch in Minsk, entstand

¹⁹⁶ Vgl. Leist (Hg.), Bericht, S. 117.

¹⁹⁷ Ebenda.

¹⁹⁸ AAN, 116/38, Rundschreiben Nr.13/42 der NSDAP-Distriktstandortführung Warschau vom 6. 3. 1942.

¹⁹⁹ APW, 482/1228, Monatsberichte der Deutschen Oberschule, Oktober 1941 bis Mai 1944.

²⁰⁰ Vgl. Bergen, The „Volksdeutschen“, S. 72f.

²⁰¹ Warschauer Zeitung Nr. 100 vom 30. 4. 1940: „Deutschumsfeier in Warschau“.

²⁰² Warschauer Zeitung Nr. 232 vom 1. 10. 1940: „Volksdeutsche danken der Wehrmacht“.

²⁰³ Krakauer Zeitung Nr. 154 vom 4. 7. 1941: „Starker Zulauf zur Deutschen Gemeinschaft“.

²⁰⁴ Vgl. Jockheck, Propaganda, S. 99.

daher eine eigene „volksdeutsche“ Gesellschaft, die sich zwischen den Einheimischen und den Besatzern wiederfand. Ein echtes Zusammenleben mit den Reichsdeutschen war nur dem kleinen Teil möglich, der für die Okkupationsbehörden arbeitete. Wer über die dafür notwendigen Deutschkenntnisse verfügte – und das waren nicht viele – wählte meist diesen Weg, denn er versprach finanziell das beste Auskommen. Das bedeutete jedoch nicht, dass die „Volksdeutschen“ in ähnlichen materiellen Verhältnissen lebten wie die Reichsdeutschen, die ihren Dienst im Osten versahen. Aus der polnischen und weißrussischen Gesellschaft stammend, die schon vor dem Krieg nicht so wohlhabend wie die deutsche gewesen war, konnten die Karteninhaber nun zwar aufsteigen und einen deutlich besseren Lebensstandard als die Einheimischen erreichen, auf einer Ebene mit den Besatzern befanden sie sich aber nicht. Das spiegelte auch ihre Wahrnehmung durch die Reichsdeutschen wider. Zwar waren sie durchaus schutzwürdig und lieber gesehen als Polen oder Weißrussen, aber letztlich wurden sie doch als Einheimische angesehen, die gebrochen deutsch sprachen. Obwohl Begegnungen staatlicherseits durchaus erwünscht waren, beschränkte sich der Umgang mit ihnen vor allem auf die Frauen, da bei den Reichsdeutschen ein deutlicher Männerüberschuss herrschte. Zudem existierten keine Kontaktverbote wie gegenüber Polen, Weißrussen oder gar Juden, und es war einfacher, mit ihnen zusammenzutreffen als mit den reichsdeutschen Frauen, die in ihren Wohnheimen relativ abgeschlossen lebten.

Alles in allem sind die „Volksdeutschen“ eindeutig der Besatzergesellschaft zuzuordnen und gehören keinesfalls den Besetzten an. Ihr freiwilliges Bekenntnis zum Deutschtum spricht in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Dazu kommt die tatsächliche Beteiligung an der Ausübung der Herrschaft. Viele Volkdeutsche – denen man mehr als den Polen oder Weißrussen traute – waren beruflich in Wachmannschaften beschäftigt und auch in ihrer Freizeit als „Selbstschutzmänner“ tätig. In dieser Organisation gehörten sie, genauso wie in den Wachdiensten, zur uniformierten Besatzergesellschaft. Der „Selbstschutz“ war im Generalgouvernement und den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen für zahlreiche Verbrechen verantwortlich²⁰⁵. In Warschau waren bis zu seiner Auflösung im August 1940²⁰⁶ seine Hundertschaften ständig im Stadtbild präsent und zeigten damit ihre Zugehörigkeit zu den neuen Herrschern. Gleichzeitig war er ein Symbol für die veränderte Selbstwahrnehmung, die die „Volksdeutschen“ nun als Sieger deutlich über die besiegten Polen heraushob. Wie selbstverständlich bekam diese Truppe ihr eigenes „Kameradschaftsheim“, in dem neben geselligen Veranstaltungen vor allem eine deutschtümelnde und nationalsozialistische Indoktrination stattfinden sollte. In diesem Sinne hatte SS-Standartenführer Wilhelm Gunst, der Chef der Einheit, einen „Speisesaal im Schwarzwälder Stil [einrichten lassen]. Die gefälten Wände, an denen gemütliche Bänke entlang führen, die Balken unter der Decke, Stühle und Tische, alles zaubert ein Stück deutscher Heimat hier nach Warschau. An den bleiverglasten Fenstern vertreten 4 Runen die 4 Distrikt-

²⁰⁵ Vgl. Jansen/Weckbecker, Selbstschutz, S. 210.

²⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 195.

städte des Generalgouvernements, für Warschau die Tyr-Rune, die Rune des Sieges“²⁰⁷.

Neben denen, die in ihrer Freizeit beim „Selbstschutz“ aktiv waren, gab es auch Hauptamtliche, die nur dort arbeiteten: Allein in Warschau waren 400 von ihnen in einer Kaserne stationiert, wo sie eine paramilitärische Ausbildung erhielten²⁰⁸. Die Kasernierung verfolgte zudem den Zweck, die Männer gewissermaßen einzu-deutschen und sie nach dem Dienst beim „Selbstschutz“ schneller in Wehrmacht und Hilfspolizei verwenden bzw. in SS- und SA-Formationen überführen zu können; gleichwohl entsprochen im Generalgouvernement aber nur 20 Prozent der Selbstschutzangehörigen den Anforderungen für die SS – gegenüber 40 Prozent in den westpolnischen Gebieten²⁰⁹. Von ihnen wurden gerade die berufsmäßigen Selbstschutzmänner zu Tätern des Holocausts: Ihre Einheiten waren als Hilfstruppen bei Deportationen und Exekutionen eingesetzt²¹⁰ und traten als Wachmannschaften im Ghetto in Erscheinung. Dazu kamen Streifendienste, Razzien und Hausdurchsuchungen, Absperrdienste, Gefängnis- und Lageraufsicht. Die Warschauer Kolonnen waren – verglichen mit den in den westpolnischen Gebieten eingesetzten – allerdings weit weniger repressiv und aufgrund einer eher ordnenden, disziplinierenden Führung kaum an Massenmorden beteiligt; die jüdische Bevölkerung aber wurde durchaus terrorisiert²¹¹. In Warschau setzte die Nachfolgeformation, die SA-Standarte „Feldherrnhalle“, die in der Koszykowa-Straße residierte, nach der Auflösung des Selbstschutzes dessen Arbeit mit reduziertem Personal fort²¹². Sie bewachte vor allem Dienstgebäude des Distrikts.

Das deutliche Bekenntnis zu den Deutschen verlangte eine Integration in deren Alltag, die den „Volksdeutschen“ mit zahlreichen Schulungs- und Betreuungsangeboten durch die nationalsozialistischen Organisationen erleichtert werden sollte²¹³. Dabei kam auch die ideologische Indoktrination nicht zu kurz, da besonders den Volkzugehörigen in dieser Hinsicht Defizite bescheinigt wurden. Themen waren beispielsweise „Unser großes Ziel im Osten“ oder das „Lebensbild des Führers“²¹⁴. Zudem wurde für die „Volksdeutsche Gemeinschaft“ in der Siegestraße in Warschau mit dem Albert-Breyer-Haus ein eigenes Heim eröffnet, wo es nicht nur einen Raum für Großveranstaltungen gab, sondern auch zwei Kaffeesäle, eine Bibliothek, ein Spielzimmer, einen Rauchsalon sowie ein Damenzim-

²⁰⁷ Warschauer Zeitung Nr.106 vom 8.5.1940: „Kameradschaftsheim der Selbstschutz-männer“.

²⁰⁸ Warschauer Zeitung Nr.165 vom 14./15.7.1940: „Neues Heim des Warschauer Selbstschutzes“.

²⁰⁹ Vgl. Jansen/Weckbecker, Selbstschutz, S.74f.

²¹⁰ Vgl. Bergen, The „Volksdeutschen“, S.75ff.

²¹¹ Vgl. Jansen/Weckbecker, Selbstschutz, S.76f.

²¹² Laut Haushaltsplan des Generalgouvernements für 1941, S.63, hatte die SA-Standarte Feldherrnhalle einen Führer, vier Unterführer und 45 Mann.

²¹³ Warschauer Zeitung Nr.36 vom 23.12.1939: „Volksdeutsche Fragen im Distrikt Warschau“. Zur Notwendigkeit der Betreuung von Frauen Warschauer Zeitung Nr.146 vom 22.6.1940: „Deutsche Frauenarbeit im Distrikt Warschau“. Zu den Inhalten der nationalsozialistischen Betreuungspolitik vgl. ausführlich unten, Kapitel II.5.

²¹⁴ AAN, 116/38, Rundschreiben Nr.13/42 der NSDAP-Distriktstandortführung Warschau vom 6.3.1942.

mer²¹⁵. Die Namensgebung des Heimes war programmatisch: Der „volksdeutsche“ Pädagoge und Siedlungsforscher Albert Breyer war einerseits Propagandist des Deutschtums in Polen und andererseits als polnischer Soldat am 11. September 1939 bei einem deutschen Luftangriff ums Leben gekommen²¹⁶. Mit dem nach ihm benannten Haus war sowohl für eine Trennung der „Volkdeutschen“ vom bisherigen polnischen Umfeld gesorgt als auch indirekt von den Reichsdeutschen, die ihre eigenen Klubbhäuser hatten. Aus dieser „Volksdeutschen Gemeinschaft“ machte die NSDAP 1941 eine „Deutsche Gemeinschaft“, in der alle Deutschen organisiert wurden, die nicht Parteimitglieder waren und sich länger als drei Monate im Generalgouvernement aufhielten²¹⁷.

Viele Maßnahmen der Besatzungsorgane richteten sich deshalb an die „Volksdeutschen“ und ihre Familien, weil sie die deutsche Bevölkerung von Warschau und Minsk waren – für Angehörige der Wehrmacht oder SS brauchte die Verwaltung nicht zu sorgen²¹⁸. Da es in der polnischen Metropole wenig reichsdeutsche Kinder gab, betrieb die NSV vor allem für die „Volksdeutschen“ zwei Hilfsstellen für Mutter und Kind mit insgesamt elf Angestellten. Dazu kamen ein Säuglingsheim (vgl. *Tabelle 3*) in der Professorska mit zwölf Beschäftigten²¹⁹ sowie drei Kindergärten²²⁰. Davon profitierten in erster Linie die „Volksdeutschen“, deren Kinder auch die Volksschulen²²¹ und Gymnasien²²² besuchten, für die viel Personal aus dem Reich eingestellt wurde. Die Anzahl der Volksschullehrer im Distrikt Warschau stieg von 46 Anfang 1940 auf 88 zwei Jahre später; an der Oberschule unterrichteten Anfang 1942 immerhin 17 Personen²²³. Gerade auf dem Bildungsbereich gab es die Möglichkeit, die nationalsozialistische Herrschaft im Osten als besonders wertvoll darzustellen, denn diese Förderung hätte es unter polnischer Herrschaft nicht gegeben. Wenn nun deutsche Kinder deutsche Unterrichtsanstalten besuchten, dann wurden die Ziele der Okkupation sichtbar, in der Sprache der Nationalsozialisten entstand nun eine „Zitadelle des Deutschtums und eine geistige Ordensburg“. Sogar der Generalgouverneur Hans Frank zeigte sich gerne bei einer Schuleinweihung, die zum „Symbol eines neuen Geschichtsabschnitts“ und zu „einer ergreifenden Kundgebung des gesamten Deutschtums Warschaus“ de-

²¹⁵ Warschauer Zeitung Nr. 99 vom 28./29. 3. 1940: „Das Albert-Breyer-Haus eröffnet“.

²¹⁶ Vgl. Rogall (Hg.), *Geschichte*, S. 425, sowie Warschauer Zeitung Nr. 100 vom 30. 4. 1940: „Deutschtumsfeier in Warschau“.

²¹⁷ APW, 486/48, Rundschreiben Nr. 12/41 der NSDAP-Distriktstandortführung Warschau vom 21. 3. 1941. Vgl. Krakauer Zeitung Nr. 58 vom 13. 3. 1941: „Volksdeutsche Gemeinschaft geht in NSDAP auf“.

²¹⁸ Für Warschau vgl. Leist (Hg.), *Bericht*, S. 88ff.

²¹⁹ AAN, 116/17, Personalaufstellung der NSDAP Distrikt Warschau vom 1. 6. 1942.

²²⁰ Warschauer Zeitung Nr. 276 vom 22. 11. 1940: „Deutscher Kindergarten in Warschau“. Zur Rolle der Kindergärten in der „Germanisierung des Ostens“ und zu ihrem Personal vgl. Harvey, *Women*, S. 232ff.

²²¹ Warschauer Zeitung Nr. 21 vom 6. 12. 1939: „Erster deutscher Schultag in Warschau“.

²²² Warschauer Zeitung Nr. 107 vom 9. 5. 1940: „Deutsche Oberschule auch in Warschau“.

²²³ IfZA, Fb 63/29, Monatsbericht des Distriktgouverneurs Warschau an den Generalgouverneur für Januar 1942 vom 10. 2. 1942. Zum Schulwesen in Warschau vgl. Leist (Hg.), *Bericht*, S. 144ff.

klariert wurde²²⁴. Hier sollten die „volksdeutschen“ Kinder ideologisch geformt werden, weshalb die Bildungsanstalten dem Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums unterstellt waren, jedoch vom Generalgouvernement bezahlt wurden.

Tabelle 3: Deutsche Geburten in Warschau 1940–1942²²⁵

Zeit	Gesamt	aus Warschau	von außerhalb	reichsdeutsche Kinder	volksdeutsche Kinder
1.5.1940– 31.12.1940	70	57	13	4	66
1.1.1941– 31.12.1941	230	196	34	40	190
1.1.1942– 31.3.1942	56	49	7	2	54

Aus dem Reich wurden 48 Lehrer nach Polen geschickt, die ausschließlich an den zehn Oberschulen im Generalgouvernement unterrichteten. In den 311 Volksschulen, fünf Hauptschulen, 17 Internaten und 20 Berufsschulen kamen dagegen vor allem „volksdeutsche“ Laienkräfte zum Einsatz²²⁶. Im Oktober 1939 wurde in Warschau die erste Volksschule mit acht Klassen eröffnet. Die Zahl stieg bis zum Sommer 1944 auf 52 deutsche Volksschulen allein im Distrikt, in der Stadt selbst waren es zwei mit 16 und zwei mit acht Klassen. 6000 Kinder wurden im Distrikt Warschau unterrichtet, wobei die Schulen außerhalb der Stadt Internate hatten, damit die Kinder nicht in polnischer Umgebung aufwuchsen. An der Oberschule, die ebenfalls bis 1943 ein Internat betrieb, das dann an die HJ bzw. den BDM abgetreten werden musste, gab es 1944 über 400 Schüler. Die Berufsschule unterrichtete 800 junge Leute in 22 Klassen mit nur 18 vorwiegend „volksdeutschen“, nicht-akademischen Lehrern²²⁷.

Die mangelnde fachliche Qualifikation des Lehrpersonals suchten die Machthaber durch verstärkte Indoktrination zu kompensieren. Als eine der ersten Maßnahmen führten sie deshalb den im Reich vorhandenen nationalsozialistischen Feiertag ein. Es gab – auch an der Warschauer Oberschule – Erntedankfeste, das gemeinsame Hören von Ansprachen im Radio, aber auch jedes Jahr die Gedenkfeier für die „Gefallenen der Bewegung“, die nicht selten bis zu fünf Stunden dauerte. Dazu kamen spezielle nationalsozialistische Festtage im Generalgouvernement, etwa der 26. Oktober, an dem der Errichtung der Zivilverwaltung gedacht, sowie der 5. Oktober, an dem die polnische Kapitulation 1939 gefeiert wurde. In diesem Sinne wurden alle anderen Staatsfeiertage, die im Reich begangen wurden, mit einer eigenen Veranstaltung zelebriert; darüber hinaus gab es noch den christ-

²²⁴ Warschauer Zeitung Nr. 14 vom 28. 11. 1939: „Der Generalgouverneur eröffnet in Warschau die erste deutsche Schule“.

²²⁵ Vgl. Leist (Hg.), Bericht, S. 54.

²²⁶ Vgl. Kleßmann, Selbstbehauptung, S. 48ff.

²²⁷ BALAA, Ost-Dok. 8/830, S. 2ff., Bericht Dr. Paul Gruschinskes, Regierungsdirektor und Leiter der Abteilung Wissenschaft und Unterricht im Distrikt Warschau, o. D.

lichen Kalender mit Nikolaustag und Ähnlichem. Die Schule übernahm zudem Verwundetenbetreuung in Wehrmacht-Lazaretten, die von den Klassen mit Geschenken besucht wurden. Ferner fanden Wunschkonzert-Sammlungen, Filmbesuche und Vorträge statt²²⁸.

Die erwachsenen Volkszugehörigen gingen vielfach Tätigkeiten in Handel und Handwerk nach, wobei die deutsche Herrschaft ihren sozialen Aufstieg durchaus förderte. Sie hatten nun die Möglichkeit, in – oftmals enteigneten – polnischen und vor allem jüdischen Unternehmen²²⁹ eine rasche Karriere zu machen. Die Notwendigkeit, mit den nationalsozialistischen Behörden verhandeln zu müssen, verlangte nach einem Geschäftsführer, der des Deutschen mächtig war. Dessen plötzliche Beförderung auf eine Leitungsposition hatte ihre Ursache allerdings häufig in schlichten Drohungen, die bisherigen Inhaber zu denunzieren und zu diskreditieren, so dass nicht nur fähige Leute Chancen erhielten. Dennoch profitierten längst nicht alle Karteninhaber von den neuen Verhältnissen. Gerade die „Konjunkturritter“, die der deutschen Sprache nur leidlich mächtig waren, konnten ihre soziale Situation häufig nicht verbessern. Sie waren den Besatzern suspekt. Das Verdikt, das der KdS in Warschau über einen betrunkenen, randalierenden „volksdeutschen“ Wachmann fällt, war als generalisierendes Vorurteil unter den Reichsdeutschen weitverbreitet: Die meisten von ihnen gehörten nach ihrem „ganzen Verhalten sowohl in dienstlicher als auch in außerdienstlicher Hinsicht zu jenen Elementen, die aus ihrer volksdeutschen Abstammung lediglich Vorteile ziehen, im übrigen aber Polen geblieben sind“²³⁰.

Viele „Volksdeutsche“ übten daher die gleichen Berufe und Beschäftigungen aus wie vor dem Krieg. Die neuen Machthaber hatten für sie keine Funktionsstellen zu vergeben, denn gerade reichsdeutsche Firmen konnten es sich leisten, ihr Personal nach Kompetenz auszuwählen. Das war vor allem deshalb vonnöten, weil die meisten Unternehmer, die in den Osten expandierten, ihren bisherigen Stammsitz nicht verlassen wollten. Für sie erfüllten die „Volksdeutschen“ die Dolmetscherfunktion zu den polnischen Angestellten, zudem wurde diesen zugetraut, die Verhältnisse vor Ort korrekt einschätzen zu können. Wie eine von der Warschauer Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr im Sommer 1942 durchgeführte Erhebung über die deutschen Beschäftigten bei deutschen Firmen in Warschau zeigte, waren diese zu rund zwei Dritteln „Volksdeutsche“. Die Untersuchung ergab ferner, dass in allen anderen Geschäften in der Hand der Besatzer im Grund nur die Inhaber bzw. Geschäftsführer Volkszugehörige und oftmals sogar die einzigen Deutschen waren²³¹. In einigen Fällen brachten die Unternehmen aber auch das komplette Personal aus dem Westen mit, so etwa die Textilhandelsfirma Dirksen im Warschauer Hotel Bristol, deren über 30 Beschäftigte – wie der Inhaber – alle aus Danzig stammten²³².

²²⁸ APW, 482/1228, Monatsberichte der Deutschen Oberschule, Oktober 1941 bis Mai 1944.

²²⁹ Vgl. Dean, Robbing, S. 188.

²³⁰ APW, 49/94, Verfügung des KdS Warschau vom 27. 7. 1940.

²³¹ APW, 496/34, verschiedene Meldungen dt. Firmen in Warschau, August 1942.

²³² StA München, Staatsanwaltschaften 34761/10, Ermittlungen gegen die Firma Dirksen, Aussagen von zwei Miteigentümerinnen der Firma.

Es sind kaum Quellen zu denjenigen überliefert, die aus dem Reichsgebiet als Privatpersonen nach Warschau oder gar nach Minsk gingen. Bei aller deshalb gebotenen Vorsicht wird man sie in der Mehrzahl als risikobewusste Abenteurer bezeichnen müssen, die die Chancen der neuen Wirtschaftsgebiete lockten; nur die wenigsten von ihnen werden von ihrem bisherigen Arbeitgeber gewissermaßen abgeordnet worden sein. Die generellen Personalprobleme zeigen, dass die Firmen geradezu händierend nach deutschen Mitarbeitern suchten, die nicht der Wehrpflicht unterlagen. Deshalb ist wohl auch von einem Durchschnittsalter von deutlich über 30 Jahren auszugehen. Das muss für die Ehefrauen, die einige Männer nach Warschau mitbrachten, nicht unbedingt zutreffen. Da sie in der Regel bis Anfang 1943, als auch im Generalgouvernement die Arbeitspflicht für Frauen eingeführt wurde²³³, keiner Beschäftigung nachgingen, ist über sie noch weniger bekannt als über die männlichen Zivilisten. Wie die meisten „Volksdeutschen“ waren diese Besitzer im Deutschen Wohnbezirk untergebracht, in dem ihnen in ausreichender Zahl Unterkünfte zur Verfügung standen.

Alles in allem boten die Ostgebiete den Reichsdeutschen ein wirtschaftlich und finanziell sehr ertragreiches neues Territorium, in dem deutsche Unternehmen schnell expandierten – wenn auch viel mehr in Polen als in Weißruthenien. So konnte der einzige deutsche Notar in Warschau, Albrecht Eitner, allein zwischen 15. November und 31. Dezember 1940 fast 16 000 Złoty – das entsprach 8 000 Reichsmark – an Gebühren einnehmen. Auch wenn er bis Mai 1941 „nur“ noch weitere 15 000 Złoty erwirtschaftete, zahlte es sich doch finanziell aus, dass er den Schritt nach Osten gewagt hatte²³⁴. Seine Monopolstellung sowie seine polnischen Sprachkenntnisse machten ihn in vielen Rechtsfragen zum ersten Ansprechpartner der Deutschen. Gerade weil die neuen Machthaber gerne darauf verzichteten, mit Einheimischen Geschäfte zu machen, waren Gewinne vorprogrammiert, vor allem, weil bei personalintensiven Aufträgen auf die indigene Bevölkerung zurückgegriffen werden konnte – nicht selten in Form von Zwangsarbeit. In beiden Städten profitierten die Firmen vom nationalsozialistischen Unrechtsstaat, unterstützten ihn und waren an seiner Erhaltung interessiert. In Minsk waren beispielsweise zwölf Baufirmen für die Organisation Todt tätig, die allesamt zahlreiche Zwangsarbeiter einsetzten²³⁵. Die Produktion mit jüdischen Arbeitskräften trieben die deutschen Unternehmer besonders im Warschauer Ghetto voran. Die Speerspitze der zahlreichen vor allem für die Wehrmacht tätigen Textilfirmen bildeten die damals so genannten „shops“ von Walter C. Toebbens mit 6 000–10 000 sowie Fritz Schultz mit 2 000–3 000 jüdischen Arbeitskräften²³⁶.

²³³ Zur Durchführung der Arbeitspflicht vgl. Krakauer Zeitung Nr.76 vom 28.3.1943: „Was wollen sie denn arbeiten?“.

²³⁴ IPN, 106/22, Vermerk der Abteilung Justiz des Distrikts Warschau vom 14.2.1941 und Schreiben Eitners an die Abteilung Justiz vom 3.6.1941.

²³⁵ IfZA, MA 1790/3, 378-1-28, Schreiben der OT-Frontführung Weißruthenien an die Wehrmachtskommandantur Minsk vom 28.8.1943.

²³⁶ BALAA, Ost-Dok. 8/828, S. 4ff., Aussage von Wilhelm Freter, Kommandeur Rüstungsbereich Warschau, vom 12.10.1954. Weitere Firmen nennt Sakowska, Menschen, S. 255f. Zur wichtigsten Ghetto-Fabrik „Toebbens“ vgl. Tusk-Scheinwechslerowa, Fabryka.

Andere deutsche Unternehmen, die keine Zwangsarbeiter beschäftigten, erfüllten vor allem die Bedürfnisse der Besitzer nach Luxus und Zerstreung. Danach herrschte immer Bedarf, und die Okkupanten waren bereit, sich diesen gehobenen Standard etwas kosten zu lassen. Zahlreiche Geschäftsleute hatten dies erkannt und machten gute Gewinne. So ging Ende 1939 das größte Lokal in Warschau, das Variété „Adria“, in deutschen Besitz über. Mit mehreren Kapellen und 135 Mann Stammpersonal erfreute es sich großer Beliebtheit unter den Deutschen²³⁷. Julius Meinel betrieb vier Lebensmittel- und Feinkostläden, in denen Einheimische nicht einkaufen durften²³⁸; in Warschau gab es 1942 15 weitere Nahrungsmittelläden nur für Besitzer²³⁹. Die unmittelbar nach dem Einmarsch gegründete Deutsche Industrie- und Handelskammer in der Siegesstraße²⁴⁰ verzeichnete aber auch Firmen als Mitglieder, die nur neue Inhaber hatten. Die Polnische Industriebank, das Asid-Serum Institut Warschau oder das Kabelwerk Ozarów waren nun ebenso deutsch wie schon vor 1939 die Warschauer Siemens AG oder die Niederlassung von Steyr Daimler Puch²⁴¹.

Gerade diese Firmen stellten viele „Volksdeutsche“ ein, da aus dem Reich keine Arbeitskräfte zu bekommen waren und Polen generell suspekt erschienen. Eine typische Karriere ist die von Eitel-Friedrich Bonk bei der Firma Junkers, die die Warschauer Ursuswerke übernommen hatte. Er war zunächst als Werkschutzmann beschäftigt und avancierte bald zum Angestellten in der Wirtschaftsabteilung, wo man ihm die Verantwortung übertrug, Lebensmittel für die Betriebskantine zu besorgen. Doch Bonk erwies sich der Verlockung der ihm anvertrauten großen Summen als nicht gewachsen und verschwendete mindestens 38 000 Złoty in diversen Nachtlokalen; darüber hinaus war es ihm möglich, 422 kg Butter, 300 kg Margarine sowie 3 585 Päckchen Sacharin auf dem Schwarzmarkt zu veräußern. Bezeichnend für den Mangel an geeigneten deutschen Arbeitskräften war, dass er überhaupt diese Stellung erreichen konnte, denn selbst das so unnachsichtige Sondergericht bescheinigte ihm als mildernden Umstand, dass seine Aufgaben seine geistigen Fähigkeiten überstiegen²⁴².

Die deutschen Männer und Frauen, die als Privatpersonen nach Warschau oder Minsk gingen, sind als Gruppe nur schwer systematisch zu erfassen. Das entscheidende gemeinsame Kriterium ist die Freiwilligkeit, mit der sie in den Osten kamen. Das vereint sie mit den „Volksdeutschen“, die ihr Bekenntnis zu den Okkupanten ebenfalls aus freien Stücken abgaben, und trotzdem – oder gerade deswegen – stets misstrauisch beäugt wurden, auch weil sie ihre Wurzeln nie ganz aufgaben und weiterhin Kontakt mit den Einheimischen pflegten. Dennoch waren

²³⁷ BAL, B 162/AR 179/71, Bd. 4, S. 863ff., Vernehmung von Lothar S. am 1. 9. 1971.

²³⁸ Krakauer Zeitung Nr. 167 vom 19. 7. 1941: „Deutsche Lebensmittelgeschäfte in Warschau“.

²³⁹ Vgl. Leist (Hg.), Bericht, S. 65.

²⁴⁰ Warschauer Zeitung Nr. 20 vom 5. 12. 1939: „Die Verwaltung des Distrikts Warschau“.

²⁴¹ APW, 496/32, Verzeichnis der dt. Aktiengesellschaften mit Sitz im Distrikt Warschau, o. D. [1939/Anfang 1940].

²⁴² APW, 643/1322 (neu: 1105), Urteil des Sondergerichts Warschau in der Strafsache gegen den Volksdeutschen Eitel-Friedrich Bonk vom 20. 7. 1943.

die „Volksdeutschen“ eine der Legitimationsquellen der deutschen Herrschaft, denn nun kam ihnen endlich der Rang zu, der ihnen vor dem Krieg angeblich verwehrt worden war. Relativ zu den anderen Teilen der Besatzergesellschaft profitierten sie und die reichsdeutschen Zivilisten daher am meisten von der Okkupation.

5. Das „Deutsche Wohnviertel“ und die Kontaktmöglichkeiten mit Einheimischen

Als die Wehrmacht im Herbst 1939 in Warschau einmarschierte, fand sie eine durch Luftangriffe und Artilleriebeschuss zu nicht geringen Teilen zerstörte Stadt vor, etwa 15 Prozent der Gebäude hatten unter Kampfeinwirkungen gelitten²⁴³; rund 66 000 Wohnungen mit 102 800 Einzelräumen waren vernichtet worden²⁴⁴. Knapp zwei Jahre später sahen die Deutschen in Minsk noch schlimmere Schäden, wengleich sich die Eindrücke dort mit dem der Ärmlichkeit vieler Häuser vermischten, die größtenteils noch aus Holz gebaut und von starken Brandeinwirkungen gezeichnet waren. Derartige Kriegsspuren kannten die Besatzer bislang nicht, denn ihre Heimat war noch nicht vom Bombenkrieg gezeichnet. Entsprechend wurden Warschau und Minsk als „Trümmerhaufen“ wahrgenommen²⁴⁵, wobei die Soldaten durchaus darüber diskutierten, ob das nun die Schuld der Wehrmacht oder der Kriegsgegner sei²⁴⁶. In Minsk sprach selbst die offizielle Besatzungszeitung noch 1942 von der „Ruinenstadt“²⁴⁷.

Die Zerstörungen hatten für die neuen Herrscher vor allem die Konsequenz, dass der intakte Wohnraum knapp war. Da sie an modernen und komfortablen Quartieren interessiert waren, gingen sie gleich nach der Eroberung dazu über, die entsprechenden neuen Wohnungen zu enteignen. Zunächst unsystematisch und ohne geografische Präferenzen ganz pragmatisch nach Qualität der Unterkunft entscheidend, konzentrierten sie sich bald in bestimmten Stadtvierteln. Davon ausgenommen waren freilich die kasernierten Einheiten – und damit ein Großteil der Besatzergesellschaft –, die aus Sicherheitsgründen im gesamten Gebiet disloziert wurden.

²⁴³ Vgl. Morawski (Hg.), 1939, S.7. Die Fotografien des Buches vermitteln einen guten Eindruck der Zerstörungen in Warschau, wie ihn auch die Deutschen hatten.

²⁴⁴ APW, 485/333, Bericht des Wohnungsamtes Warschau vom 15.7.1942.

²⁴⁵ Für Warschau: DTA, 280/I, Tagebuch Franz Jonas, Eintrag vom 3.8.1941 (dort auch das Zitat). Für Minsk z.B. DTA, 884, Tagebuch Michael Ritter, Eintrag vom 30.10.1943; BfZg, Sammlung Sterz, Brief des Hauptmanns Hermann Göbel vom 13.8.1941.

²⁴⁶ BfZg, Sammlung Sterz, Brief des Leutnants Helmut Hänsel vom 14.7.1941: „Was einen tiefen Eindruck auf mich machte, war das fast ausgebrannte Minsk. Bei uns streitet man sich darum, ob es von den Russen angesteckt oder von unseren Fliegern in Brand geworfen wurde. Die Ansichten gehen auseinander.“

²⁴⁷ Minsker Zeitung Nr.146 vom 3.10.1942: „HBD richtet Omnibuslinie ein“. Dort heißt es: „Alle zwei Stunden führt der Bus durch die Ruinenstadt“.

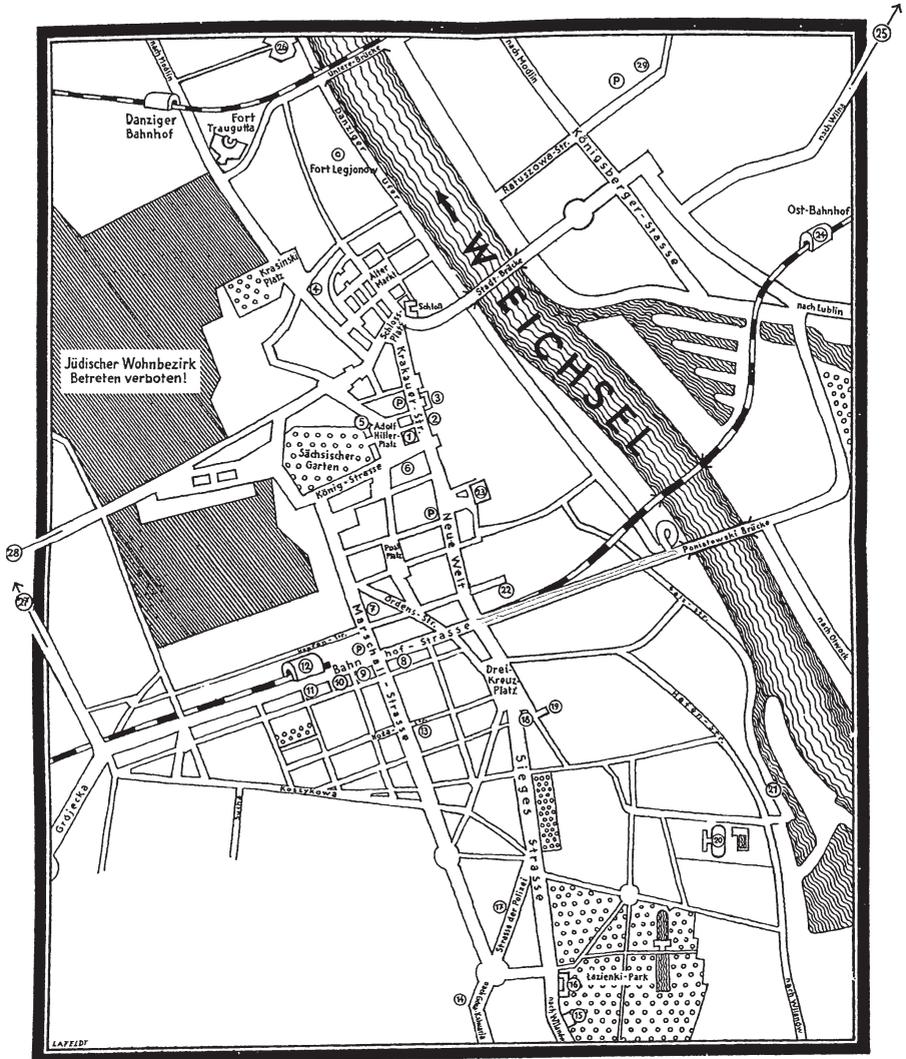


Abbildung 2: Karte aus dem offiziellen Warschau-Führer für deutsche Soldaten von 1942²⁴⁸

Das deutsche Wohnviertel ist hier nicht markiert, es umfasst ungefähr die abgebildeten Straßen südlich der Bahnhof-Straße. Legende: 1. Oberfeldkommandantur; 2. Hotel Bristol; 3. Deutsches Haus; 4. Kath. Garnisonkirche; 5. Palais Brühl; 6. Soldatengaststätte; 7. Wehrmacht-Lichtspiele; 8. Quartieramt für Offiziere; 9. Hotel Reichshof; 10. Quartieramt für Mannschaften; 11. Frontleitstelle; 12. Hauptbahnhof; 13. Wehrmacht-Theater „Viktoria“; 14. Ev. Garnisonkirche; 15. Magdeburger Haus; 16. Schloss Belvedere; 17. Sitz des KdS; 18. Soldatenheim; 19. YMCA; 20. Wehrmacht-Stadion; 21. Wehrmacht-Bootshaus; 22. Wehrmacht-Schwesternheim; 23. Theater der Stadt Warschau; 24. Ostbahnhof; 25. Zum Ehrenmal General Fritsch; 26. Zitadelle; 27. Zum Heldenfriedhof; 28. und 29. Entwesungsanstalten. P: Bewachte Parkplätze.

²⁴⁸ Meier, Soldaten-Führer, Anhang.

In Minsk sammelten sich die Deutschen im Stadtzentrum, das im sozialistischen Stil ausgebaut worden war, in der Nähe der Verwaltungsgebäude. Im so genannten Hochhaus, einem mehrstöckigen stalinistischen Bau, gab es neben den Büros des General- und des Stadtkommissariats auch zahlreiche Wohnungen für Beschäftigte dieser Behörden. Die von den Besatzern als sehr ärmlich angesehene Stadt²⁴⁹ bestand zu großen Teilen aus beschädigten Holzhäusern, in denen sie nicht wohnen wollten, so dass nur die wenigen nicht zerstörten Steinhäuser in Frage kamen, die in der Sowjetzeit gebaut worden waren. Eine Besonderheit bildeten 50 norwegische Holzhäuser, die im Mai 1942 im Stadtpark errichtet wurden. Mit jeweils 86 Quadratmetern Wohnfläche waren sie für Besatzer gedacht, die mitsamt ihren Familien vollständig in den Osten umziehen wollten²⁵⁰. Ein echtes deutsches Viertel im Sinne eines mehr oder weniger abgeordneten, gesperrten Bereichs nur für Deutsche gab es allerdings trotz der Konzentration in der Mitte von Minsk nicht. Deshalb wurde der Umzug von Deutschen in sichere und halbwegs komfortable Unterkünfte mangels Wohnraums auch nicht besonders streng reglementiert. So schrieb Generalkommissar Kube an den Stadtkommissar Janetzke: „Nachdem die Wolgadeutschen es abgelehnt haben, von Dir nachgewiesene Wohnräume [im ehemaligen Ghetto] zu übernehmen, dürfte sich eine weitere fürsorgliche Tätigkeit für diese obstinate Gesellschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens erübrigen.“²⁵¹ Dies zeigt neben der Geringschätzung der „Volksdeutschen“ auch, warum es in Minsk anders als in Warschau ein eigenes Viertel für Deutsche nicht gab: Sie wohnten dort, wo es ihnen möglich und angenehm war – die Abgrenzung von den Einheimischen fand dennoch in ähnlicher Form statt wie in Polen, auch wenn sie wegen der angeblich besseren „rassischen Qualität“ der Weißruthenen nicht so strikt dekretiert wurde.

In Warschau dagegen gab es eine räumliche Trennung von Arbeit und Wohnen: Die Administration zog in die repräsentativen Gebäude im Zentrum der polnischen Hauptstadt ein. Die Dienstsitze befanden sich zwischen dem wenig später eingerichteten Ghetto und der Weichsel, rund um die Krakauer Straße und Neue Welt. Die dort größtenteils Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts errichteten Paläste und Villen entsprachen dem Geltungsbedürfnis der neuen Herren. Bezeichnend war allerdings, dass sich Gouverneur Fischer eben nicht im Königsschloss oder gar dem unvollendeten Sächsischen Palais der Wettiner niederließ, sondern als bewusste Abkehr von der Hauptstadt Warschau mit dem Palais Brühl „nur“ das ehemalige Außenministerium bezog.

Die Privatquartiere der Warschauer Besatzer befanden sich rund zwei Kilometer südlich des Regierungsbezirks im Stadtviertel Mokotów und rund um den

²⁴⁹ Beispielsweise BfZg, Sammlung Sterz, Brief des Hauptmanns Hermann Göbel vom 13. 8. 1941.

²⁵⁰ Minsker Zeitung Nr. 39 vom 30. 5. 1942: „Behebung der Wohnungsnot“.

²⁵¹ IfZA, MA 1790/11, 370-1-486, Schreiben Kubes an Janetzke vom 20. 11. 1942.

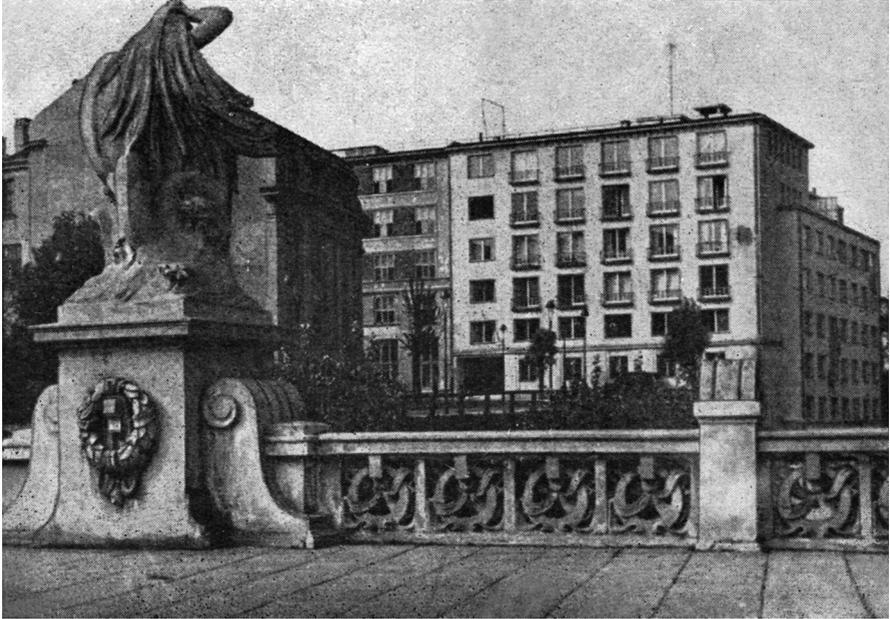


Abbildung 3: Ein modernes Wohnheim in der Karowastraße in Warschau²⁵²

Łazienki-Park²⁵³. Während dieses deutsche Viertel durch Absperrungen von der restlichen Metropole abgetrennt wurde, residierten die Behörden jedoch in einzelnen Gebäuden der Neustadt. Später, während des Warschauer Aufstandes 1944, erwies sich dies als großes Manko, da eine systematische, geschlossene Verteidigung gegen die Bevölkerung nicht möglich war²⁵⁴. Doch 1940 fiel die Wahl für das deutsche Wohnviertel leicht, denn die dortigen Häuser stammten größtenteils aus den 1920er und 1930er Jahren und entsprachen dem damaligen Standard modernen Wohnens (vgl. *Abbildung 3*).

Die Besatzer, die in diesem Teil der Stadt leben wollten, wurden von der Zivilverwaltung in Zusammenarbeit mit der NSDAP erfasst und erhielten geeignete Wohnungen zugewiesen²⁵⁵. Nach anfänglich freiwilliger Umsiedlung war es ihnen nur noch mit Sondergenehmigung gestattet, weiterhin außerhalb des Wohnviertels zu wohnen. Im Februar 1943 erließ die Verwaltung deshalb nach mehreren unverbindlichen Aufforderungen, die wenig Wirkung zeigten²⁵⁶, eine Anordnung, die

²⁵² Gollert, *Warschau unter deutscher Herrschaft*, S. 264.

²⁵³ *Warschauer Zeitung* Nr. 245 vom 16. 10. 1940: „Deutsches Viertel in Warschau“. In dem Artikel, der auch die Errichtung des Ghettos verkündete, war bezeichnenderweise nur Letzteres auf einer Karte dargestellt, während die Grenzen des deutschen Viertels nur recht vage in Worte gefasst wurden.

²⁵⁴ BAB, R 6/260, S. 2f., Fernschreiben der Reichskanzlei an das RMbO vom 15. 8. 1944.

²⁵⁵ *Krakauer Zeitung* Nr. 104 vom 2. 5. 1942: „Umsiedlung in den deutschen Wohnbezirk. Anträge sind beim zuständigen Warschauer Standort der NSDAP zu melden.“

²⁵⁶ Vgl. Szarota, *Warschau unter dem Hakenkreuz*, S. 252.

die Umsiedlung vorschrieb²⁵⁷. Diese war zuvor auch als Aufruf der polnischen Widerstandsbewegung plakatiert worden: Als offizielle deutsche Bekanntmachung getarnt, sollte hier gezielt die Angst vor den Einheimischen gefördert werden, indem der Text lautete: „Die Polizei kann für diese Volksgenossen [außerhalb des dt. Quartiers] und deren Familien den persönlichen Schutz nicht in der Weise übernehmen, wie dies im deutschen Wohnviertel möglich ist. Bei Reichsdeutschen, die ihre Familien hier haben, wird den Angehörigen der weitere Aufenthalt verboten“²⁵⁸. Die in diesem Aufruf geschürte Paranoia erfuhr jedoch erst Anfang 1944 ihre Bestätigung, als die Besatzer ihr Viertel nicht nur wie bisher in den Straßen kontrollierten, sondern sogar mit Stacheldraht einzäunen ließen²⁵⁹.

Die Tätigkeit des für die Umsiedlung zuständigen deutschen Wohnungsamtes bestand anfangs vor allem darin, dafür zu sorgen, dass die von deutschen Volkzugehörigen beanspruchten Unterkünfte und gewerblich genutzten Räume von den polnischen Inhabern geräumt und den deutschen Mietnachfolgern amtlich zugeteilt wurden. Doch schon vor Errichtung ihres Wohnbezirks hatten die Bedürfnisse der Deutschen viele Polen aus ihren angestammten Wohnungen vertrieben. In den Häusern der Besatzer durften sich keine Einheimischen mehr aufhalten, generell wurde ihr Wegzug aus dem Quartier betrieben. Lediglich befreundete Ausländer wie Ungarn oder Finnen durften dort bleiben, aber bereits Menschen aus neutralen Ländern nur dann, wenn kein Deutscher den Wohnraum beanspruchte. Immerhin gestand man ihnen eine Ansiedlung in der Nähe des Viertels zu²⁶⁰.

Bis Juli 1942 konnte das Wohnungsamt im deutschen Viertel rund 11 000 Personen in 3 572 Wohnungen einweisen, wobei jede mit durchschnittlich drei Personen belegt war. Bereits einen Monat später verfügten die Besatzer über 4 179 Wohnungen, Ende des Jahres waren es bereits 6 342²⁶¹. Die amtlichen Statistiken ergaben für Mai 1943 die Zahl von 14 132 arischen – und 120 000 polnischen Einwohnern im Viertel²⁶². Während die Umsiedlung der Deutschen in den Bezirk bis Ende Juni 1942 einigermaßen reibungslos vor sich ging, weil noch einige Neubauwohnungen vorhanden waren, die keinerlei Reparatur und Auffrischung bedurften, begann die Zuteilung ab August 1942 erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten: „Die Beschaffenheit der noch vorhandenen Wohnungen erfordert[e] nicht nur eine gründliche Renovierung, sondern auch eine Desinfizierung, um sie für Deutsche bewohnbar zu gestalten.“ Das bedeutete auch, dass die dort lebenden Polen noch radikaler als vorher aus dem Wohnbezirk vertrieben wurden, wobei für sie kein Ersatzwohnraum in der Stadt zur Verfügung stand. Die Behörde führte deshalb eine „Verdichtung der Polen durch Einweisung als Zwangsmieter in übergroße

²⁵⁷ APW, 485/333, Anordnung über die Bildung des deutschen Wohngebietes im Stadtgebiet Warschau vom 6. 2. 1943.

²⁵⁸ APW, 485/332, Plakataufruf „An alle Deutschen Warschau“, o.D. [1943].

²⁵⁹ Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 253.

²⁶⁰ APW, 485/334, Schreiben des Wohnungsamtes des Stadthauptmanns an den Distriktgouverneur vom 15. 5. 1942.

²⁶¹ APW, 485/333, Bericht des Wohnungsamtes Warschau vom 15. 7. 1942; ebenda, Bericht vom 31. 12. 1942.

²⁶² Ebenda, Bericht des Wohnungsamtes für den Monat Mai 1943, o.D.

Wohnungen“ durch: In den Wohnungen wurde jedes Zimmer mit mindestens zwei Personen belegt²⁶³. Dieses Verfahren fand in ähnlicher Form auch in Minsk Anwendung²⁶⁴.

In der Kettenreaktion, die die Quartiernahme der Deutschen mit der Vertreibung der Polen auslöste, gab es eindeutige Opfer: die Juden. Durch ihre Einpferchung in das Ghetto wurden ihre Wohnungen frei, in die Polen, die die ihrigen zwangsweise räumen müssen, nun einziehen konnten. Schon 1940 erkannte der Vorsitzende des Judenrats, Adam Czerniaków, diesen Zusammenhang²⁶⁵. Die Behörden verfolgten ein eindeutiges Ziel. Für sie galt, dass nur die „dauernde [!] Verkleinerung des jüdischen Wohnbezirks [...] Abhilfe und Besserung der Wohnungslage bringen“ könne, obwohl die so hinzugewonnenen Unterkünfte der Juden „zum großen Teil nicht mehr als solche angesprochen werden konnten und kaum für einen Arier beziehbar waren“²⁶⁶. Mit dieser Äußerung monierte die Verwaltung, dass die Opfer der deutschen Besatzungspolitik in ihrer Not gezwungen waren, selbst Türklinken zu veräußern oder Fußboden und Gebälk zum Heizen zu verwenden. Das Verhalten der Behörden zeigt einen Gesichtspunkt des deutschen Interesses an der Auflösung des Ghettos und der Vernichtung seiner Insassen, obwohl schon im August 1941 feststand, dass im deutschen Viertel mehr Wohnungen als benötigt von Polen geräumt worden waren²⁶⁷. Die Quartiere der Besatzer waren dadurch mehr als nur indirekt mit dem Mord an den Juden verbunden.

Die Planungen der Okkupanten für das künftige Warschau wurden mit der begonnenen Radikalität konsequent fortgesetzt. Sie sahen die Umwandlung der Metropole in eine Kleinstadt mit rund 40 000 – deutschen – Einwohnern vor, für die nach dem Vorbild der künftigen Gauhauptstädte zahlreiche Insignien der Herrschaft im Osten wie Türme und Foren entstehen sollten. Verbunden war damit eine Verringerung der Bausubstanz, die unter anderem auch das bisherige deutsche Wohnviertel beseitigt hätte²⁶⁸. Zielsetzung war nicht nur die Schaffung einer „arischen“ Siedlung, sondern vor allem die Zerstörung Warschaus und seiner Bedeutung als Hauptstadt und als Zentrum der polnischen Identität. In diesem Sinne äußerte sich beispielsweise Jürgen Stroop, der 1943 das Ghetto in Schutt und Asche legen ließ, nach dem Kriege gegenüber einem Mitinsassen in polnischer Haft²⁶⁹. Der Leiter des Raumordnungsamtes, Friedrich Gollert, konnte in einer Denkschrift Anfang 1944 zufrieden konstatieren, dass Warschau seit 1939 eine halbe Million Einwohner verloren habe; doch dies genügte ihm nicht, auch er redete einem „Deutschen Zentrum“ das Wort, in dem möglichst keine Polen woh-

²⁶³ Ebenda, Bericht des Wohnungsamtes Warschau vom 15. 7. 1942.

²⁶⁴ Minsker Zeitung Nr. 136 vom 20./21. 9. 1942: „Umsiedlungen in der Stadt“.

²⁶⁵ Fuks (Hg.), Ghetto, S. 104, Eintrag vom 19. 8. 1940.

²⁶⁶ APW, 485/333, Bericht des Wohnungsamtes Warschau vom 15. 7. 1942; ebenda, Bericht vom 31. 12. 1942. Zu weiteren Ursachen für die Errichtung des Ghettos, wie z. B. die angebliche Gesundheitsvorsorge, vgl. zuletzt Friedrich, Seuchenprävention.

²⁶⁷ APW, 485/333, Aktennotiz des Wohnungsamtes vom 25. 8. 1941.

²⁶⁸ Vgl. Gutschow/Klain, Vernichtung, S. 28ff.

²⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 121.

nen sollten²⁷⁰. Man hatte ihnen zu diesem Zweck bereits im Mai 1942 den Zuzug in die Stadt und ihr Umland verboten²⁷¹.

Die Besatzer trieben die „Germanisierung“ der unterworfenen Städte seit 1939 voran. In Warschau wurden im Juni 1940 zahlreiche Umbenennungen von Straßen vorgenommen²⁷². Einerseits sollte keine nationalpolnische Symbolik mehr vorhanden sein, andererseits wollten die Deutschen ihrer Herrschaft deutlich Ausdruck verleihen. In den meisten Fällen beschränkten sich die Umbenennungen auf wörtliche Übersetzungen ins Deutsche, aber politische Namen vergab die Verwaltung durchaus auch. Aus dem Piłsudski-Platz wurde deshalb der Sachsenplatz – auf dem aber weiterhin Piłsudski-Feiern stattfanden –, die Poniatowski-Brücke erhielt die einfallsreiche Bezeichnung Neue Brücke und aus dem Napoleonplatz machte man den Postplatz. Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen, und in späteren Jahren wurden einige Namen sogar wieder geändert, so beispielsweise, als schon nach drei Monaten aus dem Sachsenplatz der Adolf-Hitler-Platz und aus der Ujazdowski-Allee, die zwischenzeitlich Lindenallee hieß, die Siegesstraße wurde²⁷³. Die Besatzer gingen bei den Umbenennungen so vor, dass sie nach und nach die polnischen Straßenschilder durch deutschsprachige ersetzten und immer mehr Namensgebungen vornahmen, die Zeichen einer angeblichen deutschen Vergangenheit der Stadt sein sollten²⁷⁴. Minsk unterschied sich dabei insofern von Warschau, als man dort nicht auf die kyrillischen Buchstaben verzichtete, sondern nur die sowjetischen Beschriftungen durch national-weißrussische in Kombination mit einer deutschen Übersetzung austauschte²⁷⁵. Auch genuin nationalsozialistische Bezeichnungen gab es, so den Gauleiter-Kube-Platz, der seit Ende 1943 an den getöteten Generalkommissar erinnerte²⁷⁶.

Nicht nur Straßennamen symbolisierten die nationalsozialistische Herrschaft. Zahlreiche Hakenkreuzfahnen boten einen Anblick wie eine Stadt im Reich, Propagandaplakate für Einheimische und Besatzer waren großflächig angeschlagen, Wegweisungen auf deutsch gehalten²⁷⁷; ebenfalls wie zuhause sollte eine im April 1942 in Warschau eingerichtete moderne Lautsprecheranlage wirken, über deren 50 öffentliche Lautsprecher nun Ansprachen, vor allem aber fünfmal täglich deutsche Nachrichten übertragen werden konnten²⁷⁸. Für „deutsche Ordnung“ stand

²⁷⁰ Friedrich Gollert: Grundsätzliche Bemerkungen über die Gestaltung Warschaus während des Krieges und nach dem Kriege, o.D. [1944], zitiert nach: Gutschow/Klain, Vernichtung, S. 129f.

²⁷¹ BAB, R 102 I/1, S. 45, Erlass des Distriktgouverneurs Warschau vom 4. 5. 1942.

²⁷² Warschauer Zeitung Nr. 129 vom 2./3. 6. 1940: „Deutsche Straßennamen in Warschau“. Siehe auch Mitteilungsblatt der Stadt Warschau, Nr. 17 vom 30. 5. 1940, S. 2f., Bekanntmachung vom 24. 5. 1940.

²⁷³ Warschauer Zeitung Nr. 203 vom 28. 8. 1940: „Weihe der Adolf-Hitler-Plätze“.

²⁷⁴ Krakauer Zeitung Nr. 226 vom 24. 9. 1942: „Die ‚ulica‘ verschwindet aus Warschau Innenstadt“. Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 40f. und Abbildung Nr. 7.

²⁷⁵ Minsker Zeitung Nr. 78 vom 1. 4. 1944: „Alte Straßen – neue Namen“.

²⁷⁶ Minsker Zeitung Nr. 264 vom 9. 11. 1943: „Gauleiter-Kube-Platz in Minsk“.

²⁷⁷ Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 39f.

²⁷⁸ Minsker [?] Zeitung Nr. 13 vom 29. 4. 1942: „Lautsprecheranlage in Warschau“. In Warschau war bereits 1940 eine provisorische Anlage errichtet worden, die aber für die hochgesteckten propagandistischen Bedürfnisse nicht ausreichte, vgl. Warschauer Zeitung Nr. 176 vom 27. 7. 1940: „Warschau erhielt eine Großlautsprecheranlage“.

beispielsweise das Verbot, Todesanzeigen an Hauswände zu kleben²⁷⁹. Herrschaftslegitimation erfolgte durch Selbstdarstellung. So wurde die angebliche Aufbauleistung der Besatzer ständig propagiert. Als der Warschauer Hauptbahnhof erst provisorisch fertig gestellt war, wurde dies als große Tat verklärt²⁸⁰; die Deutschen feierten aber auch die Wiedereröffnung der verwüsteten städtischen Parks als Abkehr von der unzivilisierten polnischen Kriegführung, die vor solch kulturellen Orten nicht halt gemacht habe²⁸¹.

Für den Komfort der Besatzer sorgten auch die Geschäfte, die bald überall in den Städten eröffnet wurden. So gab es in Warschau nicht nur eine deutsche Apotheke, die mit den Krankenkassen im Reich abrechnete²⁸², sondern auch ein Kaufhaus²⁸³ und mehrere Lebensmittelgeschäfte²⁸⁴. Während Letztere wenigstens teilweise im deutschen Wohnbezirk zu finden waren, befanden sich Apotheke, Kaufhaus und die meisten anderen Läden jedoch eher in der Krakauer Straße und damit außerhalb des Viertels. Dies erforderte in den Augen der Machthaber eine gesonderte Kennzeichnung, damit gleich ersichtlich war, welcher Nationalität der Ladeninhaber war. Deutsche Geschäfte mussten zusätzliche Schilder anbringen, durften aber ebenfalls eine polnische Beschriftung haben. Das galt umgekehrt auch für die polnischen Betriebe. Dem jüdischen Gewerbe jedoch waren keine deutschen Tafeln erlaubt, es musste seine Firmen laut Verordnung in „hebräischer Schrift“, d. h. mit pseudo-hebräischen lateinischen Lettern auszeichnen²⁸⁵. In der Praxis bedeutete das, dass vor allem die „Volksdeutschen“, die schon vor dem Krieg Läden besaßen, große Schilder mit der Aufschrift „Deutsches Geschäft“ weithin sichtbar anbrachten. Zwar diente das vorrangig ihren wirtschaftlichen Interessen, aber zugleich wussten die Besatzer auch, wo sie ohne jegliche Fremdsprachenkenntnisse einkaufen konnten.

Wenn sich die Besatzer nur kürzere Zeit in Warschau aufhielten oder einfach noch kein festes Domizil gefunden hatten, konnten sie zunächst eines der zahlreichen requirierten Hotelzimmer beziehen. Die Deutschen verwalteten mehrere Hotels, in denen im Mai 1943 4430 Zimmer mit etwa 5550 Betten vergeben waren²⁸⁶. Diese Quartiere standen hauptsächlich der Wehrmacht zur Verfügung, die

²⁷⁹ Warschauer Zeitung Nr. 11 vom 14./15.1.1940: „Keine Todesanzeigen mehr an den Häusern“.

²⁸⁰ Warschauer Zeitung Nr. 135 vom 9./10.6.1940: „Ausbau des Warschauer Hauptbahnhofs“.

²⁸¹ Warschauer Zeitung Nr. 79 vom 5.4.1940: „Warschau Parks werden wieder hergerichtet“.

²⁸² Warschauer Zeitung Nr. 267 vom 12.11.1940: „Warschau erhielt eine deutsche Apotheke“. Für die Apotheken im GK Weißruthenien siehe Amtsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Nr. 10 vom 23.10.1943, S. 75f., Runderlass des Ostministeriums vom 15.10.1943.

²⁸³ Krakauer Zeitung Nr. 71 vom 28.3.1941: „Warschau erhielt ein deutsches Kaufhaus“.

²⁸⁴ Krakauer Zeitung Nr. 167 vom 19.7.1941: „Deutsche Lebensmittelgeschäfte in Warschau“. Siehe auch oben, Kapitel I.4.

²⁸⁵ Verordnungsblatt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete, Nr. 8 vom 30.11.1939, S. 61f. Die „hebräische Schrift“ entspricht der Type, die die Nationalsozialisten immer verwendeten, wenn sie Juden diffamieren wollten. Ein bekanntes Beispiel ist das Filmplakat von „Jud Süß“.

²⁸⁶ APW, 485/333, Bericht des Wohnungsamtes Warschau vom 31.5.1943.

dort bevorzugt durchreisende Offiziere komfortabel logieren lassen konnte. Aber auch bei der Zivilverwaltung waren diese Unterkünfte beliebt, weil sie viele Annehmlichkeiten boten und zentral lagen²⁸⁷. Die meisten Häuser mit nicht unerheblichen Unterschieden im Niveau befanden sich in der Stadtmitte und damit nicht im deutschen Bezirk, so dass Schlafstätte, Arbeit und vor allem die Angebote für nächtliches Amüsement nahe beieinander lagen: Gaststätten, Kinos, Theater und Ähnliches fanden sich nicht in den Wohnbezirken, sondern im Zentrum²⁸⁸. Ein weiterer Vorteil der Hotelzimmer war ihr geringer Mietpreis. Alle neuen zivilen Gefolgschaftsmitglieder, die sich dort einquartierten, zahlten nach ihrem Einkommen: Die höheren Beamten 3 RM am Tag, die mittleren 2,50 RM, alle übrigen 1,50. Diese Kosten waren bis zu 75 Prozent erstattungsfähig, jedoch höchstens bis 24 RM pro Monat²⁸⁹.

Die räumlichen Entfernungen, die in den beiden Großstädten von den Deutschen bewältigt werden mussten, brachten Probleme mit sich. Marsche über zwei bis vier Kilometer wie etwa in Warschau vom deutschen Wohnviertel zum Palais Brühl oder anderen Behörden im Regierungsviertel waren mit dem Selbstverständnis der Besatzer unvereinbar, zumal deren Wahrnehmung durch die Besetzten nicht der gewünschten Überlegenheit entsprochen hätte. Zudem spielte der Sicherheitsaspekt eine wichtige Rolle, da Fußgänger ein leichtes Ziel für Überfälle und Attentate boten. Daher gingen die Deutschen recht schnell daran, die Effizienz des öffentlichen Verkehrsnetzes zu steigern. In Minsk versuchte man im Juli 1942 die Stromversorgung mittels Torfverbrennung zu verbessern, um die arg ramponierte Straßenbahn wieder in Betrieb nehmen zu können²⁹⁰. Zur Gänze gelang dies jedoch erst ein knappes Jahr später, als im Mai 1943 der Probetrieb im 20-Minuten-Takt aufgenommen werden konnte – der knappe Strom bereitete allerdings nach wie vor Probleme²⁹¹. Vor diesem Prestigeprojekt der Stadtverwaltung hatte diese auf die Hilfe der Ostbahn zurückgreifen müssen, die alle zwei Stunden mit einem Bus die wichtigsten Einrichtungen der Stadt miteinander verband²⁹².

Die Situation in Warschau unterschied sich von der in Weißruthenien gravierend. Die polnische Kapitale verfügte schon vor dem Krieg über ein ausgezeichnetes Straßenbahnnetz, das 1939 nur geringen Schaden genommen hatte; letzte Ausbesserungsarbeiten dauerten zwar bis 1940 an, doch die öffentlichen Verkehrsmittel waren schon vorher weitestgehend benutzbar²⁹³. Da die Trambahn auch für die Einheimischen das bevorzugte Fortbewegungsmittel war, galt es für die Besatzer,

²⁸⁷ APW, 485/333, Aufstellung der dem Civil-Quartieramt zur Verfügung stehenden Zimmer, im Juli 1942. Nur wenige der hier aufgelisteten Hotels verfügten über Zimmer mit Bad; üblich waren damals sanitäre Anlagen für eine ganze Etage.

²⁸⁸ APW, 496/114, Verzeichnis der Lokale und Gaststätten in Warschau, die für Wehrmacht, SS und Polizei zugelassen sind, 1941.

²⁸⁹ APW, 482/13, Merkblatt des Chefs des Distrikts Warschau vom 8. 12. 1940.

²⁹⁰ Minsker Zeitung Nr. 74 vom 10. 7. 1942: „Probefahrt der Straßenbahn“.

²⁹¹ Minsker Zeitung Nr. 116 vom 19. 5. 1943: „Straßenbahn der Minsker Stadtverwaltung in Betrieb“.

²⁹² Minsker Zeitung Nr. 146 vom 3. 10. 1942: „HBD richtet Omnibuslinie ein“; Minsker Zeitung Nr. 150 vom 7. 10. 1942: „Der Minsker Omnibusverkehr“.

²⁹³ Warschauer Zeitung Nr. 122 vom 25. 5. 1940: „Täglich 800 Arbeiter, 120 Fahrzeuge eingesetzt“.

Distanz zu schaffen. Vornehmlich wegen Ansteckungsgefahr durften deshalb die Sitzplätze in den Waggons von den Okkupanten nicht benutzt werden, nur Stehen auf der hinteren Plattform war erlaubt²⁹⁴. Diese zwar würdevolle, aber doch unbequeme Vorschrift wurde erst mit der Einführung von Wagen nur für Deutsche obsolet. Die Besatzer erreichten damit ihre Separation von der übrigen Bevölkerung auch im Nahverkehr, wie sie sie schon zuvor den Juden aufgezwungen hatten. Die Abgrenzung fand ihren Höhepunkt in der Errichtung einer eigenen Straßenbahnlinie nur für Deutsche, auf der keine „polnischen“ Züge verkehrten. Die Wagen fuhren alle 7½ Minuten einmal quer durch Warschau und verbanden den Wohnbezirk mit dem Regierungsviertel. Offensichtlich fürchteten die Behörden aber um die Attraktivität dieses Angebots, denn im Bekanntmachungsschreiben wiesen sie explizit darauf hin, dass alle Deutschen nun vor allem diese Linie benutzen sollten, damit sie nicht unrentabel würde²⁹⁵.

Da es für die Besatzer eigene Geschäfte, Amüsierbetriebe und Verkehrsmittel gab, war es ihnen möglich, praktisch nicht mit der polnischen Bevölkerung zusammenzutreffen zu müssen; viele denkbare Gelegenheiten, wie etwa der Besuch von einheimischen Ärzten, blieben zudem explizit verboten²⁹⁶. Dazu kam, dass gerade nachts, wenn die Besatzer nicht ihren Dienstpflichten nachgingen, rigide Ausgangssperren herrschten. Der einheimischen Bevölkerung drohten bei Übertretung harte Sanktionen; ihre Überschreitung war nur mit Ausnahmegenehmigung beispielsweise zur Ausübung der Arbeit möglich. Die Ausgangssperren variierten mit den Jahreszeiten. In Minsk galten im Sommer 1943 folgende Verbotszeiten: Vom 1. bis 30. April 20 Uhr bis 5 Uhr, vom 1. Mai bis 31. August 21 Uhr bis 5 Uhr und ab 1. September von 19 bis 5 Uhr²⁹⁷. In Warschau erließ die Stadtverwaltung ganz ähnliche Bestimmungen für die polnische Bevölkerung²⁹⁸, so dass generell bei Dunkelheit nur noch Deutsche auf den Straßen anzutreffen sein sollten. Dagegen war für Wehrmacht, SS- und Polizei, also alle kasernierten Einheiten, der Zapfenstreich um 22 Uhr, für Unteroffiziere um 23 bzw. 24 Uhr; für Offiziere sowie sämtliche Zivilisten war dergleichen nicht geregelt²⁹⁹.

Selbst während der offiziell erlaubten Zeiten war es schwierig, sich mit den polnischen und weißrussischen Einheimischen zu verständigen, denn nur die wenigsten Besatzer waren deren Sprache mächtig; wenn es zum Gespräch kam, dann mit Stadtbewohnern, die ein paar Worte Deutsch konnten. Die Nationalsozialisten förderten diese „Sprachlosigkeit“, gerade weil der Kontakt nicht erwünscht war. In Minsk erhielten die Eisenbahner beispielsweise erst im März 1944, also beinahe drei Jahre nach der Eroberung, ein Russisch-Lehrbuch für das Selbststudium mit

²⁹⁴ AAN, T 501-228/901, Kommandanturbefehl Warschau Nr. 169, o. D. [August 1940].

²⁹⁵ APW, 482/794, Rundschreiben des Distrikts vom 21. 4. 1942.

²⁹⁶ AAN, T 501-228/1263, Kommandanturbefehl Warschau Nr. 43 vom 26. 2. 1940.

²⁹⁷ Minsker Zeitung Nr. 77 vom 1. 4. 1943: „Neue Sperrstunden für Einheimische“.

²⁹⁸ AAN, T 501-228/1166, Kommandanturbefehl Warschau Nr. 73 vom 4. 4. 1940; APW, 486/1165, Anordnung des SSPF Warschau vom 5. 12. 1942.

²⁹⁹ IfZA, MA 1790/3, 379-2-45, Merkblatt für Soldaten und Einheiten im Standort Minsk, September 1941; AAN, T 501-228/1000f., Kommandanturbefehl Warschau Nr. 126 vom 25. 6. 1940.

dem Titel: „1000 Worte Russisch.“³⁰⁰ Wenn es überhaupt zu Gesprächen kam, dann wurden sie von den höheren Dienstgraden während der Arbeitszeit geführt oder bei der Wehrmacht von den Offizieren, die sich mit Geschäftsleuten unterhielten. In der offiziellen Umgebung, bei der Begleitung von Untergebenen und Kollegen sowie bei dienstlichen Anlässen konnte man sich kaum auf Gespräche mit privater Thematik einlassen oder gar freundschaftliche Beziehungen anknüpfen. Verhindert wurde derlei zudem durch die zahlreichen Verbote, die nicht nur ständig wiederholt und plakatiert, sondern auch kontrolliert wurden: Wehrmattsangehörige durften sich nicht mit den Bewohnern – und vor allem den weiblichen – zeigen oder gar ein Gasthaus aufsuchen und mit ihnen verkehren³⁰¹.

Dass allerdings die Frauen ein attraktiver Umgang waren und ihre Nähe gesucht wurde, kann angesichts der sexuellen Entbehrungen in der Truppe kaum überraschen³⁰². Insgesamt waren die Kontakte der Soldaten mit den Einheimischen aber eher gering. Neben Verboten, Sprachschwierigkeiten und den recht restriktiven und scharf kontrollierten Ausgangsbeschränkungen trugen dazu vor allem die alternativen Angebote speziell für die Wehrmacht bei: Wer in ein Gasthaus gehen wollte, konnte durchaus eine extra für die Truppe ausgewiesene, von „Volksdeutschen“ betriebene Einrichtung aufsuchen, in der ein Kontakt mit Einheimischen weder möglich noch notwendig war, sondern sich lediglich Kameraden aufhielten. Außerdem waren sämtliche Kultur- und Unterhaltungsangebote, die den Deutschen zur Verfügung standen, für die polnische Bevölkerung verboten – die weißrussische war zumindest teilweise geduldet³⁰³.

Um in ihrer freien Zeit auf Einheimische zu treffen, hatten die Soldaten den schützenden, gleichsam heimischen Bereich ihrer Kasernen zu verlassen, im dem sich bis auf Hilfspersonal keinerlei Nicht-Deutsche aufhielten. Selten taten sie das allein, sondern meist in kleineren Gruppen. Allerdings war der Ausgang für die Mannschaften normalerweise reglementiert und keinesfalls üppig bemessen, wenn auch die Offiziere – in Warschau waren es etwa 2000³⁰⁴ – deutlich mehr Privilegien besaßen. Die extra für die Truppe eingerichteten Soldatenheime und -gaststätten lagen entweder direkt bei der Kommandantur oder im deutschen Wohnbezirk; Kinos, Varietés und dergleichen befanden sich vor allem im Zentrum und waren somit durch die Feldgendarmarie gut kontrollierbar. In Warschau beispielsweise befand sich das Soldatenheim I am Dreikreuzplatz, das Schwesternheim der Wehrmacht war in der Foksal-Straße, die Soldatengaststätte lag am Adolf-Hitler-Platz. Für die zahlreichen auf der rechten Weichelseite stationierten Truppen gab es das Soldatenheim II in Praga, Esplanadenstraße. Das Varieté „Roma“ war in der Burgstraße, das Wehrmacht kino befand sich in der Marschallstraße, ein weiteres in der Friedensstraße³⁰⁵. Um dorthin zu kommen, hatten die Wehrmattsange-

³⁰⁰ Amtsblatt der Reichsverkehrsdirektion Minsk, Nr. 15 vom 20. 3. 1944.

³⁰¹ Vgl. die Plakate in Blättler, Warschau, S. 64ff.

³⁰² Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 247ff.

³⁰³ Vgl. Kapitel II.3. und II.4.

³⁰⁴ Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 257. Die Zahl bezieht sich auf den August 1941.

³⁰⁵ RGVA, 1323-2-302a, Bl. 75, Kommandanturbefehl Nr. 76 der Oberfeldkommandantur Warschau vom 30. 3. 1943.



Abbildung 4: Ein deutscher Offizier mit eigenem Pkw besucht das Ghetto Warschau³⁰⁶

hörigen durchaus weitere Wege zurückzulegen, weil die Kasernen eher in den Außenbezirken der beiden Städte lagen. Zwar war die Truppe über die ganze Stadt verteilt, sie verbrachte die meiste Zeit aber im Kasernendienst in den Randgebieten. Dort waren Mannschaftsquartiere, Kantinen, Aufenthaltsräume ebenso wie die Exerzierplätze, Sportanlagen und das Übungsgelände; die Betreuung durch mobile Filmvorführergeräte oder Gastspiele von KdF-Theatern fand ebenfalls dort statt³⁰⁷. In der Stadtmitte suchten die Wehrmachtsangehörigen meist nur die für sie freigegebenen gastronomischen Betriebe und Vergnügungsstätten auf.

Die dienstlichen Kontakte der Soldaten zu Juden waren noch geringer als zur nicht-jüdischen Bevölkerung. Sie beschränkten sich auf etwaige Kontrollen oder die Aufsicht in Werkstätten. Die Bewachung des Ghettos, Deportationen oder Erschießungen organisierten in den Städten vor allem SS und Polizei. Obwohl das Judenviertel offiziell wegen Seuchengefahr gesperrt war, und trotz der Eingangskontrollen, war in Warschau der „Besuch des Ghettos [...] auch ohne entsprechenden Ausweis leicht. Die Straßenbahn fuhr von polnischer Seite durch das Ghetto wieder in den polnischen Teil der Stadt. Bei jeder Weiche konnte man aus-

³⁰⁶ US Holocaust Memorial Museum, Fotografie Nr. 73011A.

³⁰⁷ Vgl. beispielsweise IfZA, Fb 63/32, Monatsbericht des Distriktgouverneurs Warschau an den Generalgouverneur für Januar 1942 vom 10.2.1942: Im Distrikt Warschau wurden „88 Vorführungen mit rund 23 000 Besuchern erledigt [...]. 2 Tonfilmwagen führen fast täglich 2 Veranstaltungen in den Lazaretten der Stadt Warschau durch. Ein Tonfilmwagen fährt nach einem genauen Einsatzplan in die nähere und weitere Umgebung der Stadt Warschau“.

bzw. einsteigen“³⁰⁸. Diese Gegebenheit führte zu einem regelrechten Ghetto-Tourismus, der selbst bei den zahlreichen Umbauten der Ghettomauer nicht abbrach³⁰⁹ (vgl. *Abbildung 4*). Die Fremdheit und das Elend dieses zentral in der Stadt gelegenen Raumes, verursacht vor allem durch die mangelnde Versorgung von außen und die krasse Überbevölkerung, ließ den Besuch zu einem Höhepunkt bei einem Warschau-Besuch werden, wie es in zahlreichen Briefen und Tagebüchern von Soldaten geschildert wurde. So etwas hatten die Männer noch nie gesehen³¹⁰. Gerne machten sie dabei trotz des Verbots sogar Fotos³¹¹.

Ghettos wie in Minsk mit knapp 100 000 Insassen³¹² im Vergleich zu rund 450 000 in Warschau³¹³ ließen sich dagegen besser absperren und waren, wie die überlieferten Ego-Dokumente zeigen, weniger spektakulär, aber für die Deutschen dennoch von Interesse³¹⁴. Durch derartige Erlebnisse wurde der Krieg zu einer Art unfreiwilliger Reise, die, solange die Vorkommnisse und Eindrücke nicht existenzbedrohend waren, interessante, neue Impressionen vermittelte. Die Nationalsozialisten nutzten diesen Aspekt des Krieges, um die Moral zu stärken und dem Schrecken des Kampfes etwas Positives und mit wenig Aufwand zu Erreichendes entgegenzustellen³¹⁵. Das Angebot wurde von der Truppe dankbar angenommen. Die tatsächlichen Kontakte mit der jüdischen Bevölkerung blieben aber wegen der Sprachbarrieren gering und oberflächlich, hauptsächlich wurde „requiriert“, d. h. gestohlen, in seltenen Fällen auch Handel getrieben, vorwiegend mit Lebensmitteln und Luxusgütern. Schließlich ging man nicht in das Ghetto, um eine Konversation zu führen oder einen Bekannten zu treffen, sondern weil man etwas Spektakuläres erleben wollte.

Um mit der einheimischen Bevölkerung in einen privaten Kontakt zu treten, bedurfte es neben einer Portion Neugier auch einer gewissen Risikobereitschaft, da sowohl mögliche Strafen als auch Misstrauen bzw. Ausschluss aus der Gemeinschaft der Kameraden drohten. Offiziere hatten es in dieser Hinsicht deutlich leichter, denn sie konnten sich freier in den Städten bewegen und waren weniger Zwängen ausgesetzt. Gerade wenn sie den gebildeteren Schichten angehörten, nahmen sie durchaus die anspruchsvolleren Angebote der nationalen Kultur an und besuchten, wie beispielsweise Udo von Alvensleben, polnische Konzerte oder Kleinkunstinszenierungen. Alvensleben zeigte sich in Warschau als gebildeter Adeliger und hatte gewissermaßen selbstverständlich Kontakt mit Polen und ihrer

³⁰⁸ BStU, ZUV 53/7, S. 129ff., Aussage von Walter H. zum Einsatz des Polizeibataillons 304 in Warschau 1940–1941, vom 2. 1. 1975.

³⁰⁹ YV, O 51/136, Schreiben der Transferstelle an den KdS Warschau vom 16. 12. 1941.

³¹⁰ Vgl. z. B. DTA, 280/I, Tagebuch Franz Jonas, Einträge vom 3. und 4. 8. 1941; DTA, 141/4-7, Tagebuch Max Rohrweder, Eintrag vom 6. 10. 1941; BfZg, Sammlung Sterz, Brief des Majors Christian Bein vom 21. 8. 1941; BfZg, Sammlung Sterz, Brief des Unteroffiziers Gottard Eiermann vom 24. 6. 1941.

³¹¹ Vgl. Heydecker, Ghetto; Schwarberg, Ghetto, und Scharf (Hg.), Ghetto.

³¹² Zur Diskussion der Zahlen vgl. Gartenschläger, Stadt, S. 56ff.

³¹³ Die Zahl bezieht sich auf April 1941. Vgl. Sakowska, Menschen, S. 56.

³¹⁴ Vgl. z. B. BfZg, Sammlung Sterz, Brief des Hauptmanns Hermann Göbel vom 13. 8. 1941; Tagebuch Carl von Andrian nach dem Transkript von Peter Lieb [Original im BayHStA, Kriegsarchiv], Eintrag vom 21. 11. 1941.

³¹⁵ Vgl. Latzel, Soldaten, S. 135ff.

Kultur und verkehrte mit Angehörigen der polnischen Oberschicht³¹⁶. Dieses Exempel ist selten, doch nicht singulär. Deutsche trafen sich mit Polen, Weißrussen und Juden, meist ohne Allüren oder selbstgerechte Gnaden-Gesten. So wurde der Hauptmann Wilm Hosenfeld, im Zivilberuf Volksschullehrer, 1944 zum Retter von Władysław Szpilman³¹⁷, den deutschen Cineasten besser bekannt als Held des Films „Der Pianist“ von Roman Polanski, ohne diese Tatsache überhaupt in seinen Briefen oder Tagebüchern zu erwähnen; doch schon vorher hatte er sich mit Polen getroffen und mit diesen Freundschaften angeknüpft³¹⁸. Andere Angehörige der Besatzungsmacht suchten sich Freundinnen unter den Einheimischen, die sie nicht selten mit Nahrungsmitteln und Geld versorgten. Alles in allem aber blieben Polen und Weißrussen den meisten Soldaten und Offizieren fremd; die Deutschen standen ihnen mit einem generellen Misstrauen gegenüber, was umgekehrt natürlich genauso galt.

Auch bei der Polizei war eine Zusammenarbeit mit den Einheimischen aufgrund der sprachlichen Barrieren meist nur über Dolmetscher möglich. Dennoch galten die polnischen und weißrussischen Polizisten anfänglich zumindest als zuverlässig, kooperativ und effizient. Doch diese Beurteilung wandelte sich im Laufe des Krieges, die deutschen Polizeibehörden befürchteten und beobachteten zunehmend eine Unterwanderung durch den Widerstand³¹⁹. Zuvor allerdings bereitete vor allem Probleme, dass die unzureichende Ausrüstung und vor allem mangelhafte Bewaffnung – die deutschen Sicherheitsinteressen ließen eine durchgängige Ausstattung der einheimischen Truppen mit Schusswaffen nicht zu – die Verbrechensbekämpfung erschwerten oder unmöglich machten³²⁰. Im Alltag war der Respekt vor der Arbeit der einheimischen Polizei – vor allem bei deutschen Zivilisten – kaum vorhanden. Ein Einschreiten der polnischen Polizisten gegen brutale, randalierende oder stehlende Deutsche war ihnen in der Praxis fast unmöglich, da die Polen stets Repressionen befürchten mussten, falls der Besatzer einen Dienstausweis vorzeigen konnte oder über Protektion verfügte. Die Angst der einheimischen Polizei vor Deutschen zeigte sich in vielen dennoch gerichtsnotorisch gewordenen Fällen. So hatte beispielsweise der „volksdeutsche“ Hilfspolizist und Dolmetscher Adolf Walkow zwei polnische Polizisten festgenommen und eine Woche im Gefängnis festhalten lassen, weil er eine Droschke nicht bezahlen wollte, obwohl ihn diese dazu aufgefordert hatten³²¹. Vielfach kam es sogar vor, dass Wehrmacht oder SS gegen die einheimische Polizei bei deren Kontrollen intervenierten und diese behinderten³²². Dennoch hätten die Deutschen ohne Hilfs-

³¹⁶ Vgl. Alvensleben, Abschiede, S. 141 ff.

³¹⁷ Vgl. allgemein Szpilman (Hg.), Überleben.

³¹⁸ Vgl. allgemein Hosenfeld, Retten.

³¹⁹ Vgl. Borodziej, Terror, S. 38 ff.

³²⁰ APW, 486/8, Lagemeldung des Gendarmeriezugs Warschau-Land an den KdG Warschau vom 15. 12. 1939. Dort wird die polnische Polizei positiv beurteilt: „Die Tätigkeit der polnischen Polizei war ungefähr die gleiche wie die des Gendarmeriezuges. Auch sie hatte gute Erfolge in der Bekämpfung des Verbrechertums.“ Die ungenügende Bewaffnung (nur 10% der polnischen Polizisten verfügten über eine Schusswaffe) charakterisiert der Bericht als Problem für die Sicherheitslage.

³²¹ APW, 49/118, Ermittlungsbericht des KdS Warschau vom 20. 12. 1940.

³²² AAN, T 501-228/899f., Kommandanturbefehl Warschau Nr. 170 vom 6. 9. 1940.

dienste nicht im Osten herrschen können, die eigene Personaldecke war dafür viel zu dünn.

Eine Kameradschaft mit „volksdeutschen“ Hilfspolizisten war allerdings kaum, mit den „Fremdvölkischen“ gar nicht vorstellbar, zu sehr wurde auf Abgrenzung der Ethnien geachtet und zu gering waren die Kontakte und Kontaktmöglichkeiten nach Dienstende, die beide Seiten im eigenen Umfeld verbrachten. Für die Besatzer in Weißruthenien, die die Hilfspolizisten anführten, war ihre Tätigkeit vor allem ein lästiges „Stück Erziehungsarbeit“, bei der jederzeit ein „Rückschlag in sowjetische Gepflogenheit“ drohte, also beispielsweise Disziplinlosigkeit oder Alkoholexzesse³²³. Eine besondere „Zumutung“ war die Kooperation mit dem Jüdischen Ordnungsdienst, der mit anfänglich 2400 Mann in Warschau das Ghetto bewachte und dort eine Art Polizeidienst – jeweils in Zusammenarbeit mit Deutschen und Polen – versah³²⁴.

Schwierigkeiten gab es auch beim Umgang mit der einheimischen Zivilbevölkerung, mit der die Polizisten häufig dienstlich zu tun hatten. Bei der subjektiv wahrgenommenen und auch objektiv mehr oder weniger gegebenen Willkür im Umgang mit den Osteuropäern blieben Misshandlungen nicht aus, auch weil die Befehle vorgaben, keine Rücksichten zu nehmen. Die Begegnungen waren meist von einseitiger Brutalität geprägt. Die Deutschen nahmen die fremde Sprache vielfach als Unwillen der Polen und Weißrussen wahr, mit ihnen zu kooperieren – und in diesen Fällen griffen sie zur Gewaltanwendung. Dementsprechend waren die Kontakte kurz und beschränkten sich auf das Notwendigste; darüber hinausgehende private Gespräche wurden bei Polizisten ebenso wenig toleriert wie bei den Wehrmachtssoldaten.

Die Kommunikation mit der polnischen und weißrussischen Bevölkerung war auch in den Kreisen der Zivilverwaltung gering und mit den gleichen sprachlichen Problemen behaftet, wie schon bei Wehrmacht und Polizei. Auch die Verhandlungen mit der einheimischen Administration gingen normalerweise von den Besetzten aus; diese schickten gezielt Vertreter zu den Besatzern, die deutsch sprachen, auch weil Letztere infolge der sprachlichen Schwierigkeiten beim Erteilen von Befehlen oft gereizt reagierten und generell zu Repressionen neigten. Deutsch war in den gebildeten Schichten des Ostens deutlich weiter verbreitet als slawische Idiome im Westen³²⁵. Man kann im wahrsten Sinne des Wortes von einer Sprachlosigkeit der Okkupanten sprechen: Beispielsweise gab es beim Generalkommissariat Weißruthenien mit Josef Siwiza nur einen reichsdeutschen Referenten, der überhaupt Weißrussisch sprach – und dieser sollte ins Generalgouvernement versetzt werden³²⁶; aber auch größere Institutionen wie die Organisation Todt verfügten nur über wenige, noch dazu unzuverlässige Sprachkundige³²⁷. Dies verdeutlicht, warum auch bei den Angestellten und Beamten der Verwaltung kaum –

³²³ Minsker Zeitung Nr. 103 vom 13. 8. 1942: „Nix ponemai‘ und trotzdem Ordnung. Kleiner Morgenbesuch bei der Minsker Stadt-Schutzmannschaft“.

³²⁴ Vgl. Sakowska, Menschen, S. 243, und allgemein Podolska, Służba.

³²⁵ Vgl. Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz, S. 293.

³²⁶ BAB, R 93/1, S. 62, Schreiben des GK Minsk an die Personalabteilung der Regierung des Generalgouvernements vom 13. 4. 1943.

³²⁷ Vgl. Albrecht, Welt, S. 220ff.

staatlich ohnehin unerwünschte – private Kontakte mit Einheimischen zustande kamen und selbst die dienstlichen auf ein Mindestmaß reduziert blieben³²⁸; in Minsk hieß es wegen angeblicher Fleckfiebergefahr sogar zeitweise ganz direkt: „Der Verkehr mit der einheimischen Bevölkerung ist, soweit die dienstlichen Belange nicht darunter leiden, zu unterlassen.“³²⁹

Private Kontakte mit Juden waren auch für die Verwaltungsangehörigen undenkbar, und selbst die dienstliche Kommunikation beschränkte sich auf die notwendigsten Angelegenheiten. Als Befehlsempfänger hatte die deutsche Verwaltung mit dem Judenrat eine neue jüdische Zwangsadministration etabliert; eine derartige Institution hatte es vor dem Krieg in dieser Form nicht gegeben. Den Machthabern erleichterte sie den Zugriff auf ihren ideologischen Hauptfeind und lenkte zugleich den Hass der Ghettobewohner zu einem nicht geringen Teil auf die „eigene“ Administration³³⁰. Dennoch galt es bei der Übermittlung von Anordnungen, die Sprachbarriere zu überwinden. Das konnte auf den ungewöhnlichsten Wegen geschehen: Der Vorsitzende des Warschauer Judenrats, Adam Czerniaków, berichtet etwa von einem auf russisch geführten Gespräch mit der Sekretärin des Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk, einer „Volksdeutschen“ aus Riga. Sie war nicht nur Auerswalds Sekretärin, sondern auch Ehefrau des Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk³³¹.

Die deutschen Wohnbezirke und die sich an sie anschließende Organisation des Besatzungsalltags erfüllten mehrere Funktionen. Erstens ging es den Nationalsozialisten um eine weitreichende Abgrenzung der Besatzer von den Einheimischen. Ein Leben in der Fremde sollte möglich sein, ohne dass die Deutschen vielerlei Kontakte mit Polen oder Weißrussen haben mussten. Damit verbunden war die Herstellung einer Gemeinschaft, die sich auch im räumlichen Zusammenleben ausdrückte. Zweitens war die selbst auferlegte Separation ein wichtiges Element der Sicherheitspolitik, denn wo sich keine Einheimischen befanden, konnten sie auch nicht das Leben der Okkupanten gefährden. Drittens bot die Errichtung einer eigenen Stadt in der Stadt einen anschaulichen Beweis für die angebliche Überlegenheit der deutschen Rasse und ihre historische Mission als Herrscher im Osten. Der Wohnbezirk war somit prestigeträchtiges Beispiel für die zukünftige Regentschaft der Arier. Viertens und letztens erlaubte die gezielte Auswahl von Gebäuden ein modernes, zeitgemäßes Leben mit einem Maximum an Komfort, so dass das Viertel auch einem ganz pragmatischen Bequemlichkeitsanspruch nachkam, den sich die Herren der Stadt auf Kosten der Bevölkerung leicht erfüllen konnten.

Dennoch verhinderten die Wohnbezirke nicht die institutionelle Fraktionierung der Besatzergesellschaft. Sie blieb während des ganzen Krieges gespalten in die

³²⁸ Vgl. allgemein Drewniak, Verwaltung.

³²⁹ IfZA, MA 1790/22, 370-6-4, Hauserlass Nr. 9 des GK Minsk vom 7. 9. 1942.

³³⁰ Vgl. Trunk, Judenrat, S. 261.

³³¹ Vgl. Fuks (Hg.), Getto, S. 155f., Tagebucheintrag vom 28. 5. 1941. Zum historischen Wert und zu methodischen Problemen von Czerniakóws Tagebuch vgl. Leociak, Text, S. 132-140.

Gruppen Wehrmacht, SS und Polizei, Verwaltung sowie Privatpersonen und „Volksdeutsche“. Zwischen den einzelnen Teilen fand nur wenig Austausch statt, die Deutschen verkehrten hauptsächlich im Kollegenkreise. Auch darin unterschied sich der Osten vom Reich; hinzu kommt, dass unter den Besatzern in Warschau und Minsk nur ein gewisses Altersspektrum vertreten war und junge und alte Menschen sowie Frauen deutlich unterrepräsentiert waren. Der hohe Uniformierungsgrad, der privilegierte Lebensstandard und die Tatsache, dass vor allem Berufstätige in Polen und Weißruthenien stationiert waren, trennte zusätzlich von der Heimat. Darüber hinaus sahen sich die Okkupanten einer Zwangsgemeinschaft ausgeliefert, da sich nur wenige von ihnen freiwillig für ein Leben im Osten entschieden hatten oder gar gezielt dafür ausgewählt worden waren. Gerade daraus entstand aber ein hoher Zusammenhalt, denn die ähnlichen Schicksale schufen Verbundenheit. In den unbekanntten Städten Warschau und Minsk gab es keine vertraute Umgebung, kein alten Freunde und keine gewohnte Freizeitgestaltung mehr und sogar die bisherigen Verhaltensmuster hatten in der Fremde ihre Gültigkeit verloren. Die Eroberer hatten ihre Herrschaft mit Gewalt erstritten, und nun mussten sie die Konsequenzen tragen.